

SPARTAKIST 4

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 152

HERBST 2003

€ 0,50

Verteidigt das palästinensische Volk! Israel: Hände weg von Arafat!



A. Comas/RTR



dpa/Ghement

Gaza, 29. September: Wütender Protest gegen Morddrohung der israelischen Besatzungstruppen gegen Arafat (links). Rechts: Gaza-Stadt am 9. September nach Raketenangriff der zionistischen Herrscher. Das Elend des palästinensischen Volkes hat in den besetzten Gebieten wahrhaft verzweifelte Ausmaße erreicht

Als der israelische Vizepremierminister Ehud Olmert brüllte: „Arafat kann nicht länger ein Faktor sein bei dem, was hier passiert... Vertreibung ist sicherlich eine Möglichkeit und ihn umzubringen ist auch eine Möglichkeit“, war die volle Absicht dieser Drohung klar: Das zionistische Regime erklärte der Welt, dass es bereit ist zum massenhaften Abschichten der Palästinenser, das bei weitem das Blutbad von Dschenin im April 2002 in den Schatten stellen würde. Um die Botschaft zu unterstreichen, flogen israelische Kampfflugzeuge bedrohlich über den Ruinen von Arafats Amtssitz in Ramallah, wo er seit fast zwei Jahren belagert wird. Trotz unserer politischen Opposition zu Arafat und zu arabischem Nationalismus schließen wir revolutionären Trotzlisten uns dem weltweiten Aufschrei gegen den zionistischen Staatsterrorismus an: **Hände weg von Arafat! Verteidigt das palästinensische Volk!**

Die Drohung, Arafat zu „liquidieren“, ist nur die letzte Provokation in der langen Geschichte des zionistischen Staates, eine *Politik der Attentate* zu betreiben. Solche „gezielten Tötungen“ von palästinensischen Aktivisten wurden unter den Regierungen sowohl des Likud-Blocks als auch

der Arbeitspartei durchgeführt und haben in den letzten drei Jahren stark zugenommen. Likud-Premierminister Ariel Scharon hat öffentlich erklärt, dass er es bedauert, Arafat nicht schon vor 21 Jahren erledigt zu haben, als Scharon die israelischen Invasionstruppen im Libanon kommandierte und das Massaker an etwa 2000 palästinensischen Männern, Frauen und Kindern in den Flüchtlingslagern Sabra und Schatila leitete. Letzten Monat verübte Israel einen Mordanschlag auf einen zentralen politischen Führer der islamisch-fundamentalistischen Hamas. Danach folgte der Versuch, Scheich Ahmed Yassin umzubringen, den geistigen Führer von Hamas, um eine blutige Konfrontation mit den vielen Unterstützern von Hamas zu provozieren. Jetzt drohen die Israelis offen damit, den gewählten Präsidenten der Palästinensischen Autonomiebehörde und die Ikone des palästinensischen Kampfes für nationale Befreiung zu ermorden.

Mörderischer Terror und Vertreibungen sind das Programm des zionistischen Staates seit 1948, als ungefähr 700 000 Palästinenser aus ihren Häusern vertrieben wurden.

Fortgesetzt auf Seite 2

Für eine sozialistische Föderation des Nahen Ostens!

Verteidigt Palästinenser...

Fortsetzung von Seite 1

In den letzten drei Jahren wurden zusätzlich zu den „gezielten Tötungen“ weitere 2600 Palästinenser getötet, darunter fast 500 Kinder und 180 Frauen. Tausende weitere wurden eingesperrt oder in groß angelegten militärischen Aktionen zusammengetrieben. Im April verfrachteten israelische Truppen bis zu 3000 Männer und Jungen aus der Westbank-Stadt Tulkarem in ein nahe gelegenes Lager und hielten sie dort drei Tage fest. Der israelische Liberale Uri Avnery nannte diese Operation „eine Armeeübung, um zu testen, wie die Welt, die Medien und die israelische Öffentlichkeit reagieren würden. Und es gab keine Reaktion, was zeigt, dass man es tun kann. Die Leute auf den Lastwagen hätten auch einfach zu den Jordan-Brücken gebracht werden können“, das heißt ganz aus den besetzten Gebieten vertrieben.

Arafat hat wiederholt gezeigt, dass er ein fügsames und williges Werkzeug der Imperialisten und der zionistischen Herrscher ist, nicht zuletzt mit der Unterzeichnung des Osloer „Friedens“-Abkommens 1993, welches er nach wie vor als seinen großen Triumph ansieht. Dieser zynische Betrug schuf einen palästinensischen Flickenteppich von Mini-Bantustans und bevollmächtigte eine ohnmächtige palästinensische Autonomiebehörde, deren einziger Zweck darin bestand, ihre von der CIA trainierte Polizei einzusetzen, um die seit langem leidenden palästinensischen Massen im Interesse der zionistischen Besatzer zu unterdrücken. Dass Sharon und Co. jetzt damit drohen, Arafat umzubringen, ist eine klare Aussage, dass „Verhandlungen“ und die „Road Map“ der Vergangenheit angehören. Um diesen Punkt noch zu unterstreichen, lehnte Israel kurz darauf, ohne zu zögern, einen Waffenstillstand ab, den der Islamische Dschihad, Hamas und Arafat angeboten hatten.

Israels Herrscher lassen sich kaum durch die lose Leine ihrer US-imperialistischen Schirmherren zügeln, die zurzeit fürchten, dass die Eliminierung Arafats nur weiter arabische Feindseligkeit gegen die USA schüren würde, die bereits im Irak in einen andauernden Guerillakrieg verwickelt sind. Zwar gibt Washington Lippenbekenntnisse ab gegen Israels Drohungen gegen Arafat, doch legte es sein Veto ein gegen eine Resolution des UN-Sicherheitsrats, die Maßnahmen zur Vertreibung oder Ermordung des Palästinenserführers verurteilte. Die herrschende Klasse der USA hat sicherlich nie Skrupel gehabt, Mordanschläge als ein Werkzeug ihrer Außenpolitik zu benutzen, von der Ermordung des kongolischen Nationalisten Patrice Lumumba 1961 bis zu den

wiederholten Versuchen, Kubas Fidel Castro zu ermorden, und dem gegenwärtigen „globalen Krieg gegen den Terror“, einschließlich der Kampagne zur Ermordung Saddam Husseins. Solche Attentate wurden von den Regierungen sowohl der Demokraten als auch der Republikaner durchgeführt. Tatsächlich sind die Demokraten mindestens so rabiat wie die Republikaner, wenn es darum geht, den zionistischen Staat zu unterstützen.

Die Einwohner von Gaza und der Westbank, die nicht verhehlten, dass sie sich von der PLO-Führung verraten fühlten, als diese das Recht auf Rückkehr preisgab und das Diktat des zionistischen Staates akzeptierte, gingen trotzdem zur Verteidigung Arafats auf die Straße. Das zeigt ihr Verständnis, dass ihrer aller Leben in Gefahr ist, und auch ihren Abscheu darüber, dass Israel ihnen vorschreiben will, wer ihre Führer sein sollen. Verzweiflung wird geschürt durch das bankrotte PLO-Programm der Beschwichtigung, und diese Verzweiflung ist eine Einladung an die frauenfeindlichen, antisemitischen Fundamentalisten wie Hamas, als Kämpfer gegen die zionistische Besatzung zu posieren. Diese Erzreaktionäre, mit ihrem Programm wahlloser Bombardierungen von Zivilisten in Israel, dienen nur dazu, den zionistischen Chauvinismus unter den hebräisch-sprachigen Massen zu stärken, und helfen damit Israels kapitalistischen Herrschern, ihre Nazi-ähnliche Politik gegen die Palästinenser abzudecken.

Heute sind die Palästinenser konfrontiert mit Häusern, die dem Erdboden gleich gemacht wurden, Stacheldrahtzäunen, elektronischen Sensoren, Wachtürmen, Betonmauern, Kontrollstellen und Straßensperren. Die gesamte Grenze des Gazastreifens ist seit geraumer Zeit von einem elektrisch geladenen Zaun umgeben und jetzt wird auch die Westbank zerschnitten und umgeben von einer Mauer, die das ganze Gebiet in ein Netzwerk von Gemeinschaftsknästen und Ghettos verwandelt. Seit 1993 ist die Zahl der Siedler – ultra-chauvinistische bewaffnete Hilfstruppen der militärischen Besatzung – in der Westbank, im Gazastreifen und in Ost-Jerusalem auf mehr als 400 000 angewachsen. Zur gleichen Zeit, wo die israelische Regierung ihre Drohungen gegen Arafat verkündete, ließ sie sieben Siedler frei, die wegen tödlicher Angriffe auf Palästinenser gefangen gehalten wurden.

Die Verteidigung des palästinensischen Volkes ist eine dringende Aufgabe der internationalen Arbeiterklasse! Alle israelischen Truppen und Siedler raus aus den besetzten Gebieten! Alle Truppen des US-Imperialismus und der verbündeten Imperialisten raus aus dem Nahen Osten!

Übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 810, 26. September

SPARTAKIST

herausgegeben vom Zentralkomitee der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

Redakteur: Steffen Singer
Produktionsleiterin: Renate Dahlhaus
Vertriebsleiter: Kurt Weiss

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH,
Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
E-Mail: spartakist.redaktion@freenet.de
Redaktion Spartakist: Tel. (0 30) 4 43 94 01

Korrespondenz über die Verlagsanschrift.
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion.

Presserechtlich verantwortlich: S. Schaller, 10557 Berlin

Abonnement (4 Ausgaben) € 4,- an Verlag Avantgarde
Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 152

HERBST 2003

Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

International Communist League
PO Box 7429, New York, NY 10116, USA
www.icl-fi.org

KONTAKTADRESSEN

Berlin: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
Telefon: (0 30) 4 43 94 00

Hamburg: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg
Telefon: (0 40) 32 36 44

Nieder mit der Hetze der Bosse gegen belgische Hafendarbeiter!

Rotterdam: Polizei überfällt Protest gegen Port Package

Nachfolgend drucken wir die Protesterklärung des Komitees für soziale Verteidigung (KfsV) vom 7. Oktober ab. Das KfsV ist eine nichtsektiererische, klassenkämpferische Organisation zur rechtlichen und sozialen Verteidigung, die sich für Fälle und Anliegen einsetzt, die im Interesse der Gesamtheit der arbeitenden Menschen sind. Dieser Zweck entspricht den Ansichten der marxistischen SpAD.

Am 29. September griffen Polizeikommandos brutal eine Demonstration von mehr als 8000 Hafendarbeitern aus den Niederlanden, Belgien, Spanien, Frankreich, Deutschland, Schweden und Rumänien an, die in Rotterdam gegen die geplante EU-weite Einführung des gewerkschaftsfeindlichen Port Packages protestierten. Hafendarbeiter aus allen europäischen Ländern vereinten sich gegen ihren gemeinsamen Feind: die internationalen Reeder und die kapitalistische EU. Die kämpferischen Proteste gegen das Port Package stellen eine potenzielle Gegenwehr gegen die europaweit stattfindenden Angriffe auf die sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse dar, wie sie hier in Deutschland durch die Agenda 2010 der SPD/Grünen-Regierung durchgeführt werden. Dieser Polizeiüberfall war die blutige Antwort der Bosse auf diese mächtige und internationale Aktion der Hafendarbeitergewerkschaften. Tatsächlich war der zugewiesene Ort für die Abschlusskundgebung eine

Polizeifalle: Der Wilhelmina-Pier ist nach drei Seiten hin von Wasser umgeben und der einzige Ausgang wurde von der Polizei abgeriegelt, sobald die meisten Rotterdamer Arbeiter die Kundgebung verlassen hatten. Die Arbeiter aus anderen Ländern wurden mit ihren Bussen eingekesselt. Berittene Polizei stürmte dann wieder und wieder in die Reihen der Arbeiter hinein, haute mit ihren schweren Knüppeln um sich und prügelte die Arbeiter blutig. Arbeiter, die versuchten zu entkommen, wurden von hinten angegriffen, wobei die Polizei immer auf die Köpfe zielte. Mehrere Arbeiter blieben bewusstlos am Boden liegen. Mindestens drei, ein Hamburger, ein Bremerhavener und einer aus Frankreich, mussten im Krankenhaus behandelt werden. Es gibt zwar keine genauen Zahlen, aber laut ETF (Europäische Transportarbeiterföderation) wurden 26 Hafendarbeiter vor allem aus Frankreich und Belgien verhaftet, einige von ihnen waren verletzt. Zwei Tage später war noch mindestens ein französischer Arbeiter in Haft. Ein Angriff auf einen ist ein Angriff auf alle! *Das Komitee für soziale Verteidigung ruft Gewerkschaften und alle Organisationen der Arbeiterbewegung und Linken international dazu auf, Protesterklärungen an das niederländische Innenministerium zu schicken! Organisiert gewerkschaftliche Protestversammlungen für die sofortige Freilassung aller Hafendarbeiter*

Fortgesetzt auf Seite 4

Spartakist-Abokampagne

Quoten der Abokampagne 2003

Berlin	100
Hamburg	85
Auf Entfernung	10
Gesamt	195

Dazu: Ein Spartakist-Paket eurer Wahl

- Verteidigt das palästinensische Volk!
- Für Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution!
- Sozialismus und Krieg – Nieder mit der Besatzung des Irak!
- Für Klassenkampf gegen kapitalistische SPD/Grünen-Regierung und Berliner SPD/PDS-Senat!
- Verteidigt China, Nordkorea, Kuba und Vietnam gegen Imperialismus und innere Konterrevolution!

Abonniert jetzt!

- Jahresabo (4 Ausgaben): € 4,-
 - Auslandsabo: € 7,50; Übersee Luftpost: € 10,-
- Alle Abos enthalten *Spartacist* (deutsche Ausgabe)

Name _____

Adresse _____

Telefon _____

152

Bestellt bei: Verlag Avantgarde, Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
Konto 1 19 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60





Spartakist

Rotterdam, 29. September: Polizei attackiert internationalen Hafenerbeiterprotest gegen gewerkschaftsfeindliches Port Package der EU

Rotterdam...

Fortsetzung von Seite 3

und Einstellung jeglicher Verfahren gegen Demonstranten! Protestiert gegen den blutigen Polizeiüberfall auf die Demonstranten gegen das Port Package!

Es ist äußerst bedrohlich, dass die Kapitalisten es wagen, eine Demonstration von Arbeitern einer strategisch wichtigen Industrie aus ganz Europa frontal von ihrer Polizei angreifen zu lassen. Hier war soziale Macht im Spiel. Nicht nur war mit Rotterdam der größte Hafen Europas an diesem Tage dicht. Antwerpen, gleich um die Ecke von Rotterdam, wurde auch bestreikt und an der belgisch-französischen Küste runter bis Rouen waren Häfen dicht. Von Anfang an war die Polizei am Sammelpunkt, einschließlich berittener Polizei, und es gab immer wieder Provokationen. Die knallorange gekleideten belgischen Arbeiter, die am besten von allen Kontingenten organisiert waren, dachten zu Recht, dass die Polizei in ihrer Demo nichts zu suchen hat, und verteidigten sich. Die Bosse und ihre Zeitungen hetzen jetzt besonders gegen die kämpferischen belgischen Hafenerbeiter, die sie als gewalttätig diffamieren. Sie wollen die deutschen gegen die belgischen gegen die französischen Arbeiter ausspielen, damit sie morgen, falls ihr Schiff in Antwerpen nicht entla-

den wird, weil die Arbeiter dort gegen ihren Port-Package-Angriff streiken, das Schiff nach Hamburg oder Rotterdam umleiten können! Selbst ein halbes Jahr nach den Protesten gegen das Port Package Anfang März in Brüssel rasen die Bosse immer noch vor Wut über diese kämpferischen internationalen Arbeiterproteste und der Überfall in Rotterdam war auch ein Racheakt für das Sakrileg der Hafenerbeiter, dass sie versuchten, das Brüsseler EU-Hauptquartier zu stürmen. **Nieder mit der nationalistischen Hetze gegen die belgischen Kollegen!**

Ein Vertreter der ILWU (Internationale Hafen- und Lagergewerkschaft) erhielt tosenden Beifall, als er vom Kampf der Hafenerbeiter gegen die Aussperrung und die Bush-Regierung berichtete. Die ILWU und Antikriegsdemonstranten wurden im April dieses Jahres im Hafen von Oakland Ziel eines

brutalen Polizeiangriffs, wo Demonstranten und in der Nähe stehende Hafenerbeiter mit Holzgeschossen und Schockgranaten zusammengeschossen wurden. Anfang Januar 2000 griffen Hunderte Polizisten Streikposten der International Longshoremen's Association in Charleston, South Carolina, an in dem Versuch die Gewerkschaft zu zerschlagen. Anschließend wurden fünf Gewerkschafter, die Charleston Five, angeklagt, weil sie ihre Gewerkschaft verteidigt hatten. Doch konnten sie die Anklagen abwehren. Die Polizeiangriffe von Oakland, Charleston und Rotterdam stehen in einer Reihe mit den blutigen Angriffen auf die Antiglobalisierungsproteste zuerst in Göteborg 2001, wo Polizisten erst Jugendlichen und Gewerkschaftern in den Rücken schossen und die Gerichte danach diese ins Gefängnis schickten, und im gleichen Jahr in Genua, wo der linke Jugendliche Carlo Giuliani auf offener Straße regelrecht hingerichtet wurde und Hunderte Demonstranten schwer verletzt wurden. Wie wir damals warnten, war dies eine blutige Botschaft der Kapitalisten Europas, wie sie mit jedem, der sich ihrer rassistischen gewerkschaftsfeindlichen Festung Europa und ihrer imperialistischen Weltordnung irgendwie widersetzt, umgehen werden. Und es hat sich brutal bestätigt, dass sich dieser Polizeiterror ultimativ gegen die Gewerkschaften richtet, die der unbegrenzten Gier der Bosse nach immer mehr Profiten im Wege stehen. Der Überfall hat kristallklar gezeigt, worin die Rolle und Aufgabe der Polizei, Kern des kapitalistischen Staates, besteht: Sie ist der bewaffnete Arm des Klassenfeinds gegen die Arbeiterbewegung. Die Polizei hat absolut nichts in der Arbeiterbewegung zu suchen: **Bullen raus aus den Gewerkschaften!**

Dieser Überfall soll jeden gewerkschaftlichen Widerstand gegen das Port Package ersticken, das aus einer Reihe neuer EU-Regelungen besteht und unter anderem die „Selbstabfertigung“ ermöglichen soll. Die zumeist unorganisierten, weitaus schlechter bezahlten Seeleute sollen auch noch das Be- und Entladen von Schiffen in den Häfen erledigen und nicht mehr wie bisher die Hafenerbeiter. Außerdem sollen mit Hilfe von „Liberalisierungen“ die Profite der Hafenbosse dadurch weiter gesteigert werden, dass es Billiglohnfirmen leichter gemacht wird, gegen diejenigen, die Tariflohn zahlen, zu konkurrieren und so die Löhne von allen Hafenerbeitern zu senken. Ein Redner aus Liverpool berichtete, dass es dort höchstens noch eine Hand voll

Fortgesetzt auf Seite 25

WORKERS VANGUARD

Stop Bipartisan Attack on Women's Rights!
Free Abortion on Demand!



Murderous Zionist Provocations

Abonniere jetzt!

Workers Vanguard
zweiwöchentliche
Zeitung der
Spartacist League/U.S.

22 Ausgaben inkl.
Spartacist (englische
Ausgabe) und
Black History

Luftpost € 25,-
Seepost € 10,-

Bestell bei:
Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55
10127 Berlin
Konto 1 1988-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 100 60

Für eine Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan!

Das kurdische Volk und die US-Besatzung des Irak

Der nachfolgende Artikel ist eine redigierte Präsentation von Bruce André, Mitglied der Redaktion von Workers Vanguard, Zeitung unserer amerikanischen Genossen der Spartacist League/U.S., bei einer öffentlichen Schulung von SL/Spartacist Youth Club am 3. Mai in Berkeley, Kalifornien. Der Artikel wurde übersetzt aus WV Nr. 804, 23. Mai 2003.

Die koloniale Besatzung eines Landes verstärkt immer alles, was in dieser Gesellschaft am reaktionärsten ist, und nährt sich davon. Heute sehen wir, wie sich dieses geschichtliche Gesetz im Irak unter der amerikanischen Kolonialbesatzung bewahrheitet. Islamische Fundamentalisten, die zu einer islamischen Republik aufrufen, marschieren im Süden auf, Bagdad wimmelt nur so von Pack, das vom Pentagon oder von der CIA unterstützt wird und das versucht, einen Anteil an dem Reichtum des Landes zu ergattern. All dies geschieht vor dem Hintergrund der Zerstörung von Industrie und Infrastruktur des Landes durch 12 Jahre Hungersanktionen, massive US-Bombardierungen und schließlich weit verbreitete Plünderungen, denen die US-Truppen freien Lauf ließen, während sie losrasten, um die Ölfelder zu sichern.

Inzwischen drohen ethnische und religiöse Konflikte in einem allseitigen kommunalistischen Gemetzel auszubringen. In Kurdistan im Norden sind in Städten, die von der Demokratischen Partei Kurdistan (KDP) und der Patriotischen Union Kurdistan (PUK) besetzt sind – beide operieren unter dem Kommando der USA –, Tausende Araber aus ihren Häusern vertrieben worden. Human Rights

Teil eins von zwei

Watch nannte die Vertreibungen einen Verstoß gegen den Artikel 3 der Genfer Konvention über Kriegsverbrechen, der Zwangsumsiedlungen der Bevölkerung verbietet. Araber in Mossul skandierten bei Demonstrationen nicht nur „US raus!“, sondern auch „Kurden raus!“. US-Soldaten feuerten in die Menge und töteten in zwei Tagen 17 Menschen. Die turkmenische Minderheit in dieser Stadt fühlt sich so bedroht von kurdischen Kräften, dass viele nach einer militärischen Intervention der Türkei rufen. Ein Arbeiter einer Hilfsorganisation erklärte: „Wir gehen von einem Krieg zum nächsten über“ (*Washington Post*, 17. April).

Diese ethnischen Konflikte sind das Erbe der Eroberungen des britischen Imperialismus nach dem Zusammenbruch des Osmanischen Reichs im Ersten Weltkrieg. Die Briten schufen absichtlich ein Land, das in sich gespalten ist, mit den Schiiten im Süden und den Kurden im Norden, beide herumkommandiert von der gleichen sunnitisch-muslimischen Elite, die unter den Osmanen geherrscht hatte. Die jahrzehntelange Herrschaft bürgerlich-nationalistischer Regime vertiefte ethnische Spaltungen noch weiter. Saddam Hussein, dessen Ba'ath-Partei in den 60er-Jahren mit Unterstützung der USA an die Macht kam, führte ein Programm der „Arabisierung“ durch, bei dem Kurden,



28. April: Bedroht durch Gewehrläufe des US-Militärs protestieren Iraker in Bagdad vor dem Hotel Palestine gegen amerikanische Besatzung

Turkmenen und Assyrer aus den Erdöl produzierenden Regionen um Mossul und Kirkuk vertrieben wurden. Heute gibt es 300–400 000 vertriebene Kurden, die in ihre Heimat in Kurdistan zurückkehren wollen. Ein PUK-Kommandant in der Provinz Kirkuk erklärte: „Wir wollen, dass es geordnet abläuft, aber die arabischen Siedler müssen gehen.“

Sogar durch die verzerrende Linse der kapitalistischen Medien hier im Land, die jede Lüge Washingtons nachplappern, kann man das weit verbreitete Misstrauen und die Wut bei der irakischen Bevölkerung gegen die amerikanische Kolonialbesatzung sehen. Doch an einem Ort im Irak gibt es zweifellos weit verbreitete Illusionen in die US-Besatzung, und zwar unter Kurden in Kurdistan. Kurden waren ganz besonders Zielscheibe des Terrors von Saddam Hussein – man denkt, dass 100 000 Menschen massakriert worden sind –, um die unangefochtene Kontrolle des Ba'ath-Regimes über die riesigen Erdölvorkommen in Kurdistan sicher zu stellen. Die kleinbürgerlichen Nationalisten an der Spitze der KDP und der PUK hofften, ihr Bündnis mit Washington würde ihnen eine Art unabhängiger Herrschaft in Irakisch-Kurdistan und einen Anteil an dem Erdöl einbringen. Zu ihrem Pech wird es so nicht funktionieren. Washingtons Behauptung, als ein Verbündeter des kurdischen Volkes zu handeln, ist reiner Zynismus und Heuchelei. Die US-Imperialisten – ja, alle imperialistischen Mächte – sind fest dazu entschlossen, dass kurdische nationale Rechte überhaupt nicht zum Zuge kommen.

Das kurdische Volk, mit 25 bis 30 Millionen Menschen im Nahen Osten, ist die größte Nation der Welt ohne einen Staat; es erstreckt sich vom Osten der Türkei über einen Teil Syriens und quer durch den Nordirak bis in den Iran hinein

Fortgesetzt auf Seite 6



Lee/NY Times

26. Februar 2003, Sulaimaniya, Irak: Kurdische Studenten verbrennen türkische Fahne aus Protest gegen drohende türkische Intervention am Vorabend der US-Invasion

Kurdistan...

Fortsetzung von Seite 5

(einige Kurden leben auch verstreut im Kaukasus). Die Imperialisten – und ebenso die lokalen Machthaber – befürchten gerade, dass jedes ernsthafte Zugeständnis an den kurdischen Nationalismus im Irak die gesamte ölreiche Region destabilisieren könnte, weil Kurden in anderen Ländern inspiriert würden, nach Unabhängigkeit zu streben. Das trifft besonders auf die Türkei zu, die seit Mitte der 80er-Jahre – unterstützt von den USA und Deutschland – einen Vernichtungskrieg führt gegen die unterdrückte kurdische Minderheit dieses Landes und gegen die in Türkisch-Kurdistan verankerte Arbeiterpartei Kurdistans (PKK). Diese hat eigentlich letztes Jahr ihren Namen zu KADEK geändert, Kongress für Freiheit und Demokratie – dieser Name sagt eine Menge darüber aus, wo sie politisch hingehet –, aber einige Parteiführer benutzen weiterhin die Initialen PKK, und ich werde das in dieser Rede auch tun. Etwa 37 000 Menschen wurden getötet und mehrere tausend Dörfer von Türkisch-Kurdistan in Geisterstädte verwandelt. Die türkische Bourgeoisie ist so fest entschlossen, jede Spur von kurdischem Separatismus auszulöschen, dass es jahrelang verboten war, in der Öffentlichkeit Kurdisch zu sprechen, und Kurden offiziell als „Bergtürken“ bezeichnet wurden. Jetzt hat die US-Invasion in den Irak das Regime in Ankara veranlasst, einen De-facto-Ausnahmestand in Türkisch-Kurdistan wieder einzuführen. Die Straßen sind voll mit Panzern; Autos werden angehalten und durchsucht. Viele Gewerkschafter und Anti-Kriegs-Demonstranten sind verhaftet und verprügelt worden.

Kleinbürgerlicher Nationalismus: Sackgasse für Kurden

Wie alle kleinbürgerlichen Nationalisten haben auch die KDP und die PUK eine lange Geschichte darin, unter den örtlichen kapitalistischen Mächten und deren imperialistischen Paten nach Verbündeten zu suchen. Um zu sehen, wohin eine solche Strategie führt, schaut euch die Palästinenser an. Unter der Führung der kleinbürgerlichen Nationalisten von der PLO wurde sogar die politisch auf

hohem Niveau stehende palästinensische Bevölkerung einfach von einem Massaker zum nächsten geführt – ermordet nicht nur durch die rassistischen zionistischen Schlächter, sondern auch durch angebliche Verbündete wie den König von Jordanien. Heute agiert die PLO in den besetzten Gebieten als Polizeihilfstruppe der Zionisten, selbst wo diese tagtäglich Palästinenser niederschließen.

Als Beweis für die Gutwilligkeit Washingtons verweisen kurdische Führer auf die Tatsache, dass seit dem Golfkrieg 1991 Irakisch-Kurdistan im Wesentlichen autonom war, als Ergebnis der „Flugverbotszone“ im Norden des Landes, die von US-Kampfflugzeugen durchgesetzt wurde. Tatsächlich könnte diese Erfahrung als Lehrbeispiel dafür erhalten, wie kleinbürgerlicher Nationalismus zu Verrat und Niederlage führt. Nachdem sich KDP und PUK im Krieg von 1991 gegen den Irak auf die Seite der USA gestellt hatten, starteten sie nach einem Aufruf des CIA-Senders „Stimme freies Irak“ einen Aufstand. Aber die versprochene Hilfe aus Washington blieb aus und die kurdischen Nationalisten waren auf Gedeih und Verderb Saddam Hussein ausgeliefert, der Hunderttausende Kurden aus ihren Häusern vertrieb. Daraufhin wandten sich die KDP- und PUK-Führer an die Türkei wegen Unterstützung und halfen dabei, türkische PKK-Kämpfer, die in Irakisch-Kurdistan Zuflucht gesucht hatten, aufzuspüren und zu töten. Mitte der 90er-Jahre gingen sich KDP und PUK gegenseitig an die Gurgel darüber, wie die Profiteure aus dem Schmuggel irakischen Erdöls in die Türkei aufgeteilt werden sollten. Die PUK brachte Iran dazu, auf ihrer Seite Truppen einzusetzen, also lud die KDP Saddam Hussein ein, seine Panzer zu schicken, was die schmutzige nationalistische Fehde in einen erneuten Krieg zwischen Iran und Irak verwandelte, bezahlt mit kurdischem Blut.

Und das Jahrzehnt der 90er-Jahre war nur das jüngste Kapitel in der langen Geschichte des kleinbürgerlichen kurdischen Nationalismus, der den kurdischen nationalen Kampf opferte, um im Gegenzug die illusorische Unterstützung durch die Imperialisten oder durch deren regionale Lakaien zu kriegen, die unweigerlich am Ende immer die nationalistischen Führer fallen lassen und deren Volk abschlachten. 1946 war die KDP gegründet worden von Mullah Mustafa Barzani, der wie kein anderer den Verrat verkörperte, von dem das kurdische Volk dank seiner vorgeblichen Führer heimgesucht wurde. Barzani startete seine politische Karriere während des Zweiten Weltkriegs, wo er den Briten blinden Gehorsam versprach, „was auch immer Ihre Befehle sein mögen“ (David McDowall, *A Modern History of the Kurds* [1996]). Die Antwort der Briten bestand darin, Barzani und seine Anhänger aus dem Irak zu vertreiben. Als 1958 eine revolutionäre Welle den Irak überrollte, startete Barzani eine weitere kurdische Revolte, machte aber der Ba'ath-Partei das Angebot, einen Waffenstillstand auszurufen, falls sie an die Macht käme. Die Ba'ath-Partei eroberte die Macht in einem konterrevolutionären Putsch und nutzte Barzanis Waffenstillstand aus, um die Kurden anzugreifen.

Barzani bekam dann Unterstützung von einer unheiligen Allianz aus CIA, dem israelischen Mossad und dem Schah von Iran. Als Gegenleistung half Barzani den Iranern, indem er den kurdischen Kampf im Iran zurückhielt. Als sich schließlich 1967 Führer der KDP Irans weigerten, diese selbstmörderische Politik fortzuführen, begann Barzani sie unerbittlich zu jagen und dem Schah auszuliefern. Einer von ihnen wurde von Barzani hingerichtet und dann an die Iraner ausgeliefert, die den Leichnam überall in Iranisch-Kurdistan in Städten öffentlich zur Schau stellten als eine Warnung an andere.

Inzwischen bejubelte 1979 die iranische KDP Chomeinis

Fortgesetzt auf Seite 23

Verteidigt Nordkoreas Recht auf Atomwaffen! USA: Hände weg von Nordkorea!

In den letzten Wochen haben die US-Imperialisten ihre Drohungen und Provokationen gegen Nordkorea weiter eskaliert. Die „multilateralen“ Gespräche, die vor kurzem in Beijing abgehalten wurden, sind nichts weiter als eine diplomatische Fassade für die Entwaffnung Nordkoreas. Bereits während des ganzen letzten Jahres haben Japan, Spanien, Australien und Taiwan nordkoreanische Schiffe abgedrängt und beschlagnahmt. Ende September begannen unter der Leitung der USA gemeinsame Seemanöver in der Korallensee, erste koordinierte Aktionen einer „Proliferation Security Initiative“ [etwa: Sicherheitsinitiative gegen Atomwaffenverbreitung], die mit einer totalen Seeblockade Nordkoreas droht, was ein *Kriegsakt* wäre.

Wir Trotzlisten der Internationalen Kommunistischen Liga stehen für die *bedingungslose militärische Verteidigung Nordkoreas* gegen den Imperialismus, einschließlich des Rechts Nordkoreas, Atomwaffen zu entwickeln und zu besitzen – je mehr, desto besser.

Vor etwa 50 Jahren, im Juli 1953, unterzeichneten die USA den Waffenstillstand mit Nordkorea, der die Teilung der Halbinsel in zwei Gesellschaften einfrore, die sich grundlegend unterschieden. Nach einer besonders brutalen, 40 Jahre lang andauernden japanischen Kolonialbesatzung, der koreanische Kollaborateure als Fassade dienten, erschütterte nach dem Zweiten Weltkrieg gewaltiger sozialer Aufruhr die koreanische Halbinsel. Im Norden, wo die Aufstände durch die Anwesenheit der Streitkräfte der UdSSR Unterstützung fanden, wurde die Industrie enteignet und die Landbesitzer, die die Bauernschaft beherrschten, wurden als Klasse zerschlagen. Da die Arbeiterklasse nicht unter der Führung einer revolutionären trotzkistischen Partei um die Macht kämpfte, fiel die Führung der aufständischen Massen an die bäuerlichen Guerilla-Kräfte von Kim Il Sung, der während des Kriegs gegen die Japaner gekämpft und mit zehntausenden Kämpfern Mao Zedongs Volksbefreiungsarmee bei der Chinesischen Revolution unterstützt hatte, die 1949 siegte.



Reuters

US-Soldat patrouilliert entlang „entmilitarisierter Zone“, die die Kalte-Kriegs-Teilung Koreas markiert. US-Besatzungsmacht in Südkorea ist für deformierte Arbeiterstaaten Nordkorea, China tödliche Bedrohung

1950 begannen die USA, die bereits Truppen im Süden der Halbinsel hatten, unter der Ägide der Vereinten Nationen einen Krieg gegen Kim Il Sungs Nordarmee, die im Zusammenhang mit den sozialen Aufständen in den Süden einmarschiert war mit dem Ziel, das Land wieder zu vereinen. Während des Koreakriegs 1950–53 schlachteten die amerikanischen Imperialisten dreieinhalb Millionen Koreaner ab, verwandelten das Land mit Napalm in verbrannte Erde und ließen auf der Halbinsel nichts als Trümmer zurück.

Nach dem Waffenstillstand – ein Friedensvertrag wurde nie unterzeichnet – wurde der Süden von den ehemaligen kapitalistischen Kollaborateuren aus der japanischen Besatzungszeit regiert; bis in die 80er-Jahre gab es eine Reihe

Fortgesetzt auf Seite 8

Veranstaltungsreihe der Spartakist-Jugend

Berlin

Nieder mit der kolonialen Besatzung des Iraks! Die Lehren der Anti-Kriegs-Bewegung

Donnerstag, 20. November 2003, 18.30 Uhr

Marxismus kontra Anarchismus: Kronstadt und die Verteidigung der Oktoberrevolution

Donnerstag, 4. Dezember 2003, 18.30 Uhr

Der Kampf der Bolschewiki für Frauenbefreiung in Zentralasien

Donnerstag, 18. Dezember 2003, 18.30 Uhr

Treff: Humboldt-Universität
Seminarerbäude am Hegelplatz, Raum 208
Kontakt: (0 30) 4 43 94 00

Hamburg

Für Klassenkampf gegen die SPD/Grünen-Regierung!

Donnerstag, 13. November 2003, 18 Uhr

Nieder mit rassistischem Staatsterror!

Donnerstag, 4. Dezember 2003, 18 Uhr

Die Lehren der Anti-Kriegs-Bewegung

Donnerstag, 18. Dezember 2003, 18 Uhr

Verteidigt das palästinensische Volk!

Donnerstag, 8. Januar 2004, 18 Uhr

Treff: Universität Hamburg
vor dem Pferdestall, Allendeplatz 1
Kontakt: (0 40) 32 36 44



Spartacist Japan

Plakat der Spartacist Group Japan lautet: „Für die revolutionäre Wiedervereinigung von Korea! Für eine sozialistische Föderation Asiens!“

Nordkorea...

Fortsetzung von Seite 7

aufeinander folgender brutaler Diktaturen. Diese Regime wurden von zehntausenden US-Truppen gestützt, die bis heute dort stationiert sind. Die Truppen wurden wiederholt eingesetzt zur Unterstützung der Unterdrückung der Militanz der Arbeiterklasse und sozialer Aufstände im Süden, und sie sind ein Signal für das Ziel des US-Imperialismus, seine Niederlage im Norden wieder rückgängig zu machen. **Alle US-Truppen und -Stützpunkte raus aus Südkorea!**

Seit 1950 war Nordkorea immer Zielscheibe unablässig feindlicher Vorhaben und Aktionen des US-Imperialismus, teilweise weil seine bloße Existenz eine Erinnerung ist an Washingtons militärische Niederlage bei dem Kreuzzug, den „Kommunismus zurückzurollen“, das heißt die historische „Mission“ zu erfüllen, die Errungenschaften der Oktoberrevolution in Russland zu zerschlagen. Diese Errungenschaften verbreiteten sich nach dem Zweiten Weltkrieg, wenn auch durch die Herrschaft bürokratischer Kasten deformiert, in den sowjetisch besetzten Gebieten Osteuropas; und in Jugoslawien, China, Vietnam und Kuba führten auf der Bauernschaft basierte soziale Revolutionen zur Errichtung deformierter Arbeiterstaaten. Die koreanische Halbinsel wurde von den USA schon immer als eine Autobahn angesehen, von der aus man einen militärischen Angriff zum Sturz der Chinesischen Revolution von 1949 führen könnte. General Douglas MacArthur bezeugte dies während des Koreakriegs mit seinem oft geäußerten Wunsch, die chinesische Mandschurei anzugreifen.

Unsere bedingungslose militärische Verteidigung des nordkoreanischen deformierten Arbeiterstaats, regiert via Erstgeburtsrecht von Kim Il Sungs Sohn Kim Jong Il an der Spitze der stalinistischen Bürokratie, ist grundlegend eine Verteidigung des Sturzes und der Enteignung des Kapitalismus. Als Teil unserer Verteidigung dieser historischen Errungenschaften kämpfen wir für proletarisch-politische Revolutionen, um die nationalistischen stalinistischen Bürokratien zu stürzen, die durch ihre Opposition gegen internationale sozialistische Revolution und durch ihre vergeblichen Versuche, den Imperialismus zu beschwichtigen, die Errungenschaften der Revolutionen unterminieren. Die Verteidigung der Arbeiterstaaten aufzugeben heißt das historische Ziel proletarische Revolution aufzugeben. Dieses Ziel, und daher die bedingungslose militärische Verteidi-

gung der verbliebenen deformierten Arbeiterstaaten China, Kuba, Vietnam und Nordkorea, bildet den Grundstein des Programms der IKL, und das muss für jeden gelten, der für die sozialistische Weltrevolution steht.

Es muss festgehalten werden, dass eine Reihe pseudo-sozialistischer Organisationen, in den USA am markantesten die International Socialist Organization, ihre Ursprünge auf die Weigerung zurückführen, Nordkorea und China während des Koreakriegs gegen den US-Imperialismus zu verteidigen – das heißt diese Gruppen basieren in ihren Ursprüngen auf einem Verrat der proletarischen Revolution. Im Gegensatz dazu riefen unsere Vorgänger der damals trotzkistischen Socialist Workers Party in den USA während des Koreakriegs offen zur Verteidigung Nordkoreas und Chinas gegen ihre „eigene“ herrschende Klasse auf.

In Deutschland gibt die pseudotrotzkistische Sozialistische Alternative Voran (SAV) zwar formell zu, dass Nordkorea eine Art Arbeiterstaat ist, doch hat dies für sie keinerlei Konsequenzen. Die SAV erklärt: „Doch eine Destabilisierung oder eine Implosion des [nordkoreanischen] Regimes lag inzwischen nicht mehr im Interesse weder von Südkorea noch der USA, denn das würde unter Umständen die ganze Region destabilisieren“ (*Solidarität*, Februar 2003). Mit dieser atemberaubenden Leugnung jeglicher Bedrohung Nordkoreas durch die Imperialisten und Südkorea hoffen sie ihre Weigerung abzudecken, Nordkorea zu verteidigen. Und das gerade jetzt, wo der deutsche Imperialismus im Hinblick auf mehr Investitionen in China gegen Nordkorea hetzt.

Aber die SAV setzt noch eins drauf: „Nach dem Studium der deutsch-deutschen Wiedervereinigung wurde Südkorea sehr vorsichtig und hat kein Interesse an der Einverleibung und Finanzierung eines maroden Gebietes.“ Dass die kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands eine abschreckende Wirkung auf Südkorea haben soll, ist völliger Blödsinn. Mit der DDR wurde nicht ein „marodes Gebiet“, sondern das trotz aller sehr realen ökonomischen Probleme zehntstärkste Industrieland der Welt „einverleibt“ und rachsüchtig platt gemacht. Der wiedervereinigte deutsche Imperialismus wurde enorm gestärkt. Er kann Osteuropa wieder ausbeuten, seine imperialistische Armee steht auf dem Balkan und in Afghanistan, er versucht die Errungenschaften massiv zurückzurollen, die er nach der Zerschlagung seines Dritten Reichs durch die Rote Armee zähneknirschend der Arbeiterklasse zugestehen musste, und er kann wieder nach einer Weltmachtrolle streben.

Wir haben mit allen Kräften gegen die kapitalistische Konterrevolution in der DDR gekämpft, mit der Perspektive eines Roten Rätendeutschlands. Die Konterrevolution bedeutete gewaltige Rückschritte für die arbeitenden Massen der gesamten Welt. Die deutsche Bourgeoisie dagegen bekam ein Geschenk dank des Verrats der stalinistischen Bürokratie in Sowjetunion und DDR (deren Reste heute die sozialdemokratische PDS bilden), die aus Angst vor einer proletarisch-politischen Revolution die DDR ausverkauften. Dann war da auch die SPD, die 1989/90 als Trojanisches Pferd der Konterrevolution alle Anstrengungen in Ostdeutschland unternahm, einen kapitalistischen Anschluss herbeizuführen. Und auf einer kleineren Ebene war da die SAV, deren Vorläufer Mitglieder in der SPD waren. Sie erklärten damals: „Andererseits bleibt – aus theoretischen wie aus praktischen Gründen heraus – eine deutsche Wiedervereinigung auf kapitalistischer wie auch auf stalinistischer Grundlage ausgeschlossen“ (*Voran*, Oktober 1989). Auch hier argumentierten sie, dass es gar keine Gefahr einer Konterrevolution gäbe, was Arbeiter und Linke genauso entwaffnete, wie das ihr Statement zur angeblichen Nichtbedrohung Nordkoreas heute tut. Später schrieben sie dann „Für

Fortgesetzt auf Seite 14

BT/GLT: Anti-Spartakisten fusionieren

Was können wir über eine Organisation wie die Internationale Bolschewistische Tendenz (BT) sagen, die eine Ansammlung zusammengewürfelter Individuen ist, deren gesamte Existenz seit den frühen 80er Jahren im Wesentlichen durch eine unnatürliche Besessenheit mit uns Spartakisten definiert wird, durch das Bestreben uns zu zerstören und durch wiederholte Provokationen? Nun, nach dem Lesen der Fusionserklärung zwischen der „Gruppe Spartakus“ (deutsche BT) und der Münchener „Gruppe Leo Trotzki“ (GLT) scheint es zumindest, als ob sie – so wie der Müll die Fliegen – die Art von Dreck anziehen, den sie verdient haben. Aus dieser vierseitigen Erklärung, die zumeist aus gegenseitigen Arschabdeckungen und abstraktem Übertünchen offensichtlicher Differenzen zwischen den Gruppen besteht, sticht vor allem ihre gemeinsame Feindseligkeit gegen die Trotzlisten der Internationalen Kommunistischen Liga (IKL) heraus und insbesondere gegen unsere Rolle, *tatsächlich darum gekämpft* zu haben, die arbeitende Bevölkerung zur Verteidigung des deformierten Arbeiterstaates DDR und später der UdSSR gegen die kapitalistische Konterrevolution zu mobilisieren.

Die eigene Fusionserklärung von BT/GLT spricht Bände darüber, was diese Gestalten animiert:

„Einen wichtigen Teil der Diskussionen nahm zu Beginn die Kritik der Gruppe Spartakus an der Spartakist Arbeiterpartei Deutschlands ein. Die Genossen der Gruppe Leo Trotzki lehnten Auftreten und Organisationsmethoden der SpAD von vornherein ab und waren an einer darüber hinaus gehenden Kritik der SpAD-Politik besonders interessiert. Im Mittelpunkt stand dabei die DDR-Intervention ab 1989 der SpAD bzw. ihrer Vorläufer. Diese zeichnete sich durch die wirklichkeitsfremde Annahme einer sich angeblich aktuell vollziehenden, politischen proletarischen Revolution einerseits und eine opportunistische Anbiederung an die SED bzw. PDS andererseits aus (eine ausführliche Kritik siehe Trotzlistisches Bulletin Nr. 1 ‚Die SpAD in der DDR: Opportunismus in revolutionärer Verkleidung‘).“ (*Bolschewik*, Januar 2003)

Mehr als zehn Jahre danach sind die bitteren Früchte der welthistorischen Niederlage durch die Konterrevolution in der DDR, Osteuropa und der Sowjetunion klar für alle zu sehen und einzig wir Trotzlisten haben bei jedem Schritt dagegen gekämpft. Die ungehinderte imperialistische Verwüstung und koloniale US-Besatzung des Iraks, verschärfte interimperialistische Rivalitäten, die ersten Schritte des deutschen Vierten Reichs dahin, eine militärische Weltmacht zu werden, mit Besatzungstruppen der Bundeswehr auf dem Balkan und in Afghanistan, und zunehmende Angriffe auf Immigranten und die Arbeiterklasse in den imperialistischen Ländern Europas – all das ist das Ergebnis der konterrevolutionären Zerstörung der UdSSR. Es überrascht überhaupt nicht, dass die Denunziation der Intervention der IKL in die DDR 1989/90 von der BT/GLT als Schwerpunkt für ihre verrottete Fusion ausgewählt wurde. Während ihre gesamte Fusionserklärung gelegentlich (sehr abstrakte) revolutionäre Phrasen benutzt, hat sie überhaupt *keinen* programmatischen *Inhalt*, d.h. was sind die anstehenden Aufgaben, um die deutsche Arbeiterklasse von ihrer nationalistischen prokapitalistischen sozialdemokratischen Führung zu brechen? Die russische Frage –

die Verteidigung der Errungenschaften früherer Revolutionen – *ist* die Frage der Revolution. Außer vom Hass auf die Spartakisten waren die BT-ler immer von ihrem Trieb motiviert, im antikommunistischen Sumpf der sozialdemokratischen Linken zu schwimmen. Dies bedeutete *immer*, unsere harten Positionen zur russischen Frage zurückzuweisen, wenn es zu heiß wurde, mit ihnen umzugehen.

BT in der DDR: die Arbeiterstaaten hassen, die Spartakisten hassen

Trotz all ihrem Müll darüber, wie „wirklichkeitsfremd“ und hoffnungslos unsere Intervention 1989/90 war, erkennt die BT doch implizit die Macht, die unser Programm für breite Schichten von Arbeitern und Jugendlichen hatte,



Fotos: Spartakist

Berlin, 4. November 1989: Prosozialistische Losungen auf Demo, Ausdruck von beginnender proletarisch-politischer Revolution

selber an. In ihrer Einleitung zu ihrem Pamphlet „Die SpAD in der DDR: Opportunismus in revolutionärer Verkleidung“, das wir als Teil unserer Reihe von Polemiken von Opponenten gegen uns unter dem Titel „Den Trotzismus hassen, die Spartakisten hassen“ verfügbar gemacht haben, schreiben sie:

„Auf den ersten Blick ist die IKL ohne Bedeutung, da sie international nur wenige hundert Mitglieder zählt und ohne Einfluß in der Linken und der Arbeiterklasse ist. Allerdings hat sie durch ihr propagandistisches Auftreten vor allem in der DDR ein hohes Profil als angebliche Vertreterin des Trotzismus erreicht.“

Was für ein Ausdruck unserer angeblichen „Irrelevanz“ und unseres „Opportunismus“ 1989/90, dass wir durch unsere Aktionen zu diesem kritischen Zeitpunkt zu Recht als die authentischen Trotzlisten identifiziert wurden! Unsere Intervention gegen den kapitalistischen Anschluss der DDR an das Vierte Reich sagt tatsächlich eine Menge darüber aus, wofür unsere Partei steht und wofür wir kämpfen. Die Antwort der BT sagt ebenso viel über sie selber aus. Wir haben ausführlich über die Erfolge und Fehler unserer kritischen Intervention 1989/90 und über die Lehren für Revolutionäre daraus geschrieben, z.B. „Revolution vs. Konterrevolution in Deutschland 1989/90“ (*Spartakist* Nr. 139, Frühjahr 2000), aber die BT-„Kritik“ ist eine ganz andere Geschichte und darüber hinaus nicht allzu komplex. Ziemlich einfach: *Wir kämpften dort gegen Kapitalismus; die BT zusammen mit einem ganzen Spektrum von Sozialdemokraten und Pseudotrotzkisten nicht – sie standen auf der anderen Seite.*

Fortgesetzt auf Seite 10

BT...

Fortsetzung von Seite 9

Der verräterische Rückzug der Roten Armee aus Afghanistan 1989 war ein entscheidender Wendepunkt auf dem Weg zur endgültigen Zerstörung der Sowjetunion selber drei Jahre darauf. Aber es war in keiner Weise vorherbestimmt, dass die endgültige Krise des Stalinismus, die sich so klar 1989 zeigte, in einer welthistorischen Niederlage für die Arbeiterklasse enden würde, wie sie es dann tat. Die Destabilisierung der DDR-Bürokratie 1989, die eine Periode intensiver politischer Aktivitäten und rapider Änderungen im Bewusstsein einleitete, war eine Öffnung, die die Möglichkeit eines völlig anderen Ergebnisses anzeigte.

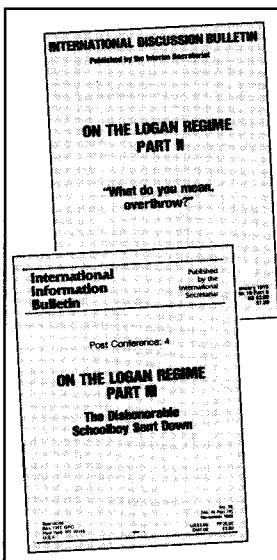
Ab Anfang November 1989 gab es Demonstrationen von Millionen Arbeitern und DDR-Bürgern, die ihre tiefe Unzufriedenheit mit der korrupten Bürokratie und dem unterdrückerischen Stasi-Apparat zum Ausdruck brachten. Das Bewusstsein der Demonstranten war unterschiedlich und widersprüchlich und die direkten Agenten der westdeutschen Bourgeoisie sowie ihre politischen Agenten der SPD taten alles in ihrer Macht Stehende, einen kapitalistischen Anschluss zustande zu bringen, doch weit verbreitet unter der arbeitenden Bevölkerung war ein Eintreten für einen demokratischen Sozialismus ohne Bürokraten. Zum Beispiel trugen Demonstranten auf einer der größten Demos am 4. November Banner, auf denen stand: „Für kommunistische Ideale! Keine Privilegien!“ *Dies war eine beginnende proletarisch-politische Revolution!* Dass die BT diese Tatsache von sich weist und behauptet, dass alles in der DDR vorbei war, nachdem die Mauer fiel, ist ein Maß für ihren Zynismus und ihre Verachtung für jeglichen *echten Kampf*. Unsere internationale Tendenz sah in den Ereignissen Ende 1989 eine Möglichkeit zu intervenieren und den Lauf der Geschichte zu ändern. Wir schickten so viele Kader hinein, wie unsere Kräfte es zuließen, und nahmen den Kampf für die revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands basierend auf unserem Kampf gegen kapitalistische Konterrevolution in Angriff: für eine proletarisch-politische Revolution im Osten, um die parasitäre Bürokratie wegzufegen, und für eine soziale Revolution im Westen, um die Bankiers und Industriellen zu enteignen. Wir brachten eine Tageszeitung mit Aufrufen zur Gründung von Arbeiter- und Soldatenräten heraus und riefen zur Gründung von Spartakist-Gruppen auf, um der pro-sozialistischen Haltung im Proletariat Führung und Richtung zu geben.

Nach der erfolgreichen, von uns initiierten Einheitsfront-Mobilisierung am 3. Januar 1990, zu der 250.000 ostdeutsche Arbeiter und andere gegen die faschistische

Schändung des Ehrenmals für die sowjetischen Soldaten in Berlin-Treptow gekommen waren, änderte sich die Situation scharf. Die westdeutsche Bourgeoisie verfiel in eine völlige konterrevolutionäre Raserei gegen die DDR. Die Top-Bürokraten der Sowjetunion und der DDR fürchteten die Konsequenzen für ihre Privilegien, wenn die Trotzlisten an Einfluss gewinnen, und verlegten die Volkskammerwahlen (die sich in ein Referendum über den Anschluss verwandelten) auf den März vor. Die BT trug mit ihren winzigen Kräften zur Offensive gegen die DDR bei. Die amerikanische BT sandte ein Team in die DDR und auch die deutsche Gruppe Vierte Internationale (GIVI, Vorgänger der deutschen BT) erwachte. Erst 1990 vereinigte sich die GIVI offiziell mit dem Rest der BT unter der Führung des Soziopathen Bill Logan (siehe nachfolgenden Artikel). Nach sieben Jahren „Existenz“ brachte die GIVI ihre erste Zeitung heraus. Woher kam dieser plötzliche Adrenalinstoß? Ihre Position, dass es unmöglich ist, die DDR-Arbeiter in ihrem eigenen Interesse zu mobilisieren, als die DDR-Bürokratie zerbröckelte, weist darauf hin, dass die BT *keinerlei Absicht* hatte, zu versuchen gegen die kapitalistische Konterrevolution zu kämpfen. Sie mobilisierten in die DDR einzig zu dem Zweck, mit Schmutz auf uns zu werfen, die als Einzige gegen den Ausverkauf des Arbeiterstaates kämpften. Ihre Propaganda, in der sie „kritische Unterstützung“ für unsere Kandidaten bei den Volkskammerwahlen gaben, widmete sich grausigen Märchen über „bürokratische Privilegien“ in der IKL. Während wir darum kämpften, die Arbeiterklasse für ihre eigenen Interessen zu mobilisieren, verbreitete die BT diesen Schmutz vorm „Haus der Demokratie“ in Ost-Berlin, dem Sitz der anti-kommunistischen DDR-Opposition (bestehend aus kleinbürgerlichen pro-kapitalistischen „Demokraten“ wie dem Neuen Forum und den Grünen). Mit anderen Worten: zum Nutzen der *Agenten der Konterrevolution!* Insofern die BT überhaupt eine Orientierung auf die DDR-Arbeiter hatte, versuchte sie, diese gegen uns abzuschotten. Die BT wollte die weit verbreitete Opposition gegen die Korruption der Bürokratie ausnutzen und uns so hinstellen, als wären wir im Keime stalinistische Bürokraten.

Deutsche BT: Deserteure des Kalten Kriegs, „linke“ Anwälte für Nazi-Punks. Woher diese dubiosen Gestalten kommen ...

So sehr die Provokationen der BT durch persönliche Verbitterung und Niedertracht uns gegenüber motiviert waren, so haben sie doch eine Logik, die die zugrunde liegende sozialdemokratische Stalinophobie enthüllt. Eine zentrale Kritik, die sie an uns in ihrer Wahlpropaganda übten, war



IKL-Bulletins

Über das Logan-Regime

Bill Logan wurde 1979 für Verbrechen „gegen kommunistische Moral und den ihr zugrunde liegenden elementaren menschlichen Anstand“ ausgeschlossen. Logan ist heute Führer der „Internationalen Bolschewistischen Tendenz“. Zum Nutzen der Arbeiterbewegung haben wir unsere internationalen Bulletins, die Logans Verbrechen dokumentieren, öffentlich zugänglich gemacht.

- Teil 1 3,- € (82 Seiten)
- Teil 2 3,- € (44 Seiten)
- Teil 3 3,- € (79 Seiten)

(in englischer Sprache)

Erhältlich:

Übersetzungen von Artikeln über Bill Logan und die BT aus *Workers Vanguard* Nr. 807 und 808 (1. und 29. August)

0,20 €

Zu beziehen über die Kontaktadresse



gegen unsere Losung „Verteidigt die Errungenschaften unseres Arbeiterstaats!“ gerichtet. So schrieben die BT-ler 1990 hasserfüllt: „Bevor die Arbeiterklasse der DDR von ‚ihrem‘ Arbeiterstaat sprechen konnte, fehlte ihr eine ganze Kleinigkeit... ein revolutionärer Kampf zum Sturz der stalinistischen Herrschaft und die Zerstörung der Reste des Unterdrückungsapparates“. Leo Trotzki, der neben Lenin der Führer der großen Oktoberrevolution 1917 war, schrieb dagegen:

„Wir akzeptieren den Arbeiterstaat, so wie er ist, und wir erklären: ‚Dies ist unser Staat.‘ Trotz seines Erbes von Rückständigkeit, trotz Hunger und Trägheit, trotz der Fehler und sogar Scheußlichkeiten der Bürokratie müssen die Arbeiter in aller Welt ihr zukünftiges sozialistisches Vaterland rückhaltlos verteidigen, das durch ihn dargestellt wird.“ („The Soviet Economy in Danger“ [Die sowjetische Wirtschaft in Gefahr], Oktober 1932)

Dieses Verständnis ist ein Gräuelfür die BT, deren Hauptbesorgnis es war, klar zu machen, dass der bürokratisch deformierte Arbeiterstaat DDR *nicht* ihr Staat war. Dies ist natürlich notwendig, um ihre ultimative Loyalität gegenüber der SPD und ihren linken Anhängseln zu demonstrieren, die die (bürgerliche) „Demokratie“ als ihr wertvollstes Ideal hochhalten. Tatsächlich ist die Hauptkritik der BT an uns, dass wir „sektiererisch“ waren, weil wir zur Treptower Demonstration in Verteidigung des deformierten Arbeiterstaates nicht die SPD auf die Plattform holten! Die westdeutsche SPD und ihr ostdeutscher Priesterklub SDP waren das Trojanische Pferd für die *Konterrevolution* in der DDR und marschierten gemeinsam mit Nazis im Süden der DDR und schriegen: „Deutschland einig Vaterland!“

Die tief gehende Stalinophobie der BT hat eine lange Geschichte, die auf ihre Ursprünge als „Anti-Spartacist-League“ zurückgeht. So wie ihre Verbündeten in Nordamerika wurde die deutsche Gruppe von verbitterten Ex-Mitgliedern gebildet, die bei uns austraten, als der zweite Kalte Krieg in den frühen 80er-Jahren heißer wurde, was das Leben für Kommunisten schwieriger und gefährlicher machte. Die BT-Feiglinge flohen vor unserer offenen Begrüßung der sowjetischen Intervention in Afghanistan und unserer unerschütterlichen Verteidigung des polnischen deformierten Arbeiterstaates gegen die konterrevolutionäre Bedrohung, die von Solidarność, der gelben Gewerkschaft von Bonner Bankiers, SPD, CIA, Vatikan, Reagan und Kohl, ausging. In Westdeutschland, „Frontstaat“ des antisowjetischen NATO-Bündnisses, fiel der erneute Kalte-Kriegs-Feldzug mit einem unheimlichen Wiederaufstieg des deutschen Nationalismus in der Nachkriegszeit zusammen. Eine Widerspiegelung der deformierenden Wirkung des „auferstehenden Deutschlands“ auf unsere Organisation war ein gewisser Ulrich Sandhaus: ein „echter Deutscher“ zu einer Zeit, als dies plötzlich „in“ war. So fing er an „Deutschland über alles“ zu singen und seine Wohnung mit einem Stahlhelm mit Hakenkreuz zu dekorieren. Wir schlossen ihn 1982 aus der Trotzkiistischen Liga Deutschlands (TLD) aus und warnten die übrige Arbeiterbewegung davor, was er war: ein profaschistischer Punk („Ein Nazi-Punk in Aktion“, *Spartakist* Nr. 51, Oktober 1984). Die Gründer der GIVI waren die eifrigsten Apologeten des erneuten deutschen Nationalismus. Sie schlossen diesen Scheißkerl in ihre Arme als ein edles Opfer des „Bürokratismus“ der Spartakisten. Erst starteten sie eine Kampagne, seine „demokratischen Rechte“ zu verteidigen, und dann ließen sie sich von ihm ihr programmatisches Gründungsdokument schreiben. Zwei Jahre später wurde die Logik von Sandhaus' Entwicklung auf brutale Weise klar, als er und eine Nazi-Punk-Kumpanin eine TLD-Unterstützerin angriffen und mit

einer acht Zentimeter langen von ihrer Schläfe bis hinter ihr linkes Ohr reichenden Platzwunde ins Krankenhaus schickten. Dieser Angriff hätte tödlich enden können.

... und wohin sie gehen

Das BT/GLT-Konglomerat pflegt heute die stalinophobe Tradition und spuckt auf die Arbeiterstaaten, als Treueschwur zur Sozialdemokratie. Ein grelles Zeichen dafür, wie bedeutungslos ihre gelegentlichen formalen Erklärungen von orthodoxem Trotzkiismus sind, ist die Tatsache, dass ihre gesamte Fusionserklärung *nicht ein Wort* über die *existierenden* deformierten Arbeiterstaaten verliert, die *heute* von den Kapitalisten ins Visier genommen werden. Der abstrakte Teil der BT-Fusionserklärung unter dem Titel „In der Frage der Verteidigung der bürokratisch degenerierten und deformierten Arbeiterstaaten“ endet mit der Versicherung: „Der Sieg Jelzins über die Putschisten des Notstandskomitees markierte im August 1991 das Ende des sowjetischen degenerierten Arbeiterstaates.“ Dagegen war für uns die entscheidende Frage die der sowjetischen Arbeiterklasse. Die Genossen unserer Moskauer Station versuchten mit zehntausenden Flugblättern, Interventionen usw. die sowjetische Arbeiterklasse gegen Jelzins Konterrevolution zu mobilisieren und damit zu verhindern, dass Jelzin einen Staatsapparat konsolidiert, der kapitalistischen Eigentumsformen verpflichtet ist. Wie wir in den letzten zehn Jahren klar gemacht haben, nahm die BT die erste Gelegenheit wahr, um diese Frage loszuwerden. *Wir von der IKL kämpfen für die bedingungslose militärische Verteidigung der deformierten Arbeiterstaaten China, Nordkorea, Kuba und Vietnam gegen Imperialismus und Konterrevolution als untrennbarem Bestandteil unseres Kampfes für neue Oktoberrevolutionen auf der ganzen Welt.*

Die BT ist nur ein Teil einer unheiligen Allianz von Anti-Spartakisten, die sich gegenseitig aufpeitschen und darüber heulen, dass die IKL ein Haufen „Chauvinisten“ sei. Wir haben auf diese Ekel erregenden Lügen geantwortet und die eigene verächtliche Geschichte der BT klar gemacht, die (bestenfalls) nur höhnische Gleichgültigkeit für den Kampf gegen rassistische und nationale Unterdrückung übrig hat. Die BT/GLT-Fusion ist ein weiteres Beispiel davon.

Während sie der Form halber die Notwendigkeit, die Arbeiterklasse von ihrer sozialdemokratischen Führung der SPD und der PDS zu brechen, bestätigen, enthält das Dokument *nicht ein Wort* über den Krieg gegen Immigranten, den die deutschen Herrscher mit SPD-Innenminister Schily an der Spitze führen. *Nicht ein Wort* über die rassistischen Deportationen und Razzien, für deren Umsetzung SPD und PDS zentral verantwortlich sind. Und diese Typen wollen uns als „Chauvinisten“ geißeln! Das bedarf *Chuzpe!* Wir von der IKL sind stolz auf unsere Propaganda, Erklärungen und Protestaktionen, die jede unserer Sektionen gegen die von den herrschenden Kapitalisten gegen Immigranten gerichteten Hexenjagden initiiert hat. Tatsächlich ist die Feindseligkeit, die wir uns von allen möglichen kleinstädtischen Moralisten und ausgesprochenen Reaktionären eingehandelt haben, der beste Beweis für unseren unnachgiebigen Kampf gegen alle Formen von vorherrschendem rückständigen Bewusstsein. Zur gleichen Zeit, zu der wir als „Chauvinisten“ geißelt wurden und zu der die Freunde der BT von der amerikanischen League for the Revolutionary Party (LRP) – die erklären, „ganz Israel ist besetztes Gebiet“ – uns „Zionisten“ nannten wegen unserer Position, dass die hebräisch-sprachige Nation in Israel/Palästina ein Recht hat zu existieren, waren wir physischen Angriffen der „antinationalen“ Sturmtruppen ausgesetzt, die uns „Antisemiten“ nannten, weil wir *das belagerte palästinensische Volk verteidigen!*

Fortgesetzt auf Seite 12

BT...

Fortsetzung von Seite 11

Wo steht die BT/GLT zu diesen Fragen? Was wissen wir überhaupt über die GLT? Die GLT ist eine winzige Münchener Gruppe, die sich aus dem pabloistischen Revolutionär Sozialistischen Bund (RSB) entwickelte. Der sozialdemokratische Sumpf in München ist verseucht von den ekelhaften „Antinationalen“ (AN), einschließlich der PDS-Jugendgruppe, die sie kontrollieren. Der ehemalige Führer und „Ex“-Genosse der GLT-ler, Max Brym, ist heute ein prominenter AN-ler, der für die von der Regierung finanzierte pro-zionistische Online-Zeitung *hagalil* schreibt. Ist es nun irgendeine Überraschung, dass eine der „Differenzen“ der GLT genau ihre Unterstützung für die Forderung nach „offenen Grenzen“ ist, mit der sie ihre pro-zionistischen Positionen populär verpacken will? Laut Fusionserklärung vertrat sie „die Position, dass die jüdische Immigration auf der Flucht vor Massenvernichtung nach Palästina in den 30er und 40er Jahren dem gegenüber gerade ein Beispiel zugunsten der Forderung von offenen Grenzen ist“. Das bedeutet nichts anderes als Unterstützung für die Gründung des zionistischen Staates, der nur aus dem lebenden Körper des arabisch-palästinensischen Volkes rausgerissen werden konnte. Die deutsche Linke ist so durchdrungen von der „Kollektivschuld“, dass die Unterstützung für „Israels Existenzrecht“ (also für einen *kapitalistischen Staat*, und einen sehr repressiven obendrein) eines ihrer Grundgebote ist. So ist die GLT-Position nur eine Eintrittskarte, um mit den AN-durchsetzten Sozialdemokraten rumzuhängen, die nicht gleichgültiger gegenüber den „Juden“ von heute in Deutschland sein könnten: den Türken, Kurden und Palästinensern der ersten, zweiten und dritten Generation, die direkt im Fadenkreuz der Bourgeoisie stehen.

Die BT-ler hatten eine „Position“, die direkt der der GLT widersprach, sie „hoben zum einen hervor, dass der trotzkistische Kampf für die Öffnung von Grenzen für jüdische Flüchtlinge sich hauptsächlich auf große Länder wie die USA bezog – ein Kampf bei dem zionistische Organisationen sie schmähslich im Stich ließen, weil ihnen ihr nationalistisches Projekt wichtiger als die Rettung von Millionen Juden war“. Sehr richtig. Und wie wurden diese offenkundigen Differenzen überwunden, um „erst Klarheit, dann Einheit“ zu erreichen? Spaß beiseite, für diese zentristischen Betrüger ist das höchste Prinzip: „Die Spartakisten hassen!“ Was die restlichen „Einzelheiten“ angeht, findet sich schon ein Weg, sie „zu lösen“. Und so werden die Differenzen zwischen den beiden Gruppen gelöst, indem sie auf eine fraglos nicht kontroverse „Gemeinsamkeit“ verweisen: eine Resolution der damals trotzkistischen amerikanischen SWP von 1938, die sich gegen die *USA und ihre imperialistischen Alliierten* richtete, die ihre Grenzen gegen die vor dem Holocaust fliehenden Juden dicht machten. „Auf der Grundlage dieser politischen Gemeinsamkeiten nahmen beide Gruppen brüderliche Beziehungen auf.“ Wie schon erwähnt gibt es in der Erklärung nichts über Immigranten und den Klassenkampf in Deutschland heute. Und es gibt *nicht ein Wort* zur Verteidigung des palästinensischen Volkes in dieser Fusionserklärung zwischen einem Häuflein Münchener Pro-Zionisten und der BT! Der gemeinsame Nenner von beiden Gruppen ist zweifellos, dass keine von beiden sich auch nur das Mindeste um die brennenden Fragen von heute kümmert oder ihre Papier„positionen“ überhaupt ernst nimmt.

Als Teil des Kampfes, die Weltpartei der sozialistischen Revolution, die so dringend benötigt wird, aufzubauen, müssen wir mit vielen unangenehmen Aufgaben und widerlichen Typen umgehen, nicht zuletzt mit der BT. Ihre Geschichte ist nicht schön: Seit ihren Ursprüngen vor zwei

Jahrzehnten, als Abfallprodukte von uns, haben diese demoralisiertesten, schwankendsten Elemente es geschafft, immer noch herumzuhängen und sich für die verschiedensten unappetitlichen Zwecke zur Verfügung zu stellen. Aber die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten brauchen keine Bande wie die BT, für die Prinzipien so billig sind wie das Papier, auf dem sie geschrieben stehen. Wir brauchen eine revolutionäre Avantgardepartei, die ernsthaft ist und sich dem entschlossenen Kampf gegen allen rückständigen Müll verpflichtet hat, der in dieser Gesellschaft gefördert wird, und die sich die Aufgabe gestellt hat, die Macht zu erobern, wenn der entscheidende Zeitpunkt gekommen ist. Eine solche Partei wollen wir aufbauen. Das bringt es mit sich, dass man gelegentlich mit Dingen wie der BT umgehen muss; und so akzeptieren wir diese Aufgabe, auch wenn's wahrhaftig keine Freude ist.

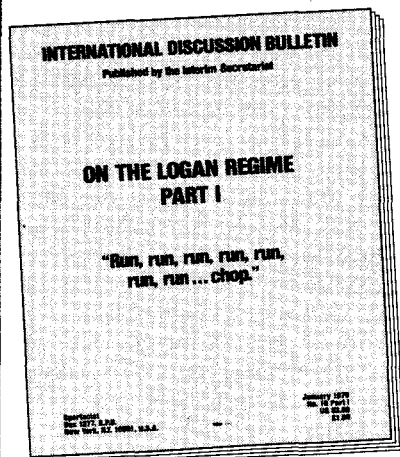
* * *

Bill Logan: Ein echt kranker Dreckskerl

BT – eine wandelnde Provokation

In „BT: Renegades for Hire“ („BT: Käufliche Renegaten“) (*Workers Vanguard* Nr. 807, 1. August) dokumentierten wir die Rolle der Bolschewistischen Tendenz als eine wandelnde Provokation gegen die Spartacist League und entlarvten den soziopathischen Menschenmanipulierer Bill Logan, den sie zu ihrem Führer erkoren haben. Die BT verteidigte ihre „Chauvinismus“-Verleumdungen gegen unsere Partei in einer Erwiderung, die sie im Internet unter dem Titel „The Truth Hurts“ („Die Wahrheit tut weh“) (8. August) als Brief veröffentlichten. Mit Sicherheit tut die Wahrheit ihnen weh. Obwohl Logan, *der Führer* der BT seit 1990, im Zentrum der Ereignisse stand, die sie entstellten, um ihre Lügen zu spinnen, bleibt er dennoch das schwarze Loch in ihrer letzten „Erwiderung“.

Wie wir in dem oben genannten Artikel darlegten, präsentierte die BT in einem „Postskriptum“ zu ihrem Brief vom 12. Juni, der nominell um die kurdische Frage ging, ein kurzes aus dem Zusammenhang gerissenes Zitat aus einer Präsentation des nationalen Vorsitzenden der SL/U.S., Jim Robertson, die er *vor 25 Jahren* vor unserer New Yorker Ortsgruppe gehalten hatte. Robertson berichtete über den Kampf der Partei, das brutale und böartige Regime, das Logan als Führer unserer britischen Sektion geführt hatte, zu beseitigen, und über die vielfältige Art und Weise, in der Logan die verinnerlichte Unterdrückung besonders von jungen Frauen und Genossen ethnischer Minderheiten manipulierte. Dabei übte er Kritik an einem führenden




INTERNATIONAL DISCUSSION BULLETIN
Published by the Interim Secretariat

**ON THE LOGAN REGIME
PART I**

“Run, run, run, run, run,
run, run ... chop.”

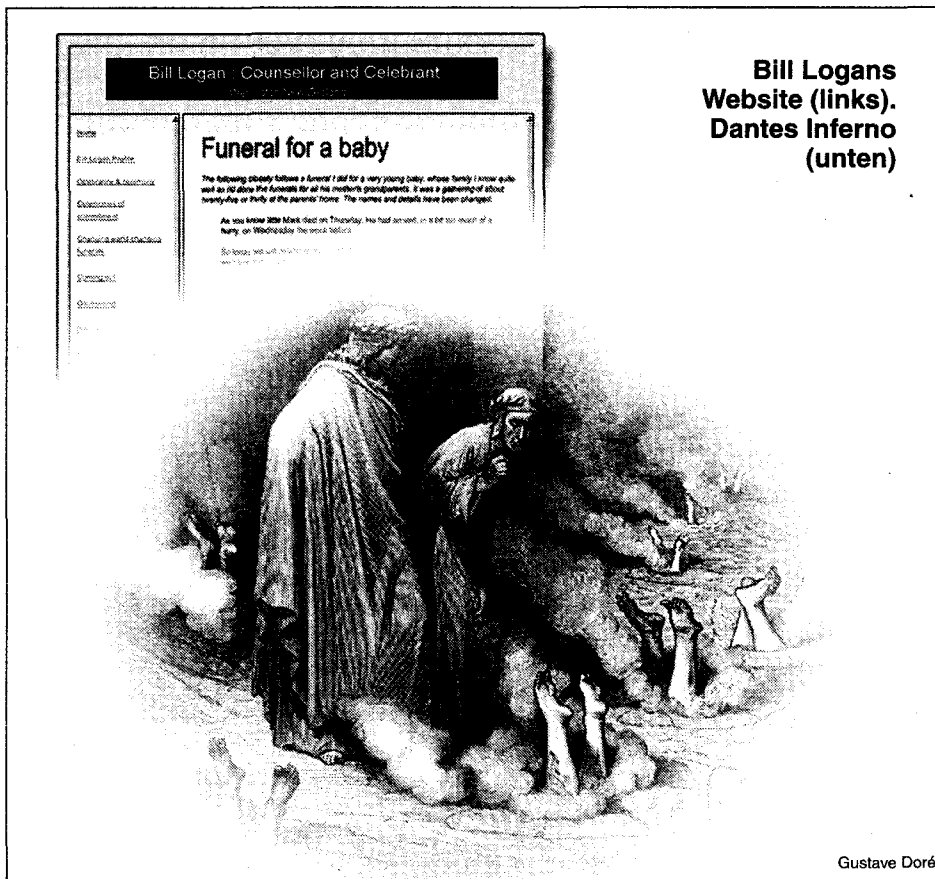
January 1997
No. 807, 1st
New York, N.Y. 10001, U.S.A.



Workers Vanguard

**Soziopath
Bill Logan**

Weitere Bulletins siehe Seite 10
(Zu beziehen über Kontaktadresse)



**Bill Logans
Website (links).
Dantes Inferno
(unten)**

Kommunisten mit sehr unterschiedlichem ethnischen Hintergrund hörten Robertsons Präsentation. Sie verstanden sie als das, was sie war: eine machtvolle Anklage gegen die allseitige Unterdrückung in der kapitalistischen Klassengesellschaft und ein Bericht über den Kampf gegen einen kranken Typ, der versuchte Genossen zu zerstören. Diejenigen, die im Raum waren, erinnern sich daran, am Ende des Berichtes begeistert gewesen zu sein, weil wir den Kampf, um unsere britische Sektion zu retten, gewonnen hatten und einen ernsthaften Rückschlag in unserem Kampf, eine Internationale aufzubauen, verhindert hatten. Zu behaupten, dass einhundert Kommunisten nicht mit Feindseligkeit und Empörung auf eine chauvinistische Verunglimpfung reagiert hätten, ist eine Verleumdung von all unseren Genossen. Glaubt man der BT, so sind die Mitglieder der Internationalen Kommunistischen Liga, an die sie ihre schmierigen Appelle, mit der IKL zu brechen, richtet, wertlos als irgendeine Art von Kommunisten, sondern stattdessen lediglich gehorsame Werkzeuge, Narren und vielleicht selber Rassisten. Aber was sind dann die eigenen „Gründungsführer“ der BT, die

Genossen, Reuben Samuels, weil dieser sich von diesem Kampf fern hielt:

„Kritik an Reuben: wo war Reuben die ganze Zeit? Er war in der Bibliothek verschwunden und studierte Scheißhaufen [Turds] für seine Schulung. Stimmt's? Er spielte überhaupt keine Rolle. George und ich sahen uns an und wir sagten: ‚Wir glauben nicht, dass dies genau die Art von Wochenendschulung sein wird, an die wir gedacht hatten ...‘ Wir werden nächsten Monat darauf zurückkommen und die Schulung haben. Eine gute Schulung.“

Wie wir in *WV* Nr. 807 schrieben: „Nur in den Köpfen derer, die wirklich vom Chauvinismus beseelt sind, kann ‚Turds‘ als Bezugnahme auf die Kurden erscheinen!“ Was all ihre ach so entrüsteten und vollkommen unaufrichtigen Anklagen von „vulgärem Chauvinismus“ angeht, so leitet die BT jedoch ihr Zitat damit ein, dass sie sagt: „Robertson zog Samuels dafür auf, außen vor geblieben zu sein und die Aufregung verpasst zu haben.“ Dies hatte überhaupt nichts damit zu tun, ihn aufzuziehen, sondern war eine ernsthafte Anklage gegen einen erfahrenen Führer unserer Internationale, weil er seinen Kopf ins Klo steckte, als es darum ging, einen Kampf zu führen, um unsere britische Sektion vor Logan zu retten. Nun meint die BT, der Beweis dafür, dass wir „vulgären Chauvinismus“ abdecken, werde durch die Tatsache demonstriert, dass unser letzter Artikel nicht erwähnte, dass Samuels „aus Toronto eingeflogen worden war, speziell um seine Rede über die Kurden zu halten“. Letzteres stimmt vollkommen. Robertson und die übrige internationale Führung stellten sicher, dass unser bestinformierter Genosse in der Frage, Samuels, nicht nur einmal, sondern zweimal nach London flog, um eine „gute Schulung“ über den Kampf gegen die Unterdrückung der Kurden zu geben – was besonders wegen der gerade erfolgten Rekrutierung türkischer Genossen zu unserer britischen Sektion notwendig geworden war. Und das nennt die BT „Chauvinismus“.

Mehr als einhundert eigensinniger, streitlustiger junger

dabei waren zu der Zeit von Robertsons New Yorker Präsentation und die keinen Piep von sich gaben? Sie klagen sich selber an mit den Beschuldigungen, die sie zu Unrecht gegen uns schleudern.

In den 20 Jahren ihrer Existenz hat sich die BT auf verlogene Hetze gegen unsere Organisation spezialisiert. Das Bulletin, das Robertsons Präsentation enthielt, wurde von uns vor mehr als zwei Jahrzehnten öffentlich zugänglich gemacht. Doch erst jetzt hat die BT ihr eigenes „wiedererlangtes Gedächtnis“ offenbart, dass der Kampf gegen Logan in Wirklichkeit eine Abdeckung für antikurdischen Chauvinismus gewesen sei.

Im *WV* Nr. 807 stellten wir fest, dass die BT jegliche Erwähnung von Logan unterließ sowohl in ihrem „PS“ als auch in ihrem Flugblatt vom 4. Juli mit dem Titel „Robertsons ‚vulgärer Chauvinismus‘“, das sie zum Nutzen von stalinophoben Schlägern und Spartakisten-Hassern bei der „Marxismus“-Konferenz der britischen Socialist Workers Party in London verteilten. Die BT brachte es nicht einmal über sich, den Haupttitel des *International Discussion Bulletin*, aus dem sie zitierte, zu nennen: „On the Logan Regime Part I“ [Über das Logan-Regime Teil 1]. „Warum wurde Logan zum Gegenstück dieses leeren Raumes auf retuschierten Fotos?“, fragten wir. „Was verbirgt die BT?“

Der letzte Brief der BT erwähnt beiläufig Logans Namen einige Male, darunter in der rätselhaften Behauptung: Robertson „hatte entschieden, das Logan-Regime zu stürzen“. Warum wurde Logan „gestürzt“? Kein Wort. Die BT verliert auch kein Wort über die monströsen Verbrechen, die von unseren Genossen in der australischen Sektion, wo Logan zuvor nationaler Vorsitzender gewesen war, berichtet wurden, nachdem erst einmal durch den Kampf in Britannien der Deckel aufgestemmt worden war. Logan entzweite absichtlich Paare und übte auf Genossen Druck aus, bestimmte Beziehungen einzugehen. Er übte auf eine junge Genossin Druck aus, eine Abtreibung vorzunehmen, und als sie sich weigerte, brachte er sie dazu, ihr Kind in ein Pflege-

Fortgesetzt auf Seite 22

Nordkorea...

Fortsetzung von Seite 8

die Vereinigung BRD/DDR – Arbeiterdemokratie in ganz Deutschland!“ und „SPD in die Offensive!“ (Vorab, Februar 1990). Weit davon entfernt, für die Bourgeoisie ein abschreckendes Beispiel zu sein, hat die Konterrevolution 1990 der konterrevolutionären Zerstörung der Sowjetunion 1991/92 Antrieb gegeben und auch den konterrevolutionären Druck auf die deformierten Arbeiterstaaten Nordkorea, Kuba, China und Vietnam riesig verstärkt.

Bush und Demokraten auf dem Kriegspfad

Um ihre Drohungen gegen die Demokratische Volksrepublik Korea zu rechtfertigen, berufen sich die USA auf die von Pjöngjang geäußerte Absicht, Atomwaffen zu entwickeln, zu produzieren und seit neuestem auch zu testen. Diese Rechtfertigung ist ein Vorwand. Von Anfang an war Nordkorea von Bush aufgeführt worden als zentraler Bestandteil seiner „Achse des Bösen“, die angeblich den Planeten bedrohe, und Nordkorea, China und Kuba stehen auf der Liste der sieben Länder, die Ziel eines potenziellen atomaren Erstschlags sind, wie die „Nuclear Posture Review“ des Pentagon darlegte.

Der Feldzug der Bush-Regierung gegen Nordkorea ist eine Fortsetzung der Kalten-Kriegs-Politik, wie sie der demokratische Präsident Harry Truman einführte, dessen Regierung während des Koreakriegs einen Atomschlag gegen den Norden erwog. Diese Überlegung wurde in Anbetracht der Kapazitäten der Sowjetunion, mit gleicher Münze zurückzahlen, verworfen. Nach der Zerstörung der UdSSR ist Bush absolut in der Lage, diese Entscheidung zu überdenken. Es ist bemerkenswert, dass nahezu jeder der gegenwärtig die Präsidentschaftskandidatur anstrebenden Demokraten Bush vorgeworfen hat, die „nordkoreanische Bedrohung“ zu vernachlässigen. Im Februar forderte die liberale Kongressabgeordnete Barbara Lee, Liebling reformistischer Anti-Kriegs-Linker vom Schlage der Workers World Party, Außenminister Colin Powell heraus: „Was muss erst noch passieren, damit die Regierung ebenso viel Aufmerksamkeit auf Nordkorea richtet, das seine atomaren und raketentechnischen Fähigkeiten gezeigt hat, wie sie auf Irak richtet?“

Tatsächlich hat Bush aber nicht auf der faulen Haut gelegen. Wie John R. Bolton, US-Unterstaatssekretär für Waffenkontrolle und internationale Sicherheit, in diesem Sommer offen vor dem Kongress aussagte, ist das Ziel der Provokationen der Bush-Regierung, die „Behinderungen“ und „Beschlagnahmungen“ auf See, „neue Mittel“ zu entwickeln, „um den Handel in Bezug auf Weiterverbreitung von Atomwaffen zur See, in der Luft und an Land zu unterbinden“ (New York Times, 18. August). Genauer gesagt ist das Ziel dieser Anstrengungen, den nordkoreanischen deformierten Arbeiterstaat zu zerstören.

Bolton ist ein Superfalke, vom American Enterprise Institute (AEI), einer neokonservativen Denkfabrik, zur Verfügung gestellt, um die Amerika-über-alles-Politik zu rechtfertigen. Zurzeit wird dieser schaurige Typ an der kurzen Leine gehalten, da die Bush-Regierung in jüngster Zeit vorgibt, für Verhandlungen mit Pjöngjang offen zu sein, z. B. bei den Gesprächen in Beijing. Die Welteroberungsbestrebungen des US-Imperialismus sind zum Teil deswegen gemäßigt, weil die entsprechenden Bodentruppen zurzeit in der blutigen Besatzung Iraks feststecken.

Die New York Times (3. September) berichtete über ein Interview mit Bolton aus dem letzten Jahr, in dem er gebeten wurde, die scheinbare Widersprüchlichkeit der US-Politik gegenüber Nordkorea zu erklären. Bolton „ging rüber zu einem Bücherregal, zog einen Band heraus und klatschte ihn auf den Tisch. Der Titel war ‚Das Ende Nord-

koreas‘, verfasst vom einem Kollegen am American Enterprise Institute. ‚Das‘, sagte er, ‚ist unsere Politik‘.“ Die Bibel des US-Imperialismus, interpretiert von seinen intellektuellen Lakaien des AEI, besteht aus mehreren Büchern – Das Ende der UdSSR, Das Ende Chinas, Das Ende Kubas usw.

Auch Koreas ehemalige Oberherren in Japan, die ihre eigenen imperialistischen Ziele verfolgen, sind mitten in einer Offensive, um Nordkorea in die Knie zu zwingen und ihren regionalen militärischen Ambitionen nachzugehen. Tokio hat die raketentechnischen und atomaren Kapazitäten Nordkoreas zum Vorwand genommen, 1,2 Milliarden Dollar zur Verfügung zu stellen, um ein „Raketenverteidigungssystem“ aufzubauen, das sowohl den nordkoreanischen wie auch den chinesischen deformierten Arbeiterstaat bedrohen würde, und eine Reihe führender Leute in der Regierung reden offen darüber, ein Atomarsenal anzuschaffen. Die japanische Küstenwache hat sich für das Manöver „Pacific Protector“ in der Korallensee den USA und Australien angeschlossen. Einige Tage vor den Gesprächen in Beijing beschlagnahmten japanische Behörden im Hafen von Niigata-Nishi die nordkoreanische Fähre *Mangyongbong-92*, auf die die Menschen ethnisch koreanischer Herkunft stark angewiesen sind. In Japan hat die Offensive gegen Nordkorea die Form einer chauvinistischen Raserei gegen ethnische Koreaner und ihre Schulen und Organisationen angenommen, es gab über 300 Bombenangriffe, -drohungen und sonstige Attacken. Diese chauvinistische Hysterie wurde besonders aufgepeitscht, nachdem kürzlich bekannt wurde, dass es in den 70er- und 80er-Jahren bizarre und nicht zu verteidigende Entführungen japanischer Staatsangehöriger durch das Regime in Pjöngjang gegeben hat. Wie unsere Genossen der Spartakist-Gruppe Japan wiederholt betont haben, geht die Verteidigung Nordkoreas Hand in Hand mit der Verteidigung der koreanischen Minderheit in Japan.

Beijings stalinistischer Verrat

Nordkoreas gegenwärtige Notlage – Unterernährung, kein Zugang zu wichtigen Rohstoffen und Niedergang der Industrie – ist direktes Ergebnis der von Boris Jelzin und Bush Senior geführten kapitalistischen Konterrevolution 1991/92 in der UdSSR, die der Hauptwirtschaftspartner des Nordens gewesen war. Im Gegensatz zum imperialistisch dominierten Süden blühte der Norden nach dem Koreakrieg ein Vierteljahrhundert lang auf. „Während der 70er-Jahre war Nordkorea das 20-reichste Land in der Welt“, berichtete der Londoner *Guardian* (11. März).

Die jetzige Politik der nordkoreanischen Bürokratie – die Drohung atomarer Bewaffnung zu benutzen, um von den USA Hilfe und einen Friedensvertrag zu fordern, der „garantiert“, dass die amerikanischen Imperialisten jeglicher feindlicher Intervention abschwören – ist lediglich militant klingende Bettelei. Käme ein solcher Handel zustande, wäre er wesentlich weniger wert als eine Übertragungsurkunde für die Brooklyn Bridge. Solch ein Deal würde die Rückkehr internationaler „Atomwaffeninspektoren“ nach Nordkorea beinhalten, deren einziges Ziel es wäre, sicherzustellen, dass sich das Land gegen einen amerikanischen Angriff nicht verteidigen kann – genau das Gleiche, was die UN-Inspektoren im Irak gemacht haben.

Wie wir in „Verteidigt Nordkorea!“ (*Workers Vanguard* Nr. 784, 12. Juli 2002) schrieben: „Die internationale Arbeiterklasse muss das Recht der deformierten Arbeiterstaaten auf Atomwaffen verteidigen, um sich selbst gegen die imperialistischen Kriegsverbrecher zu verteidigen. Hätte die Sowjetunion kein Atomwaffenarsenal gehabt, das in der Lage war, den US-Imperialismus abzuschrecken, dann hätte es keine Kubanische Revolution und keine Vietnamesische Revolution gegeben, und China und Korea wären ein Haufen verstrahlter Trümmer.“ Ein wichtiger Grund, warum die

USA dachten, sie könnten Irak einfach überrollen, war, dass das kleine kapitalistische Land keinerlei Atomwaffen besaß, deren Besitz in der heutigen Welt so ungefähr das einzig wirklich Maß für Unabhängigkeit darstellt.

Die einzige Garantie für das Überleben und die Ausweitung der Errungenschaften der sozialen Revolution liegt im Sieg der proletarischen Revolution in den entwickelten Industrieländern und letztendlich auf der ganzen Welt. Gegen eben diese Perspektive wenden sich die jeweiligen nationalistischen stalinistischen Bürokratien, die die Arbeiterstaaten beherrschen, da diese Perspektive ihre parasitäre Kasten Herrschaft bedroht. Deswegen streben diese Kasten nach Deals mit den Imperialisten, um ihren Fortbestand abzusichern; das heißt, sie streben nach „sozialistischen Paradiesen“ in einem imperialistischen Himmel.

Schaut euch die Volksrepublik China an. Bis vor kurzem hat die herrschende Kaste in Beijing die Kriegslust des US-Imperialismus gegen Nordkorea normalerweise als Bedrohung ihrer eigenen Existenz angesehen. Fast eine Million Soldaten der Volksbefreiungsarmee spielten eine entscheidende Rolle bei der Niederlage der USA im Koreakrieg, in den China eintrat, als es richtigerweise erkannte, dass es selbst bedroht war. Aber für Maos Regime – wie für alle stalinistischen Bürokratien – war internationale Solidarität immer seinen eigenen engen nationalistischen Interessen untergeordnet. Die herrschenden stalinistischen Bürokratien rechtfertigen solch nationalistische Politik mit der falschen Behauptung, sie würden in ihren jeweils eigenen Ländern „Sozialismus“ aufbauen.

Zum Beispiel waren in den späten 60er-Jahren die Meinungsverschiedenheiten zwischen Moskau und Beijing so weit eskaliert, dass es entlang der Grenze zu militärischen Zusammenstößen kam. Die relative Schwäche Chinas hatte die Beijinger Bürokratie früher dazu gebracht, gegenüber dem US-Imperialismus eine kämpferischere Haltung einzunehmen als Moskau. Aber in den frühen 70er-Jahren war Beijing dann eine Allianz mit den USA eingegangen, gerichtet gegen die angeblich „sozialimperialistische“ UdSSR, der Beijing damals die Rolle seines Hauptfeinds zuteilte.

Während der letzten 25 Jahre ging die Beschwichtigungspolitik der Beijinger Bürokratie gegenüber dem Imperialismus Hand in Hand mit der Politik der kapitalistischen „Marktreformen“ in China selbst. Das hat zur zunehmenden Durchdringung Chinas durch die chinesische Exilbourgeoisie und ausländische Imperialisten geführt. Diese Entwicklung hat gleichzeitig die verstaatlichten Bereiche der Wirtschaft untergraben und zunehmend Schichten der Bürokratie, zusammen mit offen kapitalistischen Elementen auf dem Festland, in eine Verstrickung in imperialistische wirtschaftliche Verpflichtungen hineingezogen.

Bei Beijings verräterischem Angebot, die Entwaffnung Nordkoreas zu vermitteln, ist die Zunahme des Handels zwischen China und der südkoreanischen Hauptstadt kein geringer Faktor. China, von dem mehr als die Hälfte von Nordkoreas importiertem Getreide stammt und das genügend Heizöl liefert, um ein Drittel des Energiebedarfs zu decken, drehte im März als Reaktion auf einen Raketensturz Nordkoreas den Ölhahn für drei Tage zu. Beijings Bereitschaft, seine nordkoreanischen Pendants zu verraten, ist eine Gefahr für den chinesischen deformierten Arbeiterstaat selbst, der das strategische Hauptziel US-imperialistischer Ambitionen bleibt. Die chinesische Regierung fühlte sich selbst gezwungen, Washingtons Kriegslust gegenüber Nordkorea zu verurteilen.

Wie Leo Trotzki in *Verratene Revolution* (1936), seiner brillanten Analyse der Degeneration der bolschewistischen Revolution, erklärt hat, ist die stalinistische Kaste das größte innere Hindernis für die Verteidigung der Errungenschaften der sozialen Revolution, und deshalb ist der Sturz der Büro-

kratie durch eine proletarisch-politische Revolution notwendig. In China haben hunderttausende Arbeiter sowie Massen verarmter Bauern, die im Zuge der Zerstörung der kollektivierten Landwirtschaft aus den Dörfern getrieben wurden, gegen den Abbau der Errungenschaften der Revolution von 1949 protestiert. Die Politik des Regimes erzeugt ein Epizentrum der kapitalistischen Restauration und bereitet gleichzeitig den Boden für einen gewaltigen Ausbruch proletarischer Wut. Die chinesische Arbeiterklasse steht vor der dringenden Aufgabe, eine leninistisch-trozkistische Partei zu schmieden, die solche sozialen Explosionen zu einer proletarisch-politischen Revolution führt.

Eine erfolgreiche politische Revolution in China – die Errichtung der Herrschaft von Arbeiter- und Bauernräten, die der Verteidigung und Ausweitung der vergesellschafteten Wirtschaft verpflichtet sind – würde den nordkoreanischen Arbeitern einen Ausweg aus imperialistischer Umzingelung und Isolation weisen. Umgekehrt würde ein konterrevolutionärer Umsturz in Nordkorea nicht nur noch größere Armut und Verelendung im Land selbst bedeuten, sondern es wäre auch ein gezückter Dolch gegen die Errungenschaften der Chinesischen Revolution, weil dann die Kräfte der kapitalistischen Restauration direkt an der Grenze von Chinas Kernland der verstaatlichten Industrie stehen würden.

Die Aussicht auf Sozialismus auf der koreanischen Halbinsel steht und fällt mit der Verbindung des nordkoreanischen Proletariats mit der Arbeiterklasse im Süden. Die Arbeiter dort stehen gerade in ausgedehnten Klassenkämpfen gegen die von der Finanzkrise 1997/98 herrührende wirtschaftliche Verwüstung, deren Auswirkung noch dadurch verschärft wird, dass Südkorea nach der Zerstörung der UdSSR seinen bevorzugten Status als US-Wertanlage an der vordersten Front im Kalten Krieg verloren hat. Als Südkoreas Herrscher 1997 Washington und Tokio um Unterstützung bat, wurde ihnen die Tür vor der Nase zugeschlagen. Tatsächlich wurden die Türen zum Club der imperialistischen Elite schon in den 1890er-Jahren verrammelt und seitdem nicht wieder geöffnet.

Die Bürokratie in Pjöngjang propagiert seit langem die „friedliche“ Wiedervereinigung mit dem kapitalistischen Süden, dabei versucht sie, sich mit den nationalistischen Kräften in Südkorea zu verbünden, die mit der amerikanischen Oberherrschaft unzufrieden sind. Teile der Chaebol-Konglomerate, die den südkoreanischen Kapitalismus dominieren, wollen ihrerseits Korea auf der Grundlage kapitalistischer Lohnsklaverei wiedervereinigen, verdeutlicht durch Seouls „Sonnenscheinpolitik“ gegenüber dem Norden. Koreanischer Nationalismus, der sowohl von der nordkoreanischen Bürokratie als auch von der südkoreanischen Linken propagiert wird, dient dazu, das machtvolle südkoreanische Proletariat an seine eigene herrschende Klasse zu ketten. Wir kämpfen für die *revolutionäre* Wiedervereinigung Koreas durch sozialistische Revolution im Süden und proletarisch-politische Revolution im Norden.

Für die Verteidigung der sozialen Revolutionen in China, Nordkorea, Vietnam und Kuba ist die Schmiedung einer internationalen trotzkistischen Partei notwendig, die die existierenden Errungenschaften anerkennt und unnachgiebig dafür kämpft, sie gegen imperialistische oder von innen angeheizte Konterrevolution zu verteidigen und auszuweiten. Diese Verteidigung ist untrennbar verbunden mit dem Kampf für sozialistische Revolutionen in den fortgeschrittenen Industrieländern, im industriellen Machtzentrum Japan, was für Asien wichtig ist, und in der Höhle der imperialistischen Bestie, den USA. Die IKL widmet alle ihre Mittel und Anstrengungen der Schmiedung der internationalen proletarischen Avantgardepartei, die notwendig ist, um diese Aufgabe zu erfüllen.

Nach Workers Vanguard Nr. 809, 12. September 2003

Frauen und Revolution



Nein zum rassistischen Kopftuchverbot!

Am 24. September entschied das Bundesverfassungsgericht, dass das Unterrichtsverbot gegen Fereshta Ludin wegen ihres Kopftuchs ein Verstoß gegen ihre Rechte sei ... und dass deshalb neue Ländergesetze für das Verbot erforderlich sind! Dies bestimmte die Titelseiten aller großen deutschen Zeitungen: „Karlsruhe: Kein Kopftuchverbot ohne Gesetz“ (*Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 25. September) und „Länder brauchen Gesetz für Kopftuch-Verbot“ (*Süddeutsche Zeitung*, 25. September). Das Saarland und Bayern arbeiten bereits an Gesetzentwürfen für ein Kopftuchverbot. Noch am gleichen Tag machte der Innensenator des Berliner SPD/PDS-Senats, Ehrhart Körting, in einer niederträchtigen Parlamentsrede Stimmung für eine rassistische Hexenjagd gegen Muslime. Das Tragen eines Kopftuchs verkörpere eine „aggressive Grundhaltung“ (*Berliner Morgenpost*, 26. September)! Wir sagen: **Nein zum rassistischen Kopftuchverbot! Lasst Fereshta Ludin in staatlichen Schulen unterrichten!**

. Dass die Gerichte in diesem Land behaupten, für Staatsneutralität in religiösen Angelegenheiten einzutreten, ist pure Heuchelei. Seit fünf Jahren kämpft Fereshta Ludin, praktizierende Muslimin, in Afghanistan geboren, gegen das rassistische Kopftuchverbot. 1998 wurde ihr der Beamtenstatus vom Stuttgarter Schulamt unter dem Scheingrund vorenthalten, sie sei wegen ihres Beharrens auf das Tragen ihres Kopftuchs im Unterricht nicht für den Staatsdienst geeignet, weil sie so nicht weltanschaulich neutral bleiben könne. Dies wurde im gleichen Jahr vom Stuttgarter Verwaltungsgericht und dann 2001 vom Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg bestätigt. Letzterer entschied, dem „Schutz der Schüler“ komme größere Bedeutung zu als Ludins individueller Bekenntnisfreiheit (*Süddeutsche Zeitung*, 27. Juni 2001)! Und im Juli 2002 entschied das Berliner Bundesverwaltungsgericht, Schüler hätten das Recht, „vom Staat nicht dem Einfluss einer fremden Religion, auch in Gestalt eines Symbols, ausgesetzt zu werden“ (*taz*, 4. Juli 2002).

Das Kopftuch ist ein Instrument zur tagtäglichen Unterwerfung der Frau unter den Mann in islamischen Gesellschaften weltweit und auch in dem immer mehr ghettoisierten Leben von Immigrantinnen in Europa. Es verstärkt den frauenfeindlichen Moralkodex in den rückständigsten Teilen



Kai Pfaffenbach

Fereshta Ludin

der religiös-islamischen Bevölkerung, indem es die Frauen in „gute bescheidene“ Musliminnen und „nicht so gute“ Musliminnen teilt. Für Tausende von jungen Frauen ist es die erzwungene Pflicht nach der Ehe, sich der Mutter des Mannes zu unterwerfen, das heißt dem Mann und seiner Familienehre. Dennoch: Wir sind gegen Verbote durch den rassistischen bürgerlichen Staat, weil sie *nur* brutale Maßnahmen zum rassistischen Ausschluss und zur Anheizung religiöser Bigotterie sein können. Ein Verbot würde Zehntausende türkischer und kurdischer Arbeiterinnen in Deutschland aus der Produktion werfen und aus Geschäften und Büros, wo sie Teil der Arbeiterklasse sind und wo sie sich an Klassenkämpfen beteiligen können und Zugang zu sozialer Macht haben. Sie würden zurück in die Abgeschlossenheit der Familie geworfen, vom Ehemann oder Vater finanziell abhängig gemacht, zu stumpfsinniger und erniedrigender Haushaltsplackerei verurteilt. Als Marxisten und Kämpfer für die Emanzipation der Frauen kämpfen wir für eine revolutionäre Umwandlung der Gesellschaft, um ein für alle Mal die Bedingungen von Armut, Ausbeutung und Unterdrückung, die den Bedarf nach religiösen Illusionen hervorbringen und auch solche Dinge wie das Kopftuch entstehen lassen, zu überwinden.

Hintergrund zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts ist der so genannte „Krieg gegen den Terror“. Schily, Innenminister der SPD, benutzte die Gräueltat vom 11. September 2001, um den Staatsterror zu verstärken, besonders gegen Immigranten muslimischer Länder. Mit einer rassistischen Rasterfahndung wurden sie gejagt, Daten wurden über ihre Mietkosten, Auslandsbesuche, Bankkonten und Organisationstätigkeiten gesammelt. Tausende wurden für Verhöre in Polizeistationen vorgeladen. Das Bundeskriminalamt (BKA) wütete mit seiner Rasterfahndung gegen ausländische Arbeiter in öffentlichen Einrichtungen und Müllentsorgungsfirmen, Atomkraftwerken, Flughäfen, Kommunikations- und Sicherheitsfirmen. In einer Art inoffizieller Rasterfahndung verlangte das BKA die Daten der Angestellten von 4000 weiteren Firmen, die nicht durch die Großfahndung abgedeckt waren. Die Kriterien: männlich, 18 bis 40 Jahre alt und aus arabischen oder zentralasiatischen Ländern stammend! Mit diesem Staatsterror Hand in Hand ging eine Hetze in der bürgerlichen Presse,

Für Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution!

was Auswirkungen auf der Strasse hatte: Frauen mit Kopftuch wurden als „Mörder“ beleidigt und angegriffen.

Sobald Ludins Einspruch im Juni vor das Verfassungsgericht kam, machte eine rassistische, Pro-SPD/Grünen-Regierungsfront gegen sie mobil. Alice Schwarzer, Redakteurin der feministischen Zeitschrift *Emma*, beschwor den 11. September, um vor einer „breiten juristischen Offensive der islamischen Kräfte in Deutschland“ zu warnen, und forderte die Gerichte auf, ein Urteil zu sprechen, „das den Schleier aus deutschen Schulen fern hält“ (*Frankfurter Rundschau*, 2. Juni). Eine widerliche Fernsehdokumentation am 30. Juni in der ARD-Sendung „Report aus Mainz“ brachte einen Bericht mit dem Titel: „Kopftuch im Klassenzimmer – Ziehen Islamisten die Fäden?“ Alice Schwarzer, die ehemalige SPD-Justizministerin Däubler-Gmelin, der Berliner SPD-Senator für Bildung Klaus Böger und andere Pro-Verbot-Prominente wurden hintereinander aufgeboten, um rassistische Vorurteile und Ängste gegenüber Muslimen zu schüren. Andere Medien rückten die Tatsache in den Vordergrund, dass Ludin zurzeit an dem staatlich anerkannten Islam-Kolleg in Berlin unterrichtet, welches für das Berliner Verwaltungsgericht und viele andere als Tarnorganisation von Milli Görüs gilt. Milli Görüs ist ein Verein türkischer Muslime, der den Säkularismus in der Türkei ablehnt und dort einen islamischen Staat propagiert. Aber Ludin hat diese Stelle angenommen, nachdem das Staatsgericht sie für den Lehrdienst an staatlichen Schulen abgelehnt hatte!

Wir treten für die Trennung von Kirche und Staat sowie von Moschee und Staat ein. Und das Ideal eines säkularen Staates basiert auf der Idee, dass der Staat *nicht* die persönliche Glaubensfreiheit der Menschen verletzt. Die Pro-Verbots-Lobby pervertiert dieses Prinzip zu einer Rechtfertigung von *mehr Staatsrepression* gegen Muslime. Wir wissen, dass Ludin dieselbe akademische Qualifikation wie andere Lehrer in staatlichen Schulen hat. Wir wissen, dass jeden Tag Tausende von protestantischen und katholischen Lehrern im ganzen Land unsere Kinder still und unauffällig mit den „christlichen Werten“ bekehren, ob wir wollen oder nicht! Und Ludin ist kein Einzelfall. In ganz Deutschland gibt es nur etwa 300 muslimische Frauen, die an Schulen unterrichten, und nur sehr wenige von ihnen tragen im Klassenraum das Kopftuch. In Frankfurt/Main wurde einer Krankenschwester nach der Ausbildung die Einstellung wegen Tragens des Kopftuchs verweigert, und Verkäuferinnen wurden sogar gefeuert.

Letzten Dezember wurde in Bremerhaven eine Lehrerin wegen des Kopftuchs gefeuert. Es ist klar, dass das Kopftuchverbot nicht nur Muslime, sondern alle religiösen bzw. ethnischen Minderheiten bedroht. Der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Bremerhavens protestierte und verglich dies zu Recht mit Beispielen christlicher Symbole in Schulen, einschließlich bekannter Fälle von Nonnen und Mön-

chen, die im Habit (Mönchs- bzw. Nonnenkluft) unterrichten. Er, selber Lehrer in der Marineoperationsschule, fragte treffend: „Woher weiß man, dass ich nicht nach Hebron fahre und am Freitagabend ein paar Araber totschieße? Auch ich unterrichte mit der Kippa auf dem Kopf“ (*taz*, 7. Dezember 2002). Die Verteidigung des Rechts von Ludin und anderen Musliminnen, in staatlichen Schulen zu unterrichten, ist Teil des Kampfes für *volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!*

Die „rot“/grün/feministische Verbotslobby will endlich mal gegen das Kopftuch zur Sache gehen, ohne Erinnerungen an frühere rassistische Gesetze der deutschen Geschichte (z.B. Nürnberger Rassen-gesetze von 1935) wach zu rufen. Das ist der Grund, warum sie der französischen herrschenden Klasse den Vortritt lassen, die sich in verlogener Weise auf die säkularen Ideale der Französischen Revolution beruft. Unter dem Titel „Religionsfreier Raum“ liebäugelt die *Süddeutsche Zeitung* vom 25. September mit den Maßnahmen des französischen Premiers Jean-Pierre Raffarin, das Kopftuch an französischen Schulen zu verbieten. Die Sommerausgabe von *Emma* gratuliert dem französischen Außenminister Sarkozy zur Bildung des „Conseil français du culte musulman“, der es dem Staat ermöglicht, in die Moscheen direkt zu



Berlin, 28. September 2002: Spartakist-Block interveniert auf Palästina-demo

intervenieren, um sie dafür zu benutzen, die Polizeikontrolle in den Banlieues, den Immigrantenvororten, zu ver-„bessern“. So wird das rassistische *Vigipirate* ausgeweitet, ein staatliches Programm von Bullenterror zur Kriminalisierung von Immigranten besonders aus dem Maghreb.

Emma und andere, die über Frankreich berichten, lassen Rassismus, ökonomisches Elend und soziale Rückständigkeit, die die Basis für die verschärfte Ghettoisierung sind, aus der französischen Gesellschaft verschwinden. Stattdessen soll die islamische Propaganda aus Saudi-Arabien Schuld daran sein. So wäscht man erst die französische Bourgeoisie rein, damit sich die deutsche hinter deren weißer Weste verstecken kann. Dieses Frühjahr organisierten Tausende von mutigen jungen Immigrantinnen und Frauen der zweiten Generation aus den französischen Banlieues einen Marsch, der in Vitry begann – wo die 17-jährige Sohane Benziane bei lebendigem Leib verbrannt worden war – und durch 24 Städte nach Paris führte, wo er am Internationalen Frauentag mit einer Demonstration von 20 000 endete. Der feministische *Emma*-Bericht erwähnt Rassismus mit keinem Wort. Tatsächlich rebellieren die Frauen, die sich selbst „Ni putes ni soumises“ (Weder Huren, noch unterwürfig) nennen, gegen die unterdrückerischen Bedingungen von Immigrantinnen: zurückgewiesen von der rassistischen französischen Gesellschaft und gleichzeitig zermalmt durch die unterdrückerischen religiösen Traditionen – Zwangsverheiratung, Haussklaverei und die erstickende „Bescheidenheit“, die ihnen von ihren „großen

Fortgesetzt auf Seite 18



Kruse/DPA

Berlin, 17. Mai 2002: Flüchtlingskarawane demonstriert gegen rassistische Residenzpflicht

Nein zum Kopftuchverbot...

Fortsetzung von Seite 17

Brüdern“ brutal aufgezwungen wird. Junge Frauen, die aus diesen Zwängen ausbrechen, werden als Huren sozial geächtet oder durch erniedrigende brutale Zwangsmittel wie Gruppenvergewaltigung misshandelt oder sogar ermordet.

Diese Bewegung der Immigrantinnen wird geführt von SOS-Racisme, das politisch mit den Sozialdemokraten der Parti socialiste verbunden ist. Julien Dray, einer der Gründer von SOS-Racisme, ist derjenige, der die neuesten Sicherheitsgesetze *entworfen* hat, die von der Jospin-Regierung durchgebracht wurden. „Ni putes ni soumises“ wurde dazu benutzt, die Repression in den Banlieues zu steigern: Man heizte die Medienkampagne an, dass alle muslimischen Männer frauenfeindliche Kriminelle seien, und lieferte damit einen „perfekten“ Vorwand, um die Polizeirepression zu verstärken. Und das ist es, was die deutsche Verbotslobby in Wahrheit bewundert. Unsere Genossen der Ligue trotskyste de France intervenierten in Veranstaltungen und Demonstrationen der „Ni-putes-ni-soumises“-Bewegung, um den zentralen Punkt zu machen, dass der Hauptgewalttäter gegen Frauen in Frankreich der französische Staat ist, der muslimische Frauen vom Arbeitsplatz und aus der Schule verbannt und der während des Krieges gegen den Irak massenhaft Menschen, die keine Aufenthaltsgenehmigungen hatten, mit Charterflügen abschob! (Siehe *Le Bolchévik* Nr. 163, Frühjahr 2003, „Les femmes, le racisme, l'islamisme et la contre-révolution“ [Die Frauen, der Rassismus, der Islamismus und die Konterrevolution].)

Die Hysterie von Schwarzer und anderer hetzerischen Journalisten über islamische Fundamentalisten, die „Fäden ziehen“ usw., ist dazu bestimmt, die realen Verhältnisse der Unterdrückung in diesem Staat auf den Kopf zu stellen. Deutschland ist doch das Land, in dem der kapitalistische Staat – übrigens mit der Einwilligung, wenn nicht sogar Kollaboration großer Teile beider christlicher Kirchen – den

Völkermord an 6 Millionen europäischen Juden, 500000 Roma und über 20 Millionen sowjetischen Bürgern durchführte! Die Richter des Dritten Reiches kamen im kapitalistischen Westen nach dem Krieg ungeschoren davon und blieben bis weit in die 70er-Jahre im Amt. In diesem Land kann islamischer Fundamentalismus nur die Ideologie einer schrecklich unterdrückten Gemeinde sein, die alle Hoffnung verloren hat, innerhalb der Gesellschaft, in der sie lebt, aus dieser Unterdrückung herauszukommen.

Der Ludin-Fall war von Anbeginn in der Lehrgewerkschaft GEW kontrovers. In einer GEW-Pressemittteilung von 1998 verteidigte der GEW-Landesvorsitzende von Baden-Württemberg, Rainer Dahlem, Ludins Grundrecht auf Freiheit der Religion und politischen Überzeugung. In der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung* vom 19. Juli 1998 warnte Dahlem zu Recht davor, „eine diffuse Angst vor dem Islam“ zu schüren: „Damit sichert man sich aber allenfalls den Beifall der Stammtische und der rechtsradikalen Republikaner.“ Aber der Landesfrauenausschuss und der Vorstandsbereich Frauenpolitik der GEW Baden-Württemberg leugneten, dass es hierbei um die Freiheit des Glaubens und Gewissens geht, indem sie das Kopftuch als das Haupthindernis zu einer demokratischen Gesellschaft mit Gleichberechtigung bezeichnen (*bildung & wissenschaft*, September 1998). Viele Lehrer, mit denen wir auf Demonstrationen oder Veranstaltungen gesprochen haben, sind gegen das Kopftuchverbot, weil sie *wissen*, dass der Staat in religiösen Angelegenheiten nicht neutral ist.

Während die GEW-Vorsitzende Eva-Maria Stange sich gegen Verbote ausspricht und vor „Diskriminierung und Ausgrenzung“ warnt, sagte der Berliner GEW-Landesvorsitzende Ulrich Thöne nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts, dass das Kopftuch ein Symbol des religiösen Glaubens sei, aber der Inhalt von fundamentalistischen islamischen Organisationen in den Schulen nichts verloren habe (*Berliner Morgenpost*, 26. September), was darauf hinausläuft, dass das Kopftuch verboten werden sollte. Ein Teil der GEW-Führung in Berlin hat sich skandalöserweise ebenso dem „Anti-Terror“-Programm der Regierung angeschlossen: Sanem Kleff, Vorsitzende des Bundesausschusses multikulturelle Angelegenheiten in der GEW, schrieb am 13. September im *Neuen Deutschland*: „Heute ist ein aggressiver Antisemitismus im islamistischen Gewand unübersehbar. An Angriffen auf Jüdinnen und Juden oder Homosexuelle sind häufig Täter mit Migrationshintergrund beteiligt.“ Dies ist ein Alibi für verschärfte Staatsrepression gegen Muslime, die wiederum als Rammbock genutzt wird, um andere Minderheiten und die Gewerkschaften selbst anzugreifen. **Die GEW muss Ludin verteidigen!**

Die so genannte Besorgnis der Sozialdemokraten und des feministischen Pro-Verbots-Geschwaders, wie man die Mehrheit der muslimischen Frauen gegen radikale Islamisten schützen müsse, ist ekelhafte Heuchelei. Es sind gerade diejenigen, die 1979 am lautesten aufschrien und gegen die Sowjetarmee hetzten, als diese einen wirklichen Kampf, sogar einen Bürgerkrieg, gegen die islamische Reaktion in Afghanistan führte. Diese Intervention ermöglichte es gewöhnlichen afghanischen Frauen, nicht nur der dünnen privilegierten Oberschicht, zum ersten Mal sich von der Tyrannei des Schleiers und des Brautpreises zu befreien, Bildung zu erwerben und sich am sozialen und ökonomischen Leben zu beteiligen. Und es war vor allem die Maßnahme der aufgeklärten linksnationalistischen DVPA-Regierung, Mädchen zur Schule zu schicken, was die islamischen Mullahs

mit den feudalen Landherren, Stammesoberhäuptern und Geldverleihern so sehr aufbrachte, dass sie den „Heiligen Krieg“ ausriefen. Wir sagten: „Hoch die Rote Armee in Afghanistan!“, und riefen dazu auf, die Errungenschaften der Russischen Revolution von 1917 auf die Völker in Afghanistan auszuweiten. Als Gorbatschow daran ging, die Rote Armee aus Afghanistan abzuziehen, um die Imperialisten zufrieden zu stellen, sagten wir, es sei besser, die Errungenschaften der Oktoberrevolution in Afghanistan zu verteidigen, als den Imperialisten für deren konterrevolutionären Vorstoß gegen die Sowjetunion Boden preiszugeben.

Was waren diese Errungenschaften? Direkt auf der anderen Seite der Nordgrenze lag das sowjetische Zentralasien, das früher genauso wie Afghanistan war: ein elendes, rückständiges, desolates und ödes Gebiet. Aber in den 20er-Jahren kam die Sowjetmacht nach Zentralasien. Nicht einmal die mächtigsten Regierungen können sozialen Fortschritt verordnen, er muss aufgebaut werden. Doch innerhalb von 50 Jahren ist das sowjetische Zentralasien fast zehn Jahrhunderte nach vorne gekommen: Es wurde von einem rückständigen Stammesgebiet zu einer sozialisierten, geplanten Ökonomie transformiert.

Wegen der Loyalität zu ihren „eigenen“ kapitalistischen Staaten hassten die Sozialdemokraten und bürgerlichen Liberalen in der ganzen Welt die Sowjetunion von Anfang an und beteiligten sich eifrig an den Interventionskriegen von 1918 bis 1920, wo ihnen die sowjetischen Arbeiter und Bauern der Roten Armee eine vernichtende Niederlage bereiteten. Die Emanzipation der Frauen, die durch die Vorteile einer geplanten Ökonomie in der Sowjetunion ermöglicht wurde, erntete von den so genannten Demokraten nur Verachtung. Während des Bürgerkriegs von 1979 bis 1989 in Afghanistan unterstützten die imperialistischen Staaten und ihre sozialdemokratischen Handlanger die Mudschaheddin-Mörderbanden, die die afghanischen Frauen versklavten, brutal behandelten, verhungern ließen oder auf andere Art töteten. Es war purer Antikommunismus, nicht etwa Sorge um die Frauen, der die Leute trieb, die jetzt als die Freunde unterdrückter muslimischer Frauen posieren.

Nahezu die gesamte Linke hüllt sich bisher zu Ludins Fall in Schweigen. Eine Ausnahme ist die Gruppe Linksruck, die ein Statement veröffentlicht hat, in dem sie Ludin verteidigt. Aber sie verschweigt den reaktionären frauenfeindlichen Charakter des Kopftuchs und des Islams. Dies geht einher mit der Politik dieser Anhänger Tony Cliffs, die islamische Reaktion in der ganzen Welt zu unterstützen, und steht im Widerspruch zu allen Kämpfen für die Befreiung der Frau. Die Cliff-Anhänger begrüßten die islamische „Revolution“ im Iran 1979, die Linke in die Kerker warf und Frauen den Schleier aufzwang. Sie erklärten den unterdrückerischen Tschador zum „Symbol des Widerstands“, noch heute verteidigen sie die iranischen Mullahs als „antiimperialistisch“.

Aber wie wir von der Internationalen Kommunistischen Liga (IKL) in „Grundsatzklärung und einige Elemente des Programms“ schrieben:

„Die ‚Iranische Revolution‘ von 1979 eröffnete eine Periode des Aufstiegs des politischen Islam im historisch muslimischen Teil der Welt, eine Entwicklung, die zur konterrevolutionären Zerstörung der Sowjetunion beitrug und durch diese wiederum kräftig verstärkt wurde. Chomeinis Machtergreifung und Konsolidierung im Iran war eine ähnliche Niederlage wie Hitlers Zerschlagung des deutschen Proletariats 1933, wenn auch im engeren, regionalen Maßstab. Die Losung der internationalen Spartacist Tendenz ‚Nieder mit dem Schah! Keine Unterstützung für die Mullahs!‘ und unsere Betonung der Frauenfrage (‚Nein zum Schleier!‘) standen in scharfem Gegensatz zur Kapitulation der übrigen Linken vor der von den Mullahs geführten Reaktion“ (*Spartacist*,



Franklin/Magnum

Afghanische Frauen in Waffen verteidigen sozialen Fortschritt gegen CIA-Muhadscheddin in 80er-Jahren

deutsche Ausgabe Nr. 20, Sommer 1998).

In Afghanistan fanden die Cliffisten sogar doppelte Freude an ihrer Unterstützung für die islamische Reaktion, weil diese gegen die Sowjetunion zu Felde zog, die schon immer der Hauptfeind für die Cliffisten war. Sie spuckten auf die Errungenschaften der Russischen Revolution für das sowjetische Zentralasien und besonders auf die Ausweitung dieser Errungenschaften nach Afghanistan. Ihre politische Unterstützung für den islamischen Fundamentalismus ist ein Verbrechen gegen Frauen und gegen die internationale Arbeiterklasse. Sie tragen ihren Teil der Verantwortung sowohl für das Chomeini-Regime, als auch für die Terrorherrschaft der Taliban von 1992 bis zur aktuellen Verwüstung von Afghanistan unter dem imperialistischen Joch. Linksruck ist eine *politische Barriere* für jeden Kampf zur Befreiung der Frauen.

Wir sind für das demokratische Prinzip der Trennung von Kirche und Staat und das daraus folgende Ergebnis: die säkulare Bildung für alle. Die Kirche hat in der Schule nichts zu suchen. Ironischerweise berufen sich die Unterstützer des Kopftuchverbots auf das „Kruzifix“-Urteil 1995 in Bayern als einen positiven Präzedenzfall für die Neutralität des Staates in religiösen Angelegenheiten. Aber der Kruzifix-Fall beweist das Gegenteil (siehe auch *Spartacist* Nr. 120, Oktober/November 1995). Damals ging ein Schwandorfer Ehepaar zum Verfassungsgericht, um das allgegenwärtige Kruzifix aus den Klassenräumen ihrer Kinder zu werfen. Das Gerichtsurteil schaffte das Schulgesetz ab, nach dem Kruzifixe in jedem Klassenraum hängen müssen. Aber das endgültige Urteil besagte letztlich, dass Kruzifixe hängen bleiben, bis sich Eltern dagegen aussprechen, das heißt Kruzifixe sind die *normale* Ausstattung in öffentlichen Schulen, bis es jemand wagt, es mit der machtvollen katholischen Kirche aufzunehmen. Angehörigen anderer Glaubensrichtungen und Atheisten überlässt man die Bürde zu widersprechen und ... die Konsequenzen zu tragen. Die Schwandorf-Familie erhielt Todesdrohungen, und gleich nach dem Urteil führten Münchens Geistliche und politische Prominente 30 000 christliche Fundamentalisten in einem finsternen Kreuzzug durch die Straßen unter der Parole: „Das Kreuz bleibt!“ Kein Wunder, dass nur elf Kruzifixe

Fortgesetzt auf Seite 20

Nein zum Kopftuchverbot...

Fortsetzung von Seite 19

aus den Klassenräumen entfernt wurden. Die *Süddeutsche Zeitung* (26. August 1995) kommentierte damals treffend, eine Trennung von Kirche und Staat „wäre wohl erst nach einer Revolution möglich“. In der Tat.

Wie wir in der IKL-Grundsatzklärung ausführen:

„In dieser Epoche der fortgeschrittenen Fäulnis des Kapitalismus sind wir Kommunisten, die wir uns die proletarische Eroberung der Staatsmacht und den Wiederaufbau der Gesellschaft auf einer neuen, egalitären sozialistischen Grundlage zum Ziel gesetzt haben, gleichzeitig die konsequentesten Verteidiger der Ideale der Aufklärung und der Errungenschaften der bürgerlichen Revolution: Wir sind unnachgiebige Kämpfer für bürgerlich-demokratische Freiheiten – für das Recht, Waffen zu tragen; für die Abschaffung jeder Monarchie und aller aristokratischer Privilegien, für die Trennung von Kirche und Staat; gegen das Aufzwingen von religiösem Fundamentalismus als politischem Programm; für die Verteidigung der Rede- und Versammlungsfreiheit gegen Eingriffe des bürgerlichen Staats; gegen barbarische ‚Strafen‘ wie die Todesstrafe; für die Gleichheit von Frauen und Minderheiten vor dem Gesetz.“

Wir sind gegen jeden Religionsunterricht an Schulen, der in den meisten Bundesländern obligatorisch ist. Die christlichen Kirchen sind die „Hauskirchen“ der deutschen Bourgeoisie, die „hauseigenen“ Obskurantismus verbreiten und ein Monopol gegen „fremde“ Religionen an den Schulen, Universitäten und den staatlichen Zensurbehörden ausüben. Aber wir sind auch gegen islamisch-religiöse Belehrung an Schulen. Die katholische Kirche wird überwiegend als die reaktionärere der offiziellen christlichen Kirchen betrachtet, aber die evangelische Kirche ist genauso aggressiv. 1989/90 warf sich die evangelische Kirche, historisch mit der SPD verbunden, in die Schlacht für kapitalistische Konterrevolution mit einer geschlossenen Phalanx evangelischer sozialdemokratischer Pastoren wie Thierse, Stolpe und Meckel sowie anderen im „Neuen Forum“ (dem Sammelbecken der kleinbürgerlichen DDR-Opposition), um dabei zu helfen, den deformierten Arbeiterstaat DDR zu zerschlagen. Nach der kapitalistischen Wiedervereinigung 1990 wur-

de der überwiegend atheistischen Bevölkerung Ostdeutschlands der Religionsunterricht aufgezwungen. Dies rief massive Proteste hervor und Brandenburg musste den Plan aufgeben. Als Ersatz wurde ein Lebenskunde-Ethik-Religions-Unterricht (LER) eingeführt und der geistliche Religionsunterricht zu einem Wahlfach herabgestuft. Die evangelische Kirche zog daraufhin das Schwert und ging vor das Verfassungsgericht in Karlsruhe, um Gottes Wille geschehen zu lassen. Das Gericht vereinfachte den Wechsel vom LER zum Pfarrunterricht. Der geistliche Religionsunterricht wurde zurück in den normalen Schulalltag gebracht und die Benotung der Kinder wieder eingeführt.

Das Recht auf Bildung für alle symbolisiert für Jugendliche ethnischer Minderheiten die Hoffnung, religiösem Aberglauben zu entkommen und sich von der Familiendominanz zu emanzipieren. Das ist der Grund, warum überall in der rassistischen Festung Europa das Schulsystem wiederholt im Zentrum der „Debatte“ über das Kopftuch stand. Die bürgerliche Gesellschaft wurde 1989 in Frankreich und 1990 in Cheshire, England, polarisiert, nachdem Schulmädchen, die das Kopftuch trugen, aus der Schule verbannt worden waren. In Friedberg, Hessen, wurde ein 12-jähriges Mädchen im April 2000 mit einem Zettel nach Hause geschickt, auf dem stand: „Sollte Sima wieder mit Kopfbedeckung im Unterricht erscheinen, sehen wir dieses als Verstoß gegen unsere Werteordnung, als Ordnungswidrigkeit bezüglich des Umgangs miteinander an der Adolf-Reichwein-Schule und als fortgesetzte Störung des Betriebsfriedens und werden dies mit Ordnungsmitteln ahnden“ (*Frankfurter Rundschau*, 5. April 2000). Das rief zu Recht wütende Proteste hervor, und viele werden sich wohl gefragt haben: die Adolf-wer-Schule?!

Selbst wenn man nicht mit Schimpf und Schande dafür nach Hause geschickt wird, dass man ein Kopftuch trägt, ist es für ein Kind einer ethnischen Minderheit kaum möglich, eine anständige Bildung und Ausbildung zu erwerben. Arme Immigrantinnen- und Arbeiterfamilien können sich nach massiven Kürzungen im Schulwesen kaum noch die Bücher und die Schulausstattung für ihre Kinder leisten. Für viele macht die Sprachbarriere und die tägliche rassistische Diskriminierung eine anständige Bildung unerreichbar. Dieser Druck lastet brutal auf Immigrantinnenfamilien und besonders schwer auf Frauen, die in ständigem Konflikt zwischen Familien-

SPARTAKIST/Deutsche Ausgabe FRÜHJAHR 2003

Frauen und Revolution

Rassismus, Sexismus, Religion und Hetze gegen Muslime

Frauen und Immigration in Frankreich

IN ANLEHNE AN SPARTAKIST/FRANZÖSISCHE AUSGABE

SPARTAKIST DEUTSCHE AUSGABE FRÜHJAHR 2003 € 1,50

Alle US- und alliierten Truppen raus aus Nahost, sofort! Keine Illusionen in die UNO!

Nieder mit der kolonialen Besatzung des Irak!

SEITE 4

Erklärung der Internationalen Kommunistischen Liga

Buch der Prometheus Research Library

Hundstage

James P. Cannon vs. Max Shachtman

In der Communist League of America, 1931-1933

SEITE 20

Rassismus, Sexismus, Religion und Hetze gegen Muslime

Frauen und Immigration in Frankreich

SEITE 44

Spartacist-Consciousness aus Südafrika sprechen auf IKL-Treffen

Der Kampf gegen Apartheid und die Notwendigkeit einer leninistischen Avantgardepartei

SEITE 18

SPARTAKIST

Theoretische und dokumentarische Quellensammlung der IKL

Deutsche Ausgabe Nr. 23, Frühjahr 2003

€ 1,50

(im Abo des *Spartakist* enthalten)

Bestellt bei: Verlag Avantgarde Postfach 2 35 55 10127 Berlin

Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/M., BLZ 500 100 60

Abonniert!

Zeitung der Ligue trotskyste de France

4 Ausgaben € 4,50

enthält *Spartacist* (französische Ausgabe)

Bestellt bei: Verlag Avantgarde Postfach 2 35 55 10127 Berlin Konto 119 88-601 Postbank Frankfurt/M. BLZ 500 100 60

Une réponse à la mort de Lutte ouvrière

Les femmes, le racisme, l'islamisme et la contre-révolution

Écoles: A bas les exclusions racistes des jeunes portant le foulard!

LE BOLCHEVIK

A bas les charters racistes, les licenciements, les attaques contre la Sécu!

Pour un parti ouvrier révolutionnaire internationaliste!

Les femmes, le racisme, l'islamisme et la contre-révolution

Écoles: A bas les exclusions racistes des jeunes portant le foulard!

Les femmes, le racisme, l'islamisme et la contre-révolution

Écoles: A bas les exclusions racistes des jeunes portant le foulard!



Humbert-Droz Archives

1920, sowjetisches Aserbaidschan: Frauenvereinigung von Baku demonstriert mit Bannern für die Befreiung der Frau

pflichten und Schulaufgaben stehen. Ein Beispiel wurde im Juni in Berlin auf einem DGB-Forum geschildert: Eine junge palästinensische Frau musste mit doppelter Ablehnung kämpfen. Ihre Familie schalt sie dafür und machte sich darüber lustig, dass sie „zu deutsch“ sei, weil sie nicht genug Zeit mit dem Bedienen ihrer Brüder verbringt und sich zu wenig um ihre jüngeren Geschwister kümmert. Außerdem lägen ihre Prioritäten falsch, denn sie wollte ihre Schulaufgaben machen. Wegen ihres Kopftuchs schikanierten sie ihre Schulkameraden: „Der Karneval ist vorbei!“ Sie brach unter dem Stress zusammen und kam in ein Frauenhaus. Das Ergebnis dieser doppelten Unterdrückung von jungen Immigrantinnen und Frauen der zweiten Generation ist verheerend: Nur die Hälfte der jungen Frauen ethnischer Minderheiten finden überhaupt einen Ausbildungsplatz und sie werden beschränkt auf die härtesten Frauenjobs mit niedrigstem Gehalt, wie Frisörinnen und Arzthelferinnen.

Die Familie – Institution der Frauenunterdrückung

Die Familie ist die zentrale Institution für die Unterdrückung der Frauen in Klassengesellschaften. In seiner Schrift *Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats* (1884) erklärt Friedrich Engels die materielle Basis, auf der sich die Familie historisch entwickelt hat, in dem er zeigt, wie der Ursprung der Familie vollkommen mit der Vererbung des Privateigentums verbunden ist. Die moralischen Zwänge und Erniedrigungen, verstärkt durch Gewalt und religiöse Märchen, werden benutzt, um Frauen einzuschüchtern und zu unterwerfen. Damit soll die Monogamie der Frau erzwungen werden, um die männliche Erbfolge sicherzustellen. Die repressiven sozialen Beziehungen in der Familie finden ihre ideologische Reflektion und Rechtfertigung im religiösen Bild von Gott oder Allah als dem allerhöchsten Vater, also dem männlichen Oberboss. Das marxistische Programm für die Befreiung der Frauen besteht im Kern darin, die soziale Rolle der Familie durch gesellschaftliche Institutionen zu ersetzen. Gerade weil die Familie so zentral für den Kapitalismus ist, sowohl materiell als auch ideologisch, kann die Befreiung der Frauen nicht getrennt werden vom Sturz des Kapitalismus.

Sofort nachdem die Bolschewiki 1917 in Russland an die Macht kamen, machten sie Ehe und Scheidung zu einer ein-

fachen kostenlosen An- und Abmeldungsfrage – vollkommen unabhängig von der reaktionären russisch-orthodoxen Kirche – als Teil eines der ersten bolschewistischen Erlasse über die Gleichheit der Rechte von Frauen und Männern. Soweit es die Armut des Landes erlaubte, wurden Gemeinschaftsküchen, Wäschereien und Kindertagesstätten eingerichtet, um Frauen von der Hausarbeit zu befreien und sie in die gesellschaftliche Arbeit und ins politische Leben einzubeziehen und damit die Basis dafür zu legen, die Familie durch gesellschaftliche Alternativen zu ersetzen. 1919 schuf die Kommunistische Partei die Kommission für Arbeiterinnen und Bäuerinnen, Schenotdel genannt, um die spezielle Arbeit unter Frauen zu organisieren. 25 000 Leseschulen wurden gegründet und Kommunistinnen zogen den Schleier über, um unter Lebensgefahr die Frauen im muslimischen Osten zu erreichen. Die materielle Basis für diese kühnen Kampagnen war die Enteignung der Großgrundbesitzer, die Kollektivierung und Industrialisierung unter einer Planwirtschaft. Diese Errungenschaften existierten trotz jahrzehntelanger stalinistischer Missherrschaft, bis Jelzins Konterrevolution 1991/92 ihnen den Todesstoß versetzte und die sowjetische Bevölkerung in ein beispielloses ökonomisches und soziales Elend stürzte.

Die Oktoberrevolution bleibt bis heute der einzige Weg zur Befreiung der Frau und zur Emanzipation der Arbeiterklasse. Das notwendige Instrument dafür ist eine revolutionäre Avantgardepartei, die hier in Deutschland die Arbeiterklasse von ihrer derzeitigen sozialdemokratischen Führung bricht und zur Staatsmacht führt. Gerade wenn die bürgerliche Gesellschaft und ihr Staat mit besonderer rassistischer oder sexistischer Unterdrückung gegen verwundbarere Teile der Bevölkerung vorgehen, stellt sich die Notwendigkeit einer revolutionären leninistischen Partei besonders scharf. Wir kämpfen dafür, diese Art von Partei aufzubauen: eine revolutionäre multiethnische Arbeiterpartei, die die Arbeiter dazu erzieht, alle Formen von Unterdrückung, welche Klasse und Schicht der Bevölkerung sie auch betreffen mag, zu erkennen und zu bekämpfen. *Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten und ihre Familien! Für Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution! Schließt euch uns an!*

Women and Revolution

Gebundene Ausgabe

Wir sind stolz, die erste gebundene Ausgabe von *Women and Revolution* zu präsentieren, Zeitschrift der Frauenkommission der Spartacist League/U.S. *Women and Revolution*, jetzt integriert in *Spartacist*, die theoretische und dokumentarische Quellsammlung der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten), widerspiegelt unsere Verpflichtung auf den Kampf für Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution.

Dieser Band, in Leinen gebunden und mit ausführlichem Sachregister, enthält die Ausgaben Nr. 1 (Mai/Juni 1971) bis Nr. 20 (Frühjahr 1980)

€ 27,-

Bestellt bei:

Verlag Avantgarde, Postfach 2 35 55, 10127 Berlin, Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/M., BLZ 500 100 60

BT...

Fortsetzung von Seite 13

heim zu geben, womit er sie schließlich in einen Selbstmordversuch trieb. Wir beriefen ein Untersuchungsgremium auf unserer ersten internationalen Konferenz im Sommer 1979 ein. Logan wurde durch einstimmiges Votum der Mitgliedschaft (um es zu wiederholen, auch von denen, die später die BT bilden sollten) ausgeschlossen. Wir veröffentlichten unsere Bulletins über das Logan-Regime, um die übrige Arbeiterbewegung vor diesem Soziopathen zu warnen.

Die BT antwortete nicht auf unsere Enthüllung von Logans momentaner Berufung als New-Age-Schlangenölverkäufer, der mit seinen grotesken Diensten – unter anderem als ein „Zebrant“ und „Berater“ bei Baby-Be-gräbnissen und „Partnerschafts-Trennungen“ – auf seiner Website (bl.co.nz) hausieren geht. Diese bringt auch einen Link zu einem „Volkslied-Index“, wo man sich „Volkslied“-Klassiker wie „Deutschland über alles“, „Das Hakenkreuzlied“ und „Come All Ye that Hold True Communion with Southern Confederates Bold“ [Lied zum Ruhm der Sklavenhalter-Südstaaten] anhören kann! Es gibt hier also einen Führer einer vermeintlich „bolschewistischen“ Organisation, dessen Website nicht über die Einflüsse von Marx, Lenin oder Trotzki spricht, sondern über die „anglikanischen und presbyterianischen Einflüsse meiner Kindheit“.

Als Teil ihrer eskalierenden Provokationen behauptet die BT nun, dass unsere letzte Polemik an die „Verkündungen von Lyndon LaRouche (damals bekannt als Lynn Marcus) 1973 erinnert, als er seine Anhänger für ihre ‚Operation Aufmischen‘ aufpeitschte, einen Rachefeldzug gegen die Kommunistische Partei“. „Operation Aufmischen“ war eine Kampagne mörderischer Gewalt gegen Unterstützer der Kommunistischen Partei durch die LaRouche-Anhänger, als diese sich aus der Arbeiterbewegung entfernten auf ihrem Weg zur faschistoiden Rechten und zu Verbindungen mit verschiedenen Staatsagenturen. Die BT deutet also an, dass wir wahnsinnige Schläger sind und auf dem Weg aus der Arbeiterbewegung insgesamt.

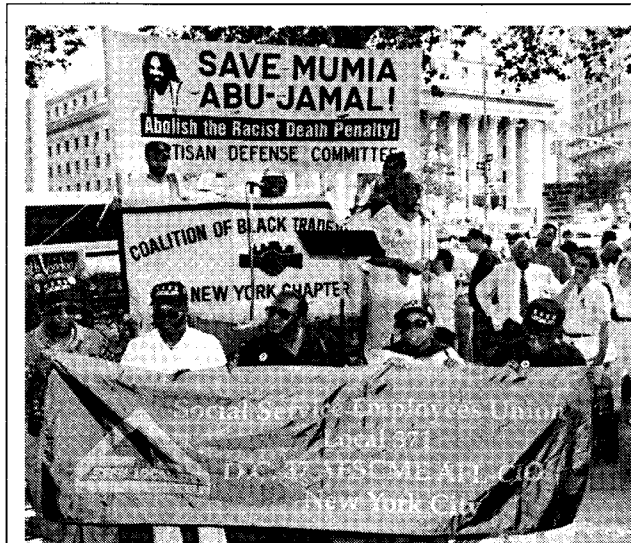
Im Dokument der nationalen Konferenz der SL/U.S. von 1987 schrieben wir:

„Die winzige Bolschewistische Tendenz (ehemals Externe Tendenz), zum größten Teil bestehend aus verbitterten Ex-Mitgliedern der SL/U.S., die in den Reagan-Jahren austraten, ist weniger ein Opponent als vielmehr eine finstere Bedrohung durch Provokation. Die Bolschewistische Tendenz (BT) zeigt ein offensichtliches Desinteresse an Fragen, die für die Arbeiterbewegung von Bedeutung sind, außer wenn es darum geht, die SL zu verfolgen...“

Hauptsächlich ist die BT eine höchst dubiose und potenziell extrem gefährliche Pest der Sorte COINTELPRO [Gegenspionageprogramm des FBI, das u.a. zur Zerschlagung der Black Panther eingesetzt wurde].“

In der Redaktionserklärung, die wir in der letzten

Ausgabe veröffentlichten [siehe *WV* Nr. 807], gaben wir unseren Fehler zu, dass wir, als wir den Briefwechsel mit „BT Doth Whine Too Much“ [BT jammert viel zu viel] veröffentlichten (*WV* Nr. 806, 4. Juli), das „PS“ der BT herauschnitten, statt es als die niederträchtige Lüge zu entlarven, die es ist. In dieser Erklärung kann die BT nur ein „mea culpa“ und eine „öffentliche Ohrfeige für die Redaktion“ sehen. Die Vorstellung von grundlegender kommunistischer Ehrlichkeit und Integrität, das fundamentale Konzept, die Wahrheit zu sagen und offen der Arbeiterklasse einen Fehler zu gestehen, ist etwas, das den Scharlatanen von der BT völlig fremd ist. Für sie ist es einfach Beweis für das „Gehorsamstraining in der SL“, wie sie es in ihrer widerlichen antikommunistischen Darstellung „The Road to Jimstown“ [Der Weg nach Jimstown] von 1985 über einen angeblichen Spartakisten-Gulag



Workers Vanguard

Als SL/PDC bei weltweiter Kampagne 1995, die Hinrichtung Mumia Abu Jamals zu stoppen, mobilisierte, griff das Hausorgan der Kapitalisten, das *Wall Street Journal*, die „Kult“-Verleumdung der BT auf, um Mumia-Unterstützer zu verteufeln

THE WALL STREET JOURNAL

16. Juni 1995

*Not Much Left:
'The Movement' Is
Pretty Still Nowadays*

Despite the GOP Revolution,
Radical Groups Can't Win
Converts to Their Brand

...formed by Angela Davis and former Communist Party USA members. The Spartacists are led by a man named James Robertson, prompting the International Bolshevik Tendency, a group of former Spartacists, to deride their old party as "Jimstown," a takeoff on Jonestown in Guyana, the jungle site of mass suicide.

nannten; damit nahmen sie Bezug auf Jonestown, Guyana, wo 1978 ein religiöser Kult unter Reverend Jim Jones einen Massenselbstmord durchgeführt hatte. In ihrem letzten Brief schreiben sie, dass die SL ein Kult sei, dessen „zentrales Organisationsprinzip ist, dass der Gründer/Führer Robertson niemals Unrecht haben kann (außer er sagt, dass es so sei)“. Das ist dummer als dumm – seit wann geben Kult-Führer zu, im Unrecht zu sein?

Die BT erkennt an, dass die IKL „den Faden der revolutionären Kontinuität nach der Degeneration von Cannons Partei“, d.h. der US-amerikanischen Socialist Workers Party, bewahrt hat. Aber sie behaupten, dass wir wiederum degeneriert seien. Nun, wir schrieben in „From Cream Puffs to Food Poisoning“ [Von Windbeuteln zur Lebensmittelvergiftung] (*WV* Nr. 349, 2. März 1984): „Ja, Genossen der ET, früher oder später, und wenn wir nicht zuvor die Staatsmacht erobern, überlebt eine revolutionäre marxistische Organisation die effektive politische Lebenszeit ihrer Gründungskader; die Verteidigung des ursprünglichen Zwecks und der ursprünglichen Absichten der Partei involviert typischerweise organisatorische Diskontinuität (d.h. eine Spaltung im Namen der neuen revolutionären Generation). Aber das gilt noch nicht für uns, ET-ler, und sowieso steht ihr in keinerlei Beziehung zu diesem Prozess.“ Das war 1984; heute steht ihr auf der Seite der Feinde des revolutionären Marxismus und des Sieges der Arbeiterklasse.

Übersetzt aus *Workers Vanguard* Nr. 808, 29. August 2003

Kurdistan...

Fortsetzung von Seite 6

so genannte Islamische Revolution. Damit standen sie übrigens nicht allein da. Praktisch die gesamte Linke auf der ganzen Welt, außer unserer Tendenz, bejubelte Chomeini. Die reformistische Socialist Workers Party in diesem Land hat zurzeit eine dreiteilige Artikelserie im *Militant*, in der sie die so genannte Islamische Revolution im Iran als ein Beispiel für antiimperialistischen Kampf hinstellt. Um eine Vorstellung davon zu kriegen, was es für die Linke bedeutete, Chomeini zu unterstützen, stellt euch vor, Osama bin Laden und die Typen, die diese Flugzeuge ins World Trade Center steuerten, würden die Staatsmacht erobern. Könnt ihr euch das vorstellen? Die International Socialist Organization (ISO) bejubelte Chomeinis Islamische Revolution mit der Schlagzeile: „Die Form: Religion – der Geist: Revolution“ (*Socialist Worker*, Januar 1979). Dann bejubelten sie die Mudschaheddin, die mit der CIA gegen die Rote Armee in Afghanistan kämpften. Diese Broschüre, die die ISO auf ihren Büchertischen verkauft, *The Prophet and the Proletariat*, erklärt, dass reaktionäre islamische Fundamentalisten wie die Schlächter in Algerien, die unverschleierte Frauen ermorden, tatsächlich „Antiimperialisten“ seien. In Iranisch-Kurdistan unterstützten die Gruppen, die zusammenkamen, um die Komala/Kommunistische Partei Irans zu gründen, ebenfalls die Mullahs. Ohne Zeit zu verlieren, ging Chomeini gegen seine linken und kurdischen Unterstützer vor: Bis Anfang 1984 hatte er etwa 30 000 Kurden abgeschlachtet.

Während des Iran-Irak-Kriegs 1980–88 erhielt die KDP Unterstützung vom Iran, während die PUK, die sich ein paar Jahre zuvor abgespalten hatte, mit Saddam Hussein einen Waffenstillstands-Deal machte. Aber 1983 wendete sich das Blatt für die Kurden radikal, denn Saddam Hussein bekam Besuch von einem US-Gesandten – kein anderer als der heutige Verteidigungsminister Donald Rumsfeld –, der ihn darüber informierte, dass die USA ihm gegen den Iran ihre Unterstützung geben würden. Nun, als Waffen und andere Hilfe aus den USA und Europa in Massen eintrafen – einschließlich der Technologie, Giftgas und biologische Waffen zu entwickeln –, fühlte sich Hussein stark genug, gegen die PUK und die kurdische Bevölkerung loszuschlagen. Als Reaktion darauf bildete die PUK eine vereinte militärische Front gemeinsam mit der KDP und der iranischen Armee, die tief nach Irakisch-Kurdistan hinein vordrang. Hussein startete daraufhin Bombardierungen aus der Luft und Giftgasangriffe, durch die Tausende von kurdischen Zivilisten getötet wurden.

Na ja, das ist eine ziemlich erbärmliche Litanei von Verat, aber ich habe euch damit konfrontiert, um einen poli-

tischen Punkt zu machen. Vor ein paar Monaten habe ich in Paris ein Referat zum Nahen Osten gehalten – es wurde kürzlich in *Workers Vanguard* veröffentlicht („A Marxist Perspective on the Near East“ [Eine marxistische Perspektive für den Nahen Osten], *WV* Nr. 799, 14. März) –, in dem ich betonte, dass das palästinensische Volk sich nur dann von der schrecklichen Unterdrückung durch den zionistischen Militärstiefel befreien kann, wenn es seinen Kampf mit dem der Arbeiterklasse in den umliegenden arabischen Ländern und in Israel selbst verbindet. Das Gleiche kann man in Bezug auf die Kurden sagen. Es springt geradezu ins Auge, dass man, um Unabhängigkeit für die gesamte kurdische Nation zu erringen, mindestens vier kapitalistische Regime – und die damit einhergehende imperialistische Vorherrschaft – überall in dieser strategisch wichtigen Region durch Revolution zerstören muss. Genau das meinen wir mit der Losung für eine Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan: Ein vereinigt unabhängiges Kurdistan kann nur zustande kommen durch den Kampf für eine proletarische Revolution.

Das bedeutet, dass die Triebkraft für den Kampf um kurdische Unabhängigkeit im Proletariat der Länder zu finden ist, in denen die Kurden unterdrückt werden: die arabische, persische und türkische Arbeiterklasse. Die wiederum muss dafür gewonnen werden, aktiv das Recht der Kurden auf Selbstbestimmung zu verfechten. Es gibt keinen anderen Weg, den man sich auch nur entfernt vorstellen kann, um das demokratische Recht auf nationale Selbstbestimmung für das kurdische Volk zu erreichen. Innerhalb des nationalistischen Rahmens ist dies nicht einmal abstrakt vorstellbar. Das ist der Grund, warum kurdische nationalistische Organisationen so gut wie nie auch nur die Forderung erheben nach Unabhängigkeit für die gesamte kurdische Nation. Stattdessen fordern sie Dinge wie „Autonomie“ für das jeweilige Stück Territorium in dem Land, in dem sie sind – „Föderalismus“ für Irakisch-Kurdistan scheint das zu sein, was KDP und PUK heute fordern.

Die PKK und die kurdische Frage in der Türkei

Im Gegensatz zu den anderen kurdischen Gruppen hat die PKK Massenunterstützung nicht nur bei der ländlichen Bevölkerung Türkisch-Kurdistans erhalten, sondern auch bei Arbeitern in der Westtürkei, in Westeuropa und anderen Ländern. Aber die PKK-Nationalisten sehen das Proletariat nur als einen weiteren Sektor des „Volkes“, der als ein Mittel dazu eingesetzt werden soll, das Regime in Ankara oder die Sozialdemokraten in Deutschland unter Druck zu setzen, um Zugeständnisse zu erlangen. Die PKK lehnt ausdrücklich die Perspektive einer unabhängigen Mobilisierung des Proletariats ab, bei der es an der Spitze aller Unterdrückten eine sozialistische Revolution im Nahen Osten und in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern durchführt. Folglich ist die PKK dabei gelandet, immer erbärmlichere Annäherungsversuche an die Erzfeinde kurdischer Freiheit zu machen: an die westlichen Imperialisten und den türkischen Staat. In der Vergangenheit hat die PKK wiederholt die UNO, die Europäische Union – sogar die USA – aufgefordert, sie sollten doch ihre werten Dienststellen dazu benutzen, die kurdische Frage zu lösen. PKK-Chef Abdullah Öcalan rief nach seiner Festnahme vor vier Jahren seine Unterstützer dazu auf, die Waffen niederzulegen.

Heute ist die PKK so weit gegangen, dass sie die koloniale US-Besatzung des Iraks gutheißt! Die *Financial Times* (15. April) berichtete, ein PKK-Führer „sagte, die Bewegung habe ihre Ambitionen auf einen geeinten Staat für alle Kurden ad acta gelegt“ und wolle nun „einen Dialog mit Washington aufnehmen, um sich seiner Kampagne zur Demokratisierung des Nahen Ostens anzuschließen“. Die

Fortgesetzt auf Seite 24

Bestellt!

„Für eine
Sozialistische Republik
Vereinigtes Kurdistan“
(Übersetzung in
türkisch und kurdisch)

Erklärung von 1984

Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55
10127 Berlin
Konto 1 19 88-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 100 60



Kurdistan...

Fortsetzung von Seite 23

Website des „Kurdish Observer“ zitiert in englischer Sprache am 25. April eine KADEK(PKK)-Erklärung wie folgt: „Die Intervention [der USA] wird nur dann erfolgreich sein, wenn sie den Weg dafür bereitet, die allgemein anerkannten Werte der Menschlichkeit zu verbessern... Daher ist für [die] USA der einzige Weg, es zu ermöglichen, dass demokratische Regime eingesetzt werden, und sie zu unterstützen.“ Die lange Liste demokratischer Forderungen der PKK, die nach diesem Zitat folgt, gibt nicht einmal den geringsten Hinweis auf eine Forderung nach dem Rückzug der USA und anderer imperialistischer Kräfte aus dem Nahen Osten – was nicht verwunderlich ist, da die PKK in den Imperialisten das Werkzeug sieht, um ihr eigenes Programm durchzuführen!

Die Arbeiter-Kommunistische Partei Iraks/Irans (AKPI), auf die wir besonders in Kanada treffen, die aber eine gewisse Basis in Irakisch- und Iranisch-Kurdistan hat, veröffentlichte ebenfalls eine Liste demokratischer Forderungen, die sie im Irak erfüllt haben will (*WPI Briefing*, 28. April). Wie es für sie typisch ist, ignoriert sie einfach die kurdische Frage. Und wer soll ihre Forderungen durchsetzen? Die AKPI fordert den Abzug der US- und britischen Streitkräfte, will aber an deren Stelle „die Intervention der Vereinten Nationen“ zum „Schutz freier und sicherer Bedingungen“. Vom Korea-Krieg 1950–53 bis zum Krieg am Persischen Golf 1991 gegen den Irak ist die UNO nie etwas anderes gewesen als ein Instrument, das den Interessen der imperialistischen Großmächte dient. Das irakische Volk wurde 12 Jahre lang durch Wirtschaftssanktionen ausgehungert, die von der UNO verhängt worden waren, es wurde fast täglich von US-Kampfflugzeugen bombardiert, die in den „Flugverbotszonen“ operierten, und UN-Waffeninspektoren spionierten den Irak aus und halfen dabei, sicherzustellen, dass das Land möglichst wehrlos war gegenüber dem amerikanischen Sturmangriff. Jetzt erwartet die AKPI von der UNO, dass sie dem Irak Demokratie bringt!

Während des Kalten Kriegs, als die Sowjetunion einer feindlichen Umzingelung durch die imperialistischen Länder ausgesetzt war, wurden kleinbürgerlich-nationalistische Kräfte wie die PLO oder der südafrikanische ANC oft von Moskau politisch und militärisch unterstützt, was ihnen einigen Spielraum zum Manövrieren gab. Die PKK bekam ein bisschen militärische Unterstützung vom sowjet-freundlichen Syrien. Aber nach der konterrevolutionären Zerstörung der Sowjetunion 1991/92 hatten die kleinbürgerlichen Nationalisten plötzlich keinen Boden mehr unter den Füßen. Die Reaktion der PLO war, verstärkt darauf zu setzen, dass Washington einen Deal aushandeln würde, was das Leiden der Palästinenser um kein Jota erleichtert hat. In Südafrika residiert der inzwischen bürgerlich-nationalistische ANC über ein System der Neo-Apartheid, in dem die schwarzen Massen genauso ausgebeutet und unterdrückt werden – durch die gleiche weiße herrschende Klasse – wie unter der Apartheid. In dem sehr unwahrscheinlichen Fall, dass es der PKK je gelingen sollte, mit der türkischen Bourgeoisie einen Handel abzuschließen, würde sie einfach ihre neue Autoritäts-Position dazu benutzen, ihr eigenes Volk auszubeuten und als kurdische Gendarmen für den türkischen Staat zu dienen. Das ist das Programm des kleinbürgerlichen Nationalismus.

Es gibt jede Menge historischer Erfahrungen, die zeigen, dass unsere Perspektive des vereinten Klassenkampfes des multinationalen Proletariats im Nahen Osten nicht einfach ein Wunschtraum ist. In *WV* Nr. 740 und 741 (25. August und 8. September 2000) hatten wir einen zweiteiligen Artikel, den ich dafür empfehle; er zeigt die reiche Tradition

proletarischen Klassenkampfes im Nahen Osten in den anderthalb Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg und vermittelt eine Vorstellung, welche enormen Möglichkeiten sich dadurch ergaben sowohl für nationale und ethnische Minderheiten als auch für Frauen.

Ein Beispiel von gemeinsamem Klassenkampf, das in diesem Artikel nicht aufgegriffen wird, zeigte sich 1991, als 48000 Kohlebergarbeiter in der türkischen Stadt Zonguldak genau zu dem Zeitpunkt in den Streik traten, als die türkische Regierung sich für den US-geführten Angriff auf den Irak bereit machte. Der Streik ging über ökonomische Fragen hinaus und forderte: „Nein zum Krieg!“ Solidaritätsstreiks gab es im kurdischen Ostanatolien und bei türkischen Arbeitern; Berichten zufolge erhoben die Bergarbeiter die Forderung nach dem Recht der Kurden, ihre eigene Sprache zu benutzen.

Die Kurden sind nicht einfach arme Opfer wiederholten Verrats, obwohl man diesen Eindruck bekommen könnte, wenn man sich nur die Geschichte des kurdischen Nationalismus ansieht. In den Erdölfeldern von Kirkuk und in anderen strategischen Zentren gibt es eine ziemlich große kurdische Arbeiterklasse mit einer Geschichte militanten Kampfes. Aber größtenteils findet man das kurdische Proletariat außerhalb Kurdistans in Industriezentren wie Istanbul und den Bergbaugebieten der Türkei sowie in Bagdad – zumindest bevor die Stadt durch Sanktionen ausgehungert und durch Bombenangriffe in Schutt und Asche gelegt wurde. Gerade in den städtischen Zentren, bei dem Industrieproletariat, existiert die Macht, die das kurdische Volk zur Freiheit führen kann.

Hunderttausende weiterer Kurden leben verstreut in ganz Westeuropa, arbeiten zusammen mit Türken in den Kohlebergwerken, Metall- und Chemiebetrieben Deutschlands und Westeuropas. In Deutschland sind Zehntausende Kurden Mitglieder in machtvollen Gewerkschaften, zusammen mit ihren deutschen und türkischen Klassenbrüdern und -schwestern. In ganz Europa waren immigrierte Arbeiter Zielscheibe rassistischer Kampagnen, die von „linken“ ebenso wie von rechten Regierungen geführt wurden mit dem Ziel, Rassismus zu benutzen, um die Arbeiterklasse zu spalten und zu demoralisieren. Als vor zwei Jahren ein Frachtschiff mit 900 kurdischen Flüchtlingen an Bord vor der Küste Südfrankreichs auf Grund lief, sperrte die Volksfront-Koalitionsregierung, damals zusammengesetzt aus Sozialisten, Kommunisten und Grünen, alle kurdischen Flüchtlinge in Konzentrationslager, die von der Armee bewacht wurden. Türkische linke Gruppen und kurdische nationalistische Gruppen, darunter die PKK, sind in Deutschland verboten. Sogar nach zwei oder drei Generationen im Land können viele Menschen türkischer oder kurdischer Herkunft unter den rassistischen Staatsbürgerschaftsgesetzen keine deutschen Staatsbürger werden.

Unsere Genossen in Frankreich, Deutschland und anderen Ländern haben immer nachdrücklich betont, dass eingewanderte Arbeiter ein strategischer Bestandteil des Proletariats sind. Wir kämpfen dafür, die Macht der Arbeiter zu mobilisieren, um Abschiebungen zu stoppen, und wir kämpfen für volle Staatsbürgerrechte für alle. Immigrierte Arbeiter in Deutschland und in ganz Westeuropa sind eine lebendige Brücke zwischen dem Kampf für die Befreiung der Kurden in einem sozialistischen Nahen Osten und der proletarischen Revolution im imperialistischen Westeuropa. Entscheidend kommt es darauf an, eine internationalistische Führung zu schmieden nach dem Vorbild von Lenins bolschewistischer Partei, die die unterdrückten Nationalitäten im „Völkergefängnis“ der zaristischen Autokratie befreite, indem sie in der Russischen Revolution von 1917 das Proletariat an die Macht führte.

[WIRD FORTGESETZT]

„Antinationale“ ...

Fortsetzung von Seite 32

sprachige Proletariat vom Zionismus zu brechen und für die Verteidigung des palästinensischen Volkes zu gewinnen, und es wird dazu wohl einer siegreichen Arbeiterrevolution in einem der Länder der Region bedürfen.

Die kapitalistischen arabischen Staaten haben wiederholt ihre oft bekundete „Solidarität“ mit dem palästinensischen Volk verraten, um einen dreckigen Deal mit den Imperialisten zu machen, und machten nicht Halt davor, selber Massaker an den Palästinensern durchzuführen, wie beim „Schwarzen September“. Die arabischen Kapitalistenklassen und die in ihrem Namen regierenden Prinzen, Scheichs und Generäle, die selbst blutige Unterdrücker der arbeitenden Massen und Minderheiten ihrer „eigenen“ Bevölkerung sind, finden es nützlich, Israel als Blitzableiter zu benutzen, um die Unzufriedenheit ihrer plebejischen Massen auf einen Feind abzulenken. Die einzige Lösung ist die sozialistische Revolution im Nahen Osten, in der die Arbeiterklasse in Israel die zionistische Festung von innen her zersprengt und in der das arabische Proletariat seine eigenen kapitalistischen Herrscher und Scheichs zum Teufel jagt. Nur im Rahmen einer sozialistischen Föderation des Nahen Ostens kann es eine gerechte Lösung für Juden und Araber geben.

Wer sind die „Antinationalen“? In wessen Interesse arbeiten sie? Wer sind ihre Auftraggeber? Es ist offensichtlich, dass „antinationale“ oder „antideutsche“ Gruppen ab 1998 einen enormen Aufwind erhalten haben, seit SPD und Grüne die Interessen des deutschen Imperialismus verwalten. Seit der kapitalistischen Wiedervereinigung 1990 versucht der deutsche Imperialismus verstärkt seinen Gelüsten nach einer Weltmachtrolle nachzugehen. Es war die SPD/Grünen-Regierung, die zum ersten Mal seit 1945, als die Rote Armee das Nazi-Regime zerschlug, die Armee des deutschen Imperialismus in einem Krieg einsetzte, indem sie sich 1999 am US-geführten Krieg gegen Serbien beteiligte. Heute versucht die Regierung, die Bundeswehr umzurüsten, um überhaupt militärisch in der Lage zu sein, mit dem US-Imperialismus weltweit konkurrieren zu können. Das Geld für diese Aufrüstung soll von der arbeitenden Bevölkerung gestohlen werden. Aber die imperialistische Besatzung des Balkans und Afghanistans und die Angriffe auf die Sozial-

leistungen, die sich die Arbeiterklasse nach 1945 erkämpfte, sind äußerst unpopulär. Deshalb versucht die Regierung, sich ein „antifaschistisches“ Antlitz zu geben – wozu freundschaftliche Beziehungen zum zionistischen Staat Israel von Nutzen sind –, Kriege unter dem Motto „Nie wieder Auschwitz!“ zu führen und jegliche Form von Widerstand gegen Sozialabbau, Rassismus und Krieg durch staatliche Repression zu unterdrücken. In diesem Kontext sind die „Antinationalen“ mit ihrem Feldzug gegen Linke und Palästinenser Erfüllungsgehilfen für die SPD/Grünen-Regierung, denn die Zielscheibe der „Antinationalen“ sind Kriegsgegner, Palästinenser und Organisationen, die Widerstand gegen Sozialabbau organisieren.

Am 15. März 2002 versuchten „Antinationale“ eine Linksruck-Veranstaltung in Frankfurt, an der Vertreter der Palästinensischen Gemeinde Frankfurts, der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft und der PDS teilnahmen, zu sprengen. Es kam zu einem Handgemenge, bei dem die Antinationalen letztlich aus der Veranstaltung geschmissen wurden. In der Schweiz gelang es Anfang 2002 der „antinationalen“ Gruppe f.e.p.a. in Zusammenarbeit mit der Organisation „Aktion Kinder des Holocaust“ und dem bürgerlichen Staat, Indymedia (linkes Internet-Forum) für mehrere Monate abzuschalten. Am 30. Januar dieses Jahres drangen etwa 30 „Antinationale“ in die Veranstaltung der attac-Friedenstour an der Berliner Humboldt-Uni ein und wollten diese sprengen. Dort versuchte eine anti-arabische Rassistin mehrmals, einer britischen Journalistin das Palästinensertuch herunterzureißen. Dieser Angriff wurde in der Gründungserklärung der „antinationalen“ Gruppe „Kritik und Praxis“ gerechtfertigt.

Aber die „Antinationalen“ versuchen nicht nur durch laute Störungen, Linke und Palästinenser anzugreifen. Wie die *junge Welt* vom 19. Juli berichtete, sprach die Hamburger „antinationale“ Gruppe „bad weather“ Todesdrohungen gegen einen Linguistik-Professor aus, der einen Aufruf von Hochschuldozenten in Britannien und Israel unterstützt hatte, Israel aus Protest gegen seine Besatzungspolitik zu isolieren. Bei der Berliner Schülerdemo gegen den Irakkrieg am Tag X wurde ein polnischer Jugendlicher, der eine Palästina-Fahne trug, hinterrücks von „Antinationalen“ angegriffen. Ihm wurde ein halber Zahn ausgeschlagen. Aber er

Fortgesetzt auf Seite 26

Rotterdam...

Fortsetzung von Seite 4

organisierter Hafentarbeiter gibt, nachdem die Hafentarbeitergewerkschaft durch die Angriffe der Bosse zerschlagen worden ist. Auf den Britischen Inseln sind diese Regelungen schon in Kraft und die Arbeitshetze führt zu einer der höchsten Unfallraten von allen europäischen Häfen.

Ein Sprecher der rumänischen Seeleute erklärte auf der Abschlusskundgebung in Rotterdam: „Hafentarbeiter und Seeleute stehen zusammen. Wir lassen uns nicht gegeneinander ausspielen“, was Beifall fand. Die von der ITF-Führung (Internationale Transportarbeiterföderation) ausgegebene Losung „Hafenarbeit den Hafentarbeitern“ brüskiert die logischen Verbündeten der Hafentarbeiter: Seeleute und Transportarbeiter. Tatsächlich ist es wichtig, sich aufs Schärfste gegen jeglichen Versuch zu wenden, die Seeleute unter ausländischen Flaggen als Sündenbock hinzustellen, wie es immer wieder bei Protesten gegen das Port Package der Fall war. Das Gleiche gilt für Hetze gegen „asiatische Sozialstandards“. Ein solches protektionistisches Programm spaltet die Arbeiter entlang nationaler Linien. *Es ist im direkten Interesse der Hafentarbeiter, dafür zu kämpfen, dass jeder, der Schiffe be- und entlädt, egal aus welchem Land er*

kommt oder für wen er arbeitet, den höchstmöglichen Gewerkschaftslohn erhält! Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Um zu verhindern, dass Hafentarbeiter und Seeleute gegeneinander ausgespielt werden, müssen die Hafentarbeiter für Tariflöhne für die Seeleute kämpfen, die in der Regel wenig Macht haben, unorganisiert sind, mies bezahlt werden und schlechten Arbeitsbedingungen ausgesetzt sind. So schafft zwar der jährlich für eine Woche stattfindende ITF-Boycott von Billigflaggschiffen für einige Seeleute wichtige Verbesserungen, doch muss er ausgeweitet und mit den Port-Package-Protesten vereint werden, statt die Proteste zu trennen, wie die ITF-Spitzen dies tun. *Die Hafentarbeiter müssen die Seeleute in einem Kampf für Gewerkschaftslöhne und Gewerkschaftsrechte verteidigen! Für einen gemeinsamen Kampf, Hafentarbeiter, Seeleute, Transportarbeiter, Unständige und andere im Hafen Arbeitende in Industriegewerkschaften zu organisieren! Für internationalistischen Klassenkampf! Nieder mit der rassistischen, gewerkschaftsfeindlichen Festung Europa! Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!*

Protesterkklärungen mit der Forderung nach Freilassung aller Arbeiter und Einstellung aller Verfahren bitte an das Innenministerium der Niederlande faxen: (00 31) 70 363 91 53.

7. Oktober 2003

„Antinationale“ ...

Fortsetzung von Seite 25

verteidigte sich und seine Fahne und diese Gangster mussten sich verkriechen.

Am 27. September protestierten weltweit Hunderttausende gegen die fortdauernde Besetzung der palästinensischen Gebiete durch Israel und gegen die Drohung der zionistischen Herrscher, Palästinenser-Präsident Arafat zu liquidieren. In Deutschland riefen die „Antinationalen“ dazu auf, zwei dieser Demonstrationen – in Berlin und in Duisburg – zu zerschlagen: „Stoppt den nationalsozialistischen Aufmarsch der ‚Achse des Friedens! ... Waffen für Israel!‘ Diese Methoden, Jagd auf Linke und Araber zu machen, erinnern an Hitlers SA oder an Nazi-Überfälle auf Linke und Immigranten aus jüngerer Vergangenheit. Obwohl die PDS alles tat, um zu verhindern, dass viele Palästinenser zur Berliner Demo kommen, und obwohl die PDS-nahe *junge Welt* vom 27. September die Hetze der „antinational“ dominierten Naturfreundejugend nachplapperte, „Trittbrettfahrer wie Neonazis oder militante Islamisten könnten die Demonstration ‚als Bühne für ihre Propaganda‘ nutzen“, kamen an die 1000 Demonstranten. Vier „antinationale“ Provokateure wurden von einer Gruppe türkischer Linker aus der Demo verjagt. *Wir Spartakisten fordern alle linken und Immigrantengruppen auf, den „antinationalen“ Terror gegen Linke und Palästinenser zu stoppen!*

„Antinationale“ sind imperialistische Kriegshetzer und anti-arabische Rassisten

Viel zu lange haben Linke die „Antinationalen“ als Phänomen wirrer „Linker“ betrachtet und das Amalgam „Antizionismus = Antisemitismus“ ihrer herrschenden Klasse geschluckt. „Antinationale“ verkleiden sich als Antifaschisten und Antirassisten, rufen zu Anti-Nazi-Demos auf oder zu Demos gegen den „Tag der nationalen Einheit“, ja sie nennen sich zum Teil sogar Kommunisten. Doch ihre Taten sprechen lauter als ihre Maskerade. Tatsächlich ist die Pose der „Antinationalen“, sie seien „links“ oder „antifaschistisch“, ein kalkulierter Schwindel, mit dem sie versuchen, linke Organisationen zu zerstören. Hinter ihrem Gerede, Gegner von Antisemitismus und Nationalismus zu sein, steht ihre totale Unterstützung für den Zionismus – selbst eine Form von virulentem Nationalismus – und damit einher gehend ihr abgrundtiefer rassistischer Hass gegen Araber und Muslime und ihre Befürwortung imperialistischer Kriege im Dienste des deutschen Imperialismus.

Schon während des Golfkriegs 1991 erklärte Wolfgang Pohrt im „antinationalen“ Schmierblatt *konkret* (zitiert in

junge Welt, 6. Oktober) gegenüber Iraks Drohungen, Israel mit B- oder C-Waffen anzugreifen: „Eine Absicht, die Israel gegebenenfalls hoffentlich mit Kernwaffen zu verhindern wissen wird.“ (Siehe auch „Enzensberger, Biermann, Wallraff, konkret – ‚Wiedergutmacher‘ für das Vierte Reich“ in *Spartakist* Nr. 85, April 1991.) Im Zusammenhang mit der Bombardierung Afghanistans zeigt das expliziteste „antinationale“ Hetzorgan, *Bahamas*, auf seiner Titelseite der Winterausgabe 2002 eine Gruppe von Piloten der US-Army vor einem Bomber der Air Force unter der Überschrift „Der Kampf für Befreiung ist international“. Und beim kürzlichen US-Krieg gegen den Irak stellte *konkret*-Redakteur Gremliza erneut die Forderung nach einem nuklearen Erstschlag Israels gegen den Irak auf.

Bekannter noch als ihre uneingeschränkte Unterstützung für den US-Imperialismus ist der Schlachtruf, der alle „Antinationalen“ vereint: „Solidarität mit Israel!“ Solidarität mit Israel heißt zu jubeln, wenn die israelische Armee das Flüchtlingslager in Dschenin zerstört und dabei Hunderte Palästinenser niedermetzelt und wenn sie durch Kopfschuss palästinensische Jugendliche ermordet, die sich mit Steinschleudern gegen israelische Panzer und Bulldozer wehren, die ihre Häuser zusammenschießen und niederwalzen. Es heißt, den Bau der Mauer in den besetzten Gebieten zu begrüßen – eine Mauer, die an die Mauer der Nazis um das Warschauer Ghetto erinnert. „Solidarität mit Israel!“ heißt Solidarität mit dem zionistischen Staat und seiner Armee, der auf der Vertreibung und Massakrierung des palästinensischen Volkes basiert!

Darüber hinaus kennzeichnet die „Antinationalen“ ein offener Rassismus gegen hier lebende Araber und Muslime. *Bahamas* druckte Auszüge der rassistischen Hetzschrift „Die Wut und der Stolz“ der ex-linken italienischen Journalistin Oriana Fallaci ab und hetzt selbst gegen Palästinenser: „Die palästinensische Gesellschaft in ihrer jetzigen Gestalt ist konstitutionell friedensunfähig und -unwillig; allein das islamistisch inspirierte Vernichtungsprojekt hält sie zusammen“ (*Bahamas*-Erklärung, 14. September 2001). Das Kopftuch, das muslimische Frauen tragen, wird von diesen Rassisten im Herrenmenschen-Stil „Kopfwinkel“ genannt. Am 6. und 7. Juni fand in Berlin die „Antideutsche Kommunistische Konferenz 2003“ statt. Dort sprach ein gewisser René Pollak von der Zionistischen Organisation Deutschlands. Einem Indymedia-Bericht zufolge strotzte sein Beitrag nur so von rassistischen Bemerkungen, z.B. dass hier lebende Araber „eine Gefahr darstellen“ und dass Schily seine Repression gegen Islamisten „ganz gut macht“. *Die „Antinationalen“ sind Erfüllungsgehilfen für den rassistischen Staatsterror und die Repression gegen die Linke durch die SPD/Grünen-Regierung des deutschen Imperialismus.*

„Kollektivschuld“-Lüge und deutscher Imperialismus

Die „Antinationalen“ erhielten starken Auftrieb durch den im Jahr 2000 von der SPD-Grünen-Regierung nach einer Reihe von Nazi-Schändungen jüdischer Friedhöfe und Nazi-Anschlägen auf Juden und Immigranten verkündeten „Aufstand der Anständigen“. Dieser „Aufstand“ hatte nichts damit zu tun, das Anwachsen von Nazis oder Antisemitismus zu stoppen, aber alles damit zu tun, das Image des deutschen Imperialismus in der Welt aufzupäppeln. Mit dieser Kampagne versuchte die Regierung, der Bevölkerung einzutrichtern, dass Deutschland „aus der Vergangenheit gelernt“ habe und jetzt zur Verhinderung eines neuen Auschwitz imperialistische Kriege führen müsse, wie den gegen Serbien 1999 oder die deutsche Beteiligung an der Besetzung Afghanistans. Auf einem Botschaftertreffen am 4. September 2000 erklärte Außenminister Fischer: „Das

SPARTAKISTENDEUTSCHE AUSGABE SOMMER 1998

Zionisten amnestieren Bourgeoisie von Auschwitz
Holocaust, „Kollektivschuld“ und deutscher Imperialismus

Die Rote Armee zerschlug das Naziregime!

Deutsche Ausgabe Nr. 20, Sommer 1998 € 2,-

Zu beziehen über die Redaktionsadresse

Vertrauen und die Berechenbarkeit, die wir in den vergangenen 50 Jahren aufgebaut haben, können wir nur bewahren ... indem wir zu der Verantwortung für unsere Geschichte stehen. Darin liegt die Bedeutung der Entscheidungen zum Holocaust-Mahnmal und dem Zwangsarbeiterabkommen... Nur wenn wir diesen Kurs zweifelsfrei und ohne Misstrauen zu erzeugen fortführen, werden sich uns die Spielräume eröffnen, die wir brauchen und die deutsche Außenpolitik gestaltend nutzen kann“ (BPA-Mitschrift).

Wenn Fischer die „Verantwortung für unsere Geschichte“ bemüht, bemüht er vor allem die Lüge von der „Kollektivschuld“ des deutschen Volkes für den Holocaust. Diese macht nicht die deutsche Bourgeoisie, sondern die deutsche Bevölkerung als Ganzes für das Grauen des Dritten Reichs verantwortlich. Hitler wurde nicht von der gesamten deutschen Bevölkerung an die Macht gebracht, sondern von der deutschen Bourgeoisie, die Anfang der 30er-Jahre befürchtete, dass sie von der Arbeiterklasse hinweggefegt würde. 1923, zehn Jahre vorher, war die deutsche Bourgeoisie ihrer Entmachtung nur knapp entkommen, weil die KPD-Führung unter Brandler es unterließ, die Arbeiterklasse an die Macht zu führen. (Siehe *Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 22, Sommer 2001.) Es war vor allem der Verrat der Führungen der Arbeiterbewegung, der dazu führte, dass Hitler an die Macht kam, ohne dass auch nur ein Schuss abgefeuert worden war. Die SPD predigte den Arbeitern Vertrauen in Reichskanzler Hindenburg. Die Thälmann-Führung der KPD gab die Losung „Nach Hitler wir“ heraus und weigerte sich, die SPD in eine Einheitsfront zu zwingen, die durch Arbeitermassenmobilisierungen die Nazis zerschlägt, und im Laufe dieses Kampfes sozialdemokratische Arbeiter von der SPD zu spalten und für den Kampf um eine sozialistische Arbeiterrevolution zu gewinnen. *Erst nachdem die Nazis die Arbeiterorganisationen SPD, KPD und die Gewerkschaften zerschlagen hatten, konnten sie mit der industriellen Ermordung von 6 Millionen Juden beginnen.*

Nach dem Sieg der Roten Armee über Nazi-Deutschland – die imperialistischen Herrscher der USA, Britanniens und Frankreichs beeilten sich 1944/45, einen Teil Deutschlands zu besetzen aus Furcht vor dem Gespenst der proletarischen Revolution in Europa – war Deutschland entlang einer Klassenlinie getrennt. Im Osten entstand 1948/49 der deformierte Arbeiterstaat DDR, in dem die Bourgeoisie enteignet wurde und für dessen bedingungslose militärische Verteidigung gegen Konterrevolution von innen und außen wir Trotzisten kämpften. Im Westen wurde die Bourgeoisie von Auschwitz „rehabilitiert“ – mit der Lüge von der Kollektivschuld. In seinen Memoiren *Und unsere Fahne ist rot* beschrieb der deutsche Trotzist Oskar Hippe machtvoll den Zweck der Kollektivschuldfrage nach dem Zweiten Weltkrieg:

„Auch die Proklamation der Kollektivschuld des deutschen Volkes gehört in diesen Bereich des Kampfes gegen das Proletariat, da man von vornherein das Proletariat, die überwiegende Mehrheit des Volkes, diskriminieren, ihm sein Versagen als Minderwertigkeitskomplex einimpfen und ihm ein für alle Mal weismachen wollte, es sei unfähig, seine Geschicke selbst in die Hand zu nehmen und die Gesellschaft zu revolutionieren.“

In unserem Artikel „Holocaust, ‚Kollektivschuld‘ und deutscher Imperialismus“ (*Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 20, Sommer 1998) erklärten wir den Nutzen der „Kollektivschuld“ heute: „Wenn sich deutsche Liberale die ‚Kollektivschuld‘ zu eigen machen, drückt dies überhaupt keine Opposition gegen den wiederaufsteigenden deutschen Chauvinismus aus, sondern *dient als Feigenblatt* dafür, aggressiv für eine imperialistische Militärintervention zu trommeln, die auf dem Balkan und in anderen Ländern ‚den Völkermord stoppen‘ soll.“



AFP/DPA

Fischer und Sharon. Unterstützung Deutschlands für Israel wird nur noch von den USA übertroffen.

Es ist ein besonderer Hohn, wenn sich die SPD/Grünen-Regierung heute ein antifaschistisches Mäntelchen umhängt. Gerade im Gefolge der kapitalistischen Wiedervereinigung Deutschlands, bei der sich die rachsüchtige Bourgeoisie von Auschwitz wieder das nahm, was ihr nach 1945 entrissen wurde, und bei der ganze Industrien platt gemacht wurden, was zu einer ungeheuren Massenarbeitslosigkeit führte, wurde der Boden für das Wachstum der Nazi-Banden überhaupt wieder geschaffen. Öffentlichen Statistiken zufolge haben Nazis seit 1990 fast 100 Morde an Immigranten, Linken, Schwulen, Obdachlosen oder Behinderten begangen. Das Rostocker Pogrom 1992 war eine Folge der rassistischen Kampagne zur Abschaffung des Asylrechts, was dann mit den Stimmen der SPD geschah.

Teil der Kollektivschuldthese ist es, das autoritäre, despotische, antisemitische Deutschland des Zweiten Weltkriegs der „demokratischen“, „sozial gesinnten“ heutigen Bundesrepublik entgegenzusetzen. Der israelische Schriftsteller Amos Elon spießte dies auf, als er schrieb: „Das ritualisierte Lippenbekenntnis zur Schuld dient dazu, dem neuen Nationalismus und dem neuen Fremdenhass ein gutes Gewissen zu verschaffen“ (*New York Times Magazine*, 26. Januar 1997).

Nach Innen wurde der „Aufstand der Anständigen“ von der SPD/Grünen-Regierung benutzt, um eine rassistische Kampagne zu schüren und die Repression gegen Linke zu verschärfen. Auf der Auftaktveranstaltung des „Bündnisses für Toleranz“ am 11. Dezember 2000 hetzte der damalige Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Clement (SPD): „Es bleibt die schreckliche Gewissheit, dass bei uns antisemitische Straftaten möglich sind, ob sich die Täter nun als palästinensische Freiheitskämpfer, als Hitler-Anhänger oder als beides fühlen... Auch ich warne vor einer Bündelung von Rechtsextremen in Deutschland und Fanatikern aus dem nahen Osten.“ In Deutschland gibt es sicher ganz viel Antisemitismus, der seit der kapitalistischen Wiedervereinigung um ein Vielfaches angestiegen ist. Es ist zutiefst heuchlerisch für jemanden wie Clement, der für die deutsche Bourgeoisie, die Auschwitz organisierte, regiert, mit dem Finger auf die Palästinenser zu zeigen. Tatsächlich sind es die deutsche Bourgeoisie und ihre Regierung, die Rassismus und Antisemitismus schüren um die Arbeiterklasse entlang ethnischer und anderer Linien zu spalten.

Seit dem kriminellen Anschlag auf das World Trade Center am 11. September 2001 unterstützt die Regierung den „Krieg gegen Terror“ und heizt wie die Bush-Administration in den USA eine chauvinistische Hysterie an, um die repressive Macht des kapitalistischen Staates dramatisch zu steigern und einen breiten Angriff auf demokratische Rechte zu starten. Die ersten Ziele waren hier lebende ethnische

Fortgesetzt auf Seite 28



Spartakist

Berlin, 19. September 1990: Spartakist-Protest gegen Einwanderungsverbot gegen sowjetische Juden

„Antinationale“ ...

Fortsetzung von Seite 27

Minderheiten, deren Daten im Zuge der rassistischen Rasterfahndung als potenzielle „Feinde im Innern“ gespeichert wurden. In NRW allein wurden über 4,5 Millionen Datensätze erhoben! Dem folgte eine Verschärfung der „Sicherheitsgesetze“, insbesondere die Ausweitung des so genannten „Anti-Terror-Paragraphen“ 129. (Siehe „Verteidigt Immigranten! Verteidigt demokratische Rechte!“, *Spartakist* Nr. 149, Winter 2002/2003.) Schon vor dem 11. September führte Innenminister Schily eine Zentraldatei für „linke Gewalttäter“ und „Ausländer“ ein. Ursprünglich propagiert als Maßnahme „gegen rechte Gewalt“, richtete sich dies eindeutig gegen die Linke und Arbeiterbewegung.

Ein wesentlicher Bestandteil unseres Kampfes, eine multiethnische revolutionäre Arbeiterpartei aufzubauen, der auch die besten Kämpfer der hier lebenden Palästinenser angehören werden, ist es, die Lüge von der „Kollektivschuld“ zu durchbrechen, die die Arbeiterklasse an die Bourgeoisie ketten soll.

Wes Brot ich ess, des Lied ich sing

Die SPD/Grünen-Regierung stellte im Rahmen des „Aufstands der Anständigen“ viel Geld für „politische Bildung“ zur Verfügung, mit dem Ziel, sich eine Reihe von Projekten und Gruppen zu kaufen, die die Politik der Regierung in ihrer Arbeit propagieren würden. Wer den Musiker bezahlt, der bestimmt auch die Melodie. Eine Stiftung, die damals ins Leben gerufen wurde, heißt „Entimon – gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus“. Die wird durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert. Allein im Jahr 2002 verwaltete Entimon ein Volumen von 10 Millionen Euro. Wenn auch eine genaue Auflistung der Beträge, die über Entimon und andere Stiftungen an eine Vielzahl (nicht nur „antinationaler“) Projekte gehen, nicht einfach zugänglich ist, so ist doch nachweisbar, wie die „Antinationalen“ kräftig mit Staatsgeldern gefördert werden. Einer der Empfänger dieser Gelder ist hagalil.com, ein Internetportal, das freudig jede anti-arabische Hasstirade der „Antinationalen“ veröffentlicht.

Auch von der Regierung ins Leben gerufen wurde das so genannte „Bündnis für Demokratie und Toleranz“ (BDT). In dessen Beirat sitzen Größen von PDS bis CDU, Annelie Buntenbach von der IG BAU, der ehemalige Arbeitsdirektor des EKO-Stahlwerks sowie die SPD-Staatssekretärin beim Innenministerium, Ute Vogt, und die grüne Staatssekretärin beim Familienministerium, Marieluise Beck, die

gleichzeitig „Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration“ ist. Wo immer es um Abschiebungen, Inhaftierungen von Flüchtlingen, rassistische Rasterfahndungen und staatliche Repression gegen Linke geht, haben die beiden Letztgenannten ihre Hände im Spiel. Man kann zu Recht sagen: Das BDT ist eine Kreatur des bürgerlichen Staates.

Ein als „vorbildlich“ vom BDT eingestuftes Projekt ist die „antinationale“ Postille *Der Rechte Rand – Informationen von und für AntifaschistInnen* (DRR). Selbst mit einer winzigen Auflage von 2000 Exemplaren erlangte diese Zeitschrift die Aufmerksamkeit des BDT. Das BDT schreibt: „Bei Durchsicht des ‚online‘-Archivs stellt man fest, dass vieles um das Thema Rechtsextremismus und Rassismus in Artikeln und Stellungnahmen verarbeitet wird. Sei es nun die Finkelstein-Debatte, Denkmalschändungen oder öffentliche Positionierungen Prominenter.“ Das, was dem BDT offensichtlich gefiel, war die Aufforderung eines gewissen Max Freitag, einen „Schlussstrich mit Finkelstein“ zu ziehen (DRR Nr. 71, Juli/August 2001). Norman Finkelstein, der Autor von *Eine Nation auf dem Prüfstand*, war wiederholt Angriffen und Störungen seiner Veranstaltungen durch „Antinationale“ ausgesetzt. Das, was die deutsche Bourgeoisie an ihm hasst, ist, dass er Goldhagens pseudo-akademische Studie *Hitlers willige Vollstrecker* widerlegt hat, in der Goldhagen die Lüge von der „Kollektivschuld“ wieder aufwärmte.

Der Rechte Rand zeichnet sich auch noch durch andere „Qualitäten“ aus, die Otto Schily bei der Repression gegen Palästinenser und Linke zugute kommen. Im Oktober 2001 erschien von Goetz Nordbruch, dem heutigen Leiter von MEMRI (siehe unten), der Beitrag „Holocaustleugnung und Kampf gegen ‚Normalisierung‘ – Arabische Diskussionen um den Holocaust“, in dem anhand diverser Beispiele versucht wird zu demonstrieren, dass jegliche Kritik am Zionismus auf eine Leugnung des Holocaust hinauslaufe und daher „antisemitisch“ sei. Dieses Amalgam, dass Antizionismus gleich Antisemitismus sei, wurde von Außenminister Fischer benutzt, um jeglichen Protest gegen die blutige Unterdrückung der Palästinenser abzuwürgen. Schon im Jahre 1991 publizierte der heutige Leiter des Berliner Institutes für Faschismus-Forschung, Peter Kratz, einen Artikel mit folgender Überschrift: „Antisemitismus als Basis treudeutscher Palästina-Solidarität“ (DRR Nr. 12, Mai 1991). Zionisten versuchen, Völkermord als eine ausschließlich deutsche Vorgehensweise hinzustellen, nicht zuletzt deshalb, weil sie Kritik an der Nazi-ähnlichen Verfolgung der palästinensischen Araber durch die Herrscher Israels abwenden wollen. *Der Rechte Rand* hat eine Tradition, diejenigen, die gegen die Unterdrückung des palästinensischen Volkes kämpfen, als Antisemiten zu verleumden und den blutigen Krieg der zionistischen Herrscher Israels gegen die Palästinenser zu rechtfertigen. Diese Verleumdung ist ein Teil des ideologischen Rahmens, in dem der deutsche Imperialismus seine enorme finanzielle und materielle Unterstützung an den zionistischen Staat Israel seit dessen Gründung leistet. (Siehe: „Holocaust, deutscher Imperialismus und Zionismus“, *Spartakist*, Nr. 148, Herbst 2002.) Kein Wunder ist es dann, wenn das BDT Ende 2001 dieses „vorbildliche Projekt“ mit 10 000 DM belohnte.

Eine weitere Stiftung, von der die „Antinationalen“ maßgeblich Geld beziehen, ist die „Amadeu-Antonio-Stiftung“. Benannt nach dem angolanischen Arbeiter, der in der Nacht vom 24. auf den 25. November 1990 von Nazis zu Tode geprügelt wurde, vergibt diese Stiftung Fördergelder an verschiedene Projekte. Der Schirmherr dieser Stiftung ist SPD-Bundestagspräsident Thierse. Die Vorstandsvorsitzende der Stiftung ist Anetta Kahane. Sie gehörte neben einer Reihe von „Antinationalen“, Kriegsbefürwortern und Zionisten

auch zu' der Liste von Unterzeichnern des widerlichen „Offenen Briefs an die Friedensbewegung“ vom 17. Februar, in dem das Bündnis gegen Antisemitismus, den Teilnehmern an Antikriegskundgebungen vorwirft, ihr „politisches Weltbild [sei] durch Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus bestimmt“, da Israels „Politiker als ‚Kindermörder‘ beschimpft“ wurden.

Zu einem „lokalen Projekt“, das von der Stiftung gefördert wird (ohne Angabe von Fördersummen), gehört die „Initiative Solidarität mit Israel“, die „über die einseitige deutsche Berichterstattung über palästinensischen Terror und israelische Reaktionen“ informiert. Diese Initiative nimmt auch an der finsternen Veranstaltungsreihe „Realität und antisemitische Wahrnehmungsmuster des Nahostkonflikts“ teil, die zurzeit an der Hannoveraner Uni läuft. Auch diese Veranstaltungsreihe hat zum Leitmotiv die Lüge, dass Antizionismus gleich Antisemitismus sei. Sie wird gesponsert von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) der SPD, die seit Jahrzehnten eine wichtige Agentur für Konterrevolution ist. Beispielsweise sponserte sie die portugiesische Sozialistische Partei, als diese 1975 massive antikommunistische Mobilisierungen durchführte, darunter auch das Niederbrennen und Brandschatzen von KP-Büros. In den 80er-Jahren war die FES in der Förderung und Finanzierung der konterrevolutionären, klerikalen und antisemitischen Solidarność in Polen involviert. Wir riefen die Arbeiterklasse dazu auf, *die Konterrevolution von Solidarność zu stoppen!*

Die Etiketten der „Antinationalen/Antideutschen“ sind *reiner Schwindel*: Sie mästen sich an der deutschen Knete des deutschen kapitalistischen Staates, sie werden gesponsert von konterrevolutionären Institutionen wie der FES. *Sie stehen im Dienste der deutschen Bourgeoisie*. Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.

SPD und PDS hofieren „Antinationale“

Eine beliebte Methode der „Antinationalen“ bei ihrem Versuch, die Linke zu zerstören, ist es, sich in linke Organisationen einzunisten und sie von innen heraus zu zerstören. Das haben sie in vielen antifaschistischen Gruppen getan, aber offensichtlich bieten auch die beiden großen sozialdemokratischen Parteien einen Nistplatz für „Antinationale“. Inzwischen gibt es „antinationale“ Strömungen bei den Berliner Jusos und in einer Reihe von PDS-Landesverbänden.

Am 1. März beschloss die Landesdelegiertenkonferenz der Berliner Jusos, dass sich in der Friedensbewegung „antisemitische Stereotype“ ausdrücken. Dazu gehört auch in den Worten der Jusos „die Stilisierung des amerikanischen Establishment zu blutrünstigen Kriegstreibern“. Aber als nichts anderes kann man die Furcht erregende Regierung George Bushs bezeichnen, die ein einseitiges Gemetzel an der irakischen Bevölkerung beging und immer noch begeht. Autorin dieses Textes ist die stellvertretende Juso-Landesvorsitzende von Berlin, Franziska Drohsel. Drohsel wurde auch auf der Juso-Liste 2003 ins Stupa der Humboldt-Uni gewählt. Mit ihr auf der Liste stand ein gewisser Gunnar Zerowsky, der zur Gruppe von Angreifern auf die Veranstaltung der Spartakist-Jugend am 19. Juni gehörte und der in der Fachschaft Sozialwissenschaften der Humboldt-Uni aktiv ist.

In einem Artikel der *jungen Welt* vom 25. Februar recherchierte jW-Redakteur Balcerowiak die Hintergründe dieses Juso-Antrags und kam zu folgendem Schluss:

„Intime Kenner der Berliner Jusos sind über diese ‚Friedenspositionen‘ nicht sonderlich erstaunt. Seit einiger Zeit hätten Vertreter sogenannter ‚antideutscher‘ Positionen einigen Einfluß in der Organisation, hieß es. Offenbar gebe es einen Deal innerhalb der SPD. Diese Gruppe habe für pseudo-linksradikale Aktionen ... einen ‚Freifahrtsschein‘ und würde sich im Gegenzug jeglicher Kritik an der

unsozialen Politik der Berliner SPD-Rechten enthalten. So sei aus den Reihen der Jusos weder zum Ausstieg aus dem Flächentarifvertrag noch zur Risikoabschirmung der Bankgesellschaft nennenswerter Widerstand gekommen.“

Auch in der PDS – insbesondere in ihren kleinen Ortsgruppen im Westen Deutschlands – machen sich die „Antinationalen“ breit. Berichten der Vereinigten Linken Dachau (ehemalige PDS-Mitglieder) zufolge, haben „Antinationale“ den gesamten Münchner Kreisverband der PDS übernommen und Mitglieder, die gegen die Unterdrückung der Palästinenser und gegen den imperialistischen Krieg gegen Irak eintraten, ausgeschlossen oder mundtot gemacht. Der Jugendverband, dessen sich die Antideutschen nicht bemächtigen konnten, wurde zerschlagen. Ähnliches passierte mit einem Kreisverband der PDS Duisburg.

Anhänger der PDS, die die Bedrohung durch die „Antinationalen“ verspüren und versuchen wollen, diese wütenden Kriegstreiber und palästinenserfeindlichen Rassisten aus der Arbeiterbewegung herauszusäubern, müssen sich aber auch die Frage stellen, warum sich die „Antinationalen“ in ihrer Organisation einnisten und wohl fühlen können. Da die PDS den Kapitalismus mitverwaltet, greift sie die sozialen Errungenschaften der arbeitenden Bevölkerung massiv an und führt den rassistischen Staatsterror mit durch. Man denke nur an die Rasterfahndung und die über 30 Selbstmordversuche der verzweifelten Insassen des SPD/PDS-verwalteten Abschiebeknasts in Berlin-Köpenick. Das richtet sich direkt gegen die Interessen auch ihrer eigenen Basis in der Arbeiterklasse. Mit einer zunehmend unzufriedenen Arbeiterklasse verschärfen die SPD- und PDS-geführten kapitalistischen Regierungen den Staatsterror gegen die Linke, die sie als potenzielle Bedrohung sehen. Und dieses dreckige Geschäft zieht Abschaum wie die „Antinationalen“ an, die sich ja als ein Schläger gegen die Linke in Deutschland anbieten.

Die PDS führte 1989/90 die prosozialistische Arbeiterklasse der DDR in die kapitalistische Konterrevolution und händigte die DDR an den deutschen Imperialismus aus. In diesem Zusammenhang schluckte die PDS die Lüge von der Kollektivschuld und ging positiv auf die Forderung der israelischen Regierung ein, die noch existierende DDR solle Reparationszahlungen leisten. Der Berliner *Tagesspiegel* berichtete am 25. Juni 2002 von einem Treffen der PDS-Spitze mit dem israelischen Botschafter Schimon Stein wenige Wochen nach dem furchtbaren Massaker der israelischen Armee an hunderten Palästinensern im Flüchtlingslager Dschenin: „Zimmer selbst hatte das zerstörte Flüchtlingslager Dschenin besucht und betont: Außer Zweifel aber stünde ‚die Anerkennung und Unterstützung des Existenzrechtes des Staates Israel innerhalb gesicherter, anerkannter und respektierter Grenzen‘.“ Welche Chutzpe! Mit solchen Erklärungen verwandelt die PDS-Führung die palästinensischen Opfer des zionistischen Terrors in Täter. Nachdem Arafat im letzten Jahr wochenlang in seinem Amtssitz von der israelischen Armee beschossen wurde und Teile des Flüchtlingslagers in Dschenin dem Erdboden gleichgemacht wurden, nachdem in den letzten drei Jahren 2600 Palästinenser vom israelischen Staat ermordet wurden, lässt die PDS verlauten, die Existenz Israels – des einzigen Landes in der Region, das Atomwaffen besitzt – sei bedroht!

Das Bekenntnis zum „Existenzrecht für Israel“ geht auf Konrad Adenauer zurück. Nach dem Zweiten Weltkrieg reagierte die westdeutsche Regierung zuerst zurückhaltend auf Forderungen Israels nach Wiedergutmachung. Einen gewissen Betrag an Entschädigungen zu bezahlen erwies sich aber als äußerst nützlich für die deutsche herrschende Klasse in ihrem Bestreben, sich wieder in die westliche Welt zu integrieren. Wie wir in „Holocaust, deutscher

Fortgesetzt auf Seite 30

„Antinationale“ ...

Fortsetzung von Seite 29

Imperialismus und Zionismus“ schrieben:

„Es gibt keinen wirklichen Weg, den Überlebenden des Holocaust gerechte Entschädigung zu verschaffen. Doch selbstverständlich sind wir dafür, dass die Überlebenden des Holocaust von der deutschen Regierung alles bekommen, was sie nur irgendwie bekommen können. Die drei Milliar-



Landau/Jerusalem Post

Freiheit für Mordechai Vanunu (Mitte). Von Zionisten eingekerkelter israelischer Atomwissenschaftler machte Israels Atomwaffenarsenal bekannt

den Mark ‚Entschädigungen‘ sollten die Kosten abdecken, die dem Staat Israel daraus entstanden, Juden zu integrieren, die nach Israel und Palästina emigriert waren. Dem zionistischen Staat Israel finanzielle Unterstützung zu geben unter dem Deckmantel von Entschädigung hat nichts zu tun mit Entschädigung für die Überlebenden des Holocaust, und deshalb sind wir dagegen.“ (*Spartakist* Nr. 148, Herbst 2002)

Tatsächlich wurde Israel durch die deutschen Entschädigungszahlungen, die ab 1954 erfolgten, überhaupt erst ökonomisch und militärisch aufgebaut, besonders in der kritischen Anfangsphase bis hin zum Sechs-Tage-Krieg 1967. Erst von da ab übertrafen US-Zahlen diejenigen aus Westdeutschland. Auch durch die weitere Beziehung zu Israel verschaffte sich Westdeutschland viele Vorteile. All das brachte Westdeutschland zurück in den Schoß der „zivilisierten Welt“ und gab dem deutschen Imperialismus eine günstige Ausgangsposition in einem wichtigen Land des Nahen Ostens. Seitdem ist das Eintreten für das „Existenzrecht Israels“ Voraussetzung für so genannte „Regierungsfähigkeit“ in Deutschland. Das und nicht Sorge um das Schicksal der jüdischen Bevölkerung ist es, was die PDS-Spitzen zu ihren Bekenntnissen zu Israel treibt. Heute ist Israel die stärkste Militärmacht des Nahen Ostens, atomar bis an die Zähne bewaffnet und ein wichtiger Handelspartner für den deutschen Imperialismus in dieser ölreichen Region.

Auch die PDS-Linken beschwört das „Existenzrecht Israels“. *Junge-Welt*-Redakteur Rainer Balcerowiak setzte wenige Wochen nach dem Massaker in Dschenin seinen Namen neben Typen wie Tjark Kunstreich, Schreiber für das anti-arabische Hetzblatt *Bahamas*, unter einen Aufruf für eine Kundgebung am 12. Mai 2002 in Berlin mit dem Schlachtruf „Kein Vergessen! – Solidarität mit Israel“. Kein Wunder also, dass uns die *jW* in einem Artikel vom 19. Juli über „antinationalen“ Terror mit der verlogenen Behauptung denunzierte, wir würden eine „Gleichsetzung ‚Israel=Hitler‘“ machen, womit sie den „Antinationalen“ half, ihren Terror weiter gegen uns zu betreiben. Beim Berliner Tag der Mahnung am 14. September verteidigten *jW*-Redakteurin Ulla

Jelpke (die auch schon für *Der Rechte Rand* schrieb) und ein weiterer Mitarbeiter der *jungen Welt* ihre Verleumdung von uns mit der Begründung, dass unser Vergleich der Methoden der zionistischen Herrscher mit denen der Nazis die Opfer der Nazis zu Tätern machen würde. Aber Ariel Scharon ist kein Opfer der Nazis. Ariel Scharon betreibt seine mörderische Politik gegen die Palästinenser als zionistischer Herrscher Israels. *JW* konnte nicht vertragen, dass die Spartakist-Jugend in ihrem Flugblatt vom 23. Juni zu den Angriffen der Antinationalen auf unsere Veranstaltung *die Wahrheit über die Kollaboration der Zionisten mit den Nazis* sagte: „Die zionistischen Herrscher, mit denen [die „Antinationalen“] sich solidarisieren, machten sich selber der Kollaboration mit Hitlers Nazis schuldig, was ihre selbst ernannte ‚Gemeinsamkeit der Interessen‘ ausdrückte: die Faschisten wollten die Juden aus Europa raus haben, und das wollten die Zionisten auch. Der deutsche Imperialismus ist einer der größten Unterstützer des zionistischen Staates seit seiner Entstehung, militärisch wie finanziell.“

Eins der wohl schrecklichsten Beispiele für die Kollaboration der Zionisten mit den Nazis fand in Ungarn 1944 statt. Der Funktionär des zionistischen „Rettungskomitees“, Dr. Rudolf Kastner, verhandelte direkt mit Adolf Eichmann, dem zentralen Nazi-Organisator des Holocaust. Das Ergebnis war, dass das „Rettungskomitee“ eine Gruppe von 1600 ungarischen Juden selektierte – Zionisten, Kapitalisten, Freunde und Verwandte Kastners – die für eine Ablöse an die Nazis von 6,5 Millionen Pengö ausreisen durften. Und umgekehrt brauchte Eichmann das „Rettungskomitee“, um die letzte große jüdische Gemeinde im Nazi-besetzten Europa zu vernichten. Von 800 000 Juden Ungarns wurden in der kurzen Zeit von April bis Juni – kurz vor der sowjetischen Sommeroffensive – mehr als die Hälfte in den Zügen nach Auschwitz transportiert. 450 000 Juden konnten, ohne größere Versuche zu fliehen oder sich zu verstecken oder irgendwie Widerstand zu leisten, in die Deportationszüge gezwungen werden, weil sie über das Ziel ihrer (letzten) Reise belogen wurden. Den Nazis hätten sie ebensowenig vertraut wie den ungarischen Behörden, aber sie wurden der Nazi-Völkermordmaschine ausgeliefert von ihren „eigenen“ Leuten: Zionisten. Ohne diese Kollaboration hätten vielleicht Hunderttausende gerettet werden können. Kastner machte Karriere in der israelischen Regierung und war 1952 Pressesprecher des Versorgungsministeriums. Dann schlug der Fall Kastner hohe Wellen in Israel. Er wurde von einem Rechtsextremen 1957 erschossen.

Die „Antinationalen“ und die Zionisten

Die „Antinationalen“ sind im Wesentlichen eine deutsche Erscheinung. Ihr Rassismus und ihre Hetze gegen die Linke entsprechen den Absichten der SPD/Grünen-Regierung des deutschen Imperialismus, gegen die Linke und ethnische Minderheiten vorzugehen. Ihre offene Unterstützung des US-geführten Kriegs gegen den Irak geht konform mit einem Flügel der deutschen Bourgeoisie, der der Meinung ist, dass der deutsche Imperialismus vorerst nicht zu sehr auf Distanz zu seinem amerikanischen Rivalen gehen sollte. In diesem Zusammenhang steht auch die enge Verbindung der „Antinationalen“ zur erzkonservativen Springer-Presse, die genau diesen Flügel der deutschen Bourgeoisie vertritt. So sprechen Vertreter der reaktionären Springer-Zeitung *Die Welt* auf „antinationalen“ Konferenzen, und so wird in der „antinationalen“ Presse *Die Welt* gelobt.

Die „Antinationalen“ kollaborieren auch eng mit einer Reihe zionistischer Organisationen. Vom 6. bis 8. September 2002 veranstaltete die „antinationale“ *Jungle World* einen Kongress zum 11. September. Dieser Kongress wurde mitgetragen von MEMRI – das Middle East Media Rese-



Jewgeni Chaldei

Die Rote Armee zerschlug das Nazi-Regime!

arch Institute. Wie der britische Journalist Brian Whitaker vom *Guardian* in seinem Artikel „Selective MEMRI“ (12. August 2002) recherchierte – versorgt MEMRI weltweit Presseagenturen mit hochwertigen Übersetzungen aus der arabischen Presse. Whitaker schrieb: „Die Storys, die von MEMRI zur Übersetzung ausgewählt werden, folgen einem bekannten Muster: Entweder geben sie ein schlechtes Bild vom Charakter der Araber wider oder sie fördern in irgendeiner Weise die politische Agenda Israels. Ich habe dieses Unbehagen nicht allein.“ MEMRI wird geleitet von einem gewissen Jigal Carmon, der 22 Jahre lang im israelischen Militärgeheimdienst arbeitete und Terrorismus-Berater von Jitzhak Shamir und Jitzhak Rabin war. Drei der sechs Mitarbeiter, die auf MEMRIs Homepage vorgestellt wurden – diese Liste wurde inzwischen von der Homepage gelöscht –, sind ehemalige Mitarbeiter des israelischen Geheimdienstes. Mitbegründerin von MEMRI war Meyrav Wurmser, die mit Richard Perle, dem Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses des Pentagon und Berater für George Bush, im Hudson Institute eng zusammenarbeitet. Die linke ehemals maoistische Zeitung *analyse + kritik* beschrieb MEMRI so: „Das Memri ist ganz eindeutig nicht nur erklärtermaßen pro-israelisch ... sondern es orientiert sich an der Politik des Likud, und zwar noch am ehesten an dessen rechtem Flügel um Netanjahu. Das Memri bekämpft einen friedlichen Ausgleich mit den Palästinensern. Und es ist eng verflochten mit dem neokonservativen Netzwerk, das die Strategie eines ‚Vierten Weltkriegs‘ gegen den ‚militanten Islam‘ propagiert“ (ak, 17. Januar 2003).

Enge Kollaboration zwischen „Antinationalen“ und Zionisten gibt es auch im Berliner Anti-Defamation Forum (ADF). Auf dessen Homepage findet man sämtliche „antinationale“ Demo-Aufrufe, einschließlich der Provokation gegen die Demonstration von Palästinensern in Berlin am 27. September. Das ADF ist der deutsche Ableger der amerikanischen Anti Defamation League (ADL), die selbst eine finstere Geschichte hat. Zusammen mit dem American Jewish Committee setzte sich die ADL-Vorgängerorganisation B'nai B'rith 1933 gegen den Aufruf zur Öffnung der Grenzen der Vereinigten Staaten für Flüchtlinge vom Nazi-Terror ein. Die ADL sprach sich ausdrücklich gegen Massenproteste gegen die Nazi-Pogromnacht 1938 aus. Heute agiert die ADL in Amerika als eine Gedankenpolizei für den Krieg des israelischen Regimes gegen „PLO-Terrorismus“, indem sie auf heuchlerische Weise die Unterstützung amerikanischer Linker für arabischen Nationalismus benutzt und Antizionismus mit Antisemitismus gleichsetzt. Im Berliner ADF gehörten letztes Jahr zu den Kuratoriumsmitgliedern unter anderem die CDU-Mitglieder Barbara John, Michel Friedman und außerdem Nils Busch-

Petersen (Hauptgeschäftsführer des Berliner Einzelhandelsverbandes, der am 14. Dezember 2002 das Verbot einer Anti-Kriegs-Demonstration auf dem Berliner Kurfürstendamm erwirkte).

Das ADF war Unterstützer des Aufrufs für die Provokation gegen die Berliner Demonstration „Palästina muss leben“ im April 2002. Alle „antinationalen“ Gruppen versammelten sich an diesem Tag, um unter dem Motto „Solidarität mit Israel“ eine Konfrontation mit palästinensischen Demonstranten zu provozieren.

Stoppt die Angriffe der „Antinationalen“ auf Linke und Palästinenser!

Es ist auffällig, dass „Antinationale“ sich Zugang zu ASten und Studentenparlamenten verschaffen, indem sie ihre Leute auf offene linke Wahllisten setzen. Die ASten der Unis in Berlin, Duisburg, Potsdam, Hannover, Göttingen, München und anderen Städten sind zu Organisierungszentren der „Antinationalen“ geworden, und linke Uni-Gruppen werden dort systematisch eingeschüchtert, bedroht und auch physisch angegriffen. Dabei verwalteten die „Antinationalen“ auch nicht geringe Beträge an Staatsgeldern, um ihre rassistischen Kongresse an Unis abzuhalten. Die „antinationale“ Gruppe „liberté toujours“, die zur Provokation gegen die Berliner Palästina-Demo am 27. September mit aufrief, hat ihre Postadresse beim AStA der Humboldt-Uni. Die HUmmeL-Antifa des AStA der Humboldt-Uni rief in einem eigenen Aufruf „Gegen die ‚achse des friedens‘“ dazu auf, mit allen Mitteln die Demonstration von Palästinensern und Kriegsgegnern zu verhindern.

Aber die „Antinationalen“ nutzen ihre Positionen in den ASten auch, um die Organisation und Durchführung von Protesten gegen die staatlichen Angriffe auf Bildung und gegen die Einführung von Studiengebühren zu behindern. Zum Beispiel fand am 18. und 19. September an der Berliner Humboldt-Uni das Europäische Bildungsforum statt mit dem Ziel, europaweit Proteste gegen Bildungsabbau zu koordinieren und gleichzeitig gegen die Konferenz der europäischen Bildungsminister in Berlin zu protestieren. Der „antinationale“ AStA hatte den Organisatoren dieser Veranstaltung Unterstützung zugesagt, was im Wesentlichen darauf hinauslief, Räume und andere Logistik an der Humboldt-Uni zur Verfügung zu stellen. Jedoch hat der AStA einen Tag vor dem Kongress bewusst jegliche Unterstützung zurückgenommen, was die Organisatoren vor massive logistische Probleme stellte. Die HUmmeL-Antifa drohte Konsequenzen an, falls ein angeblich „antisemitischer“ Stand nicht entfernt würde.

Bei unserem Versuch, Linke und Gewerkschafter zu einer Einheitsfrontverteidigung gegen den Terror der „Antinationalen“ zu motivieren, stießen wir häufig auf das Argument, dass man die „Antinationalen“ am besten ignorieren solle, sonst würde man ihnen zu viel Aufmerksamkeit und Öffentlichkeit geben. Aber dieses Argument ist von Grund auf falsch. Wie wir oben bewiesen haben, sind die „Antinationalen“ kein Teil der Linken. Sie hassen Araber, sie hassen all jene, die gegen die Unterdrückung der Palästinenser kämpfen wollen, sie hassen Linke und Gewerkschaften. Eine Reihe antirassistischer und Immigrant*innenorganisationen berichteten uns von homophoben und frauenfeindlichen Äußerungen der „Antinationalen“. Bei „Antinationalen“ handelt es sich nicht um „Linke“, mit denen man eine falsche Politik debattieren kann. „Antinationale“ sind rassistische und antikommunistische Schläger im Dienste der kapitalistischen SPD/Grünen-Regierung, was sie durch ihre *Taten* bewiesen haben. Sie müssen isoliert und heraus getrieben werden aus der Linken und Arbeiterbewegung. **Stoppt die Angriffe der „Antinationalen“ auf Linke und Palästinenser!** ■

SPARTAKIST

„Antinationale/Antideutsche“: Schlägertrupps für SPD/Grünen-Regierung!

Am 19. Juni und 3. Juli dieses Jahres wurden zwei Veranstaltungen der Spartakist-Jugend an der Berliner Humboldt-Universität von so genannten „Antinationalen“ physisch angegriffen. Auf der ersten Veranstaltung über „Holocaust, deutscher Imperialismus und Zionismus“ warfen wir die „antinationalen“ Provokateure aus unserer Veranstaltung heraus. Die zweite Veranstaltung zum Thema „Verteidigt das palästinensische Volk!“ wurde gesprengt, als die „Antinationalen“ eine Rauchbombe zündeten, und musste verlegt werden. Wir antworteten auf die „antinationalen“ Angriffe mit einer Kampagne zur Verteidigung des freien Rederechts

von Linken und Palästinensern an der Humboldt-Uni. Wir riefen alle Gegner der „antinationalen“ Sturmtruppen dazu auf, öffentlich diese Angriffe auf uns zu verurteilen. Ein breites politisches Spektrum von Individuen und Organisationen folgte diesem Aufruf (siehe *Spartakist* Nr. 151, „Nieder mit Gangstertum von ‚Antinationalen‘ gegen Linke und Palästinenser! Verteidigt freies Rederecht!“), denn die Antinationalen sind eine echte Bedrohung gegen linke Organisationen und Palästinenser. So forderte beispielsweise das arabischnationalistische Solidaritätsbündnis für Palästina in einer Erklärung vom 8. Juli „Schluss mit den Angriffen der ‚Antideutschen‘ auf Linke und PalästinenserInnen!“ Die linksreformistische SAV Hamburg betonte in ihrer Protesterklärung vom 25. Juli, dass die „Antinationalen“ „kein Teil der Linken sind“, und die SAV-nahe Jugendgruppe *widerstand international* (wi) aus Berlin trat in einer Protesterklärung „gegen das Verhalten der Antideutschen und für freies Rede- und Versammlungsrecht von Linken“ ein, auch wenn *wi* „nicht mit dem Programm der ‚Spartakist Jugend‘ übereinstimmt.“

Die „Antinationalen/Antideutschen“ sind rassistische reaktionäre Befürworter des zionistischen Terrors gegen das



Berlin, 27. September: Spartakist-Block auf Antikriegs- und Palästina-Demo. „Antinationale“ riefen zur Zerschlagung dieser internationalen linken Demo auf

palästinensische Volk. Was sie an uns hassen, ist unsere Zurückweisung der verlogenen Gleichsetzung von Antizionismus und Antisemitismus und unseren *proletarischen Internationalismus*. Wir verteidigen das enteignete und verelendete palästinensische Volk gegen den blutigen zionistischen Staatsterror. Wir geben kein Jota Unterstützung dem arabischen Nationalismus und seinem Stiefkind, dem islamischen Fundamentalismus. Wir Trotzisten treten für das Selbstbestimmungsrecht sowohl der palästinensischen als auch der hebräisch-sprachigen Nation ein – auch wenn Letzteres im Augenblick *nicht* bedroht ist. Im Rahmen des Kapitalismus

gibt es keine gerechte Lösung, wenn zwei Nationen, wie in Israel/Palästina, ein und dasselbe Territorium für sich beanspruchen. Entweder unterdrückt die zionistische Bourgeoisie die Palästinenser, oder die Bedingungen der Unterdrückung kehren sich um. Die PDS, und auch linke Gruppen wie Linksruck, schüren Illusionen in die UNO. In dem Aufruf zur Demonstration am 27. September zum dritten Jahrestag der Intifada heißt es: „Voraussetzung für eine gerechte Lösung des Konflikts ist die Umsetzung der UN-Resolutionen.“ Dies ist eine gefährliche Illusion. 1982 entwaffnete die UNO die Palästinenser im Libanon und gab damit freie Hand für das unter israelischer Kontrolle durchgeführte Massaker in den Flüchtlingslagern Sabra und Schatila, wo mehr als 2000 Palästinenser, darunter Frauen und Kinder, von christlichen Falangisten ermordet wurden. Eine Zwei-Staaten-Lösung im Rahmen des Kapitalismus, wie von Liberalen und der PDS propagiert, wäre heute nichts anderes als die Schaffung eines Ghettos für die Palästinenser, durchzogen von „strategischen Autobahnen“, die nur von Israelis benutzt werden können. Sicherlich ist es keine leichte Aufgabe, das hebräisch-

Fortgesetzt auf Seite 25

**Stoppt die Angriffe der „Antinationalen“
auf Linke und Palästinenser!**